

Morgenröte

Von Rud. Breitscheid

Eine Stelle in Romain Rollands Jean Cristophe verdient in diesem Augenblick in Erinnerung gebracht zu werden. „Zehnmal,“ so heißt es da, „ist im Lauf der Jahrhunderte eine heroische Jugend auf die Erschöpfungsperioden gefolgt, in denen Europa auf den glänzenden, geschminkten Untergang Frankreichs wartete. Frankreich verdankt diese Auferstehungen der Mannigfaltigkeit der Rassen, die es zusammensetzen und die abwechselnd einschlafen und träumen und auf Wache ziehen. Den ermüdeten Truppen folgen frische Truppen nach. Bisweilen scheint das Leben erloschen, um das schlafende Lager lungert der Feind. Und gerade das ist die Stunde, wo in der aufziehenden Morgenröte die Hörner das Wecken blasen.“

Romain Rolland hat, als er diese Worte schrieb, sicher nicht in erster Linie an die Politik gedacht, die er nicht liebt. Er hat ganz im allgemeinen von der sich stets erneuernden Wiedergeburt des französischen Geistes gesprochen. Aber was sich jetzt in Frankreich auf politischem Gebiete vollzieht, gehört in dieses Kapitel von dem wunderbaren Wiedererwachen einer Nation. Ein halbes Jahrzehnt hindurch schien das Volk sich selbst vergessen zu haben und ruhig zu ertragen, daß die, die zur Lenkung seiner Geschicke berufen waren, seine wahren Ideen fälschten und es auf eine Bahn führten, die nicht in der Linie seiner guten Traditionen lag. Daß es nur ein Schlummer war, konnte sich jeder sagen, der die Geschichte des französischen Volkes auch nur einigermaßen kannte und sich der Mühe unterzog, ein wenig unter die Oberfläche der Dinge zu blicken; und wir deutschen Sozialdemokraten dürfen uns rühmen, den Charakter des Zustandes, in dem sich die Nachbarnation befand, besser erkannt zu haben als die übrigen, und wir dürfen uns das Verdienst zusprechen, eine Politik betrieben und unterstützt zu haben, die das Erwachen erleichterte.

In den Reichstagsdebatten der letzten Woche haben Nationalisten aller Schattierungen die „Naivität“ und die „Illusionsfähigkeit“ verspottet, die uns an eine grundsätzliche Aenderung des Kurses in Frankreich glauben lasse. Auch die französische Demo-

kratie werde nichts zum Gefallen Deutschlands tun, sondern ihre eigenen Interessen im Auge behalten. Nun sind wir wahrhaftig nicht so töricht gewesen, anzunehmen, daß über Nacht aus einem auf seinem Schein bestehenden Gegner ein selbstloser Freund geworden sei. In der Tat denkt auch die französische Demokratie in erster Linie an sich selbst und die Interessen ihres eigenen Landes. Aber das Wesentliche ist eben, daß sie die Interessen anders auffaßt als der phantasiearme Nationale Block, daß sie sie verknüpft mit den Interessen Europas, und daß ihr eine redliche Verständigung mit Deutschland nicht gegen den eigenen Nutzen zu verstoßen scheint. Am 11. Mai hat nicht eine Partei über die andere gesiegt, sondern es ist der Bruch vollzogen worden mit einer engstirnigen Auffassung des Nationalgefühls und des Nationalgedankens. Es haben die Träger der Ideen des wirtschaftlichen und sittlichen Fortschritts und damit des Optimismus über die pessimistischen Mächte triumphiert, die das Heil der Staaten in der auf die Gewalt und auf die Waffen vertrauenden Isolierung erblicken.

Und daß man drüben entschlossen ist, nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben, beweist der Kampf, der gegen Millerand entbrannt ist. Schließlich hätte Herriot ja auch aus seinen Händen den Auftrag zur Bildung einer Regierung entgegennehmen können. Er hätte sich mit der Erwägung zu beruhigen vermocht, daß der Präsident der Republik, der veränderten Zusammensetzung der Kammer Rechnung tragend, ein radikales, von den Sozialisten unterstütztes Ministerium sein Glück versuchen lassen werde. Aber man will bis zum Ende gehen und keine unklare Situation dulden. Millerand hat sich mit dem Nationalen Block bei verschiedenen Gelegenheiten identifiziert. Er hat die Grenzen seiner verfassungsmäßigen Rechte überschritten, indem er sich nicht darauf beschränkte, Ratschläge zu erteilen, sondern selbständig und selbstherrlich in die Politik des Landes eingriff. Solange er im Elyséepalast sitzt, hat eine Linksregierung einen Gegner im Rücken, der nur auf den günstigen Moment wartet, ihr den Dolchstoß zu versetzen. Deshalb muß die Linke, wenn sie nicht nur den Schein der Macht, sondern die Macht selber besitzen will, sich seiner entledigen, und deshalb steht Frankreich im Augenblick in einer Art von unblutiger Revolution.

Wie dieser Kampf schließlich ausgehen wird, muß abgewartet werden, aber auch hier gibt die Geschichte der Demokratie allen Grund zum Hoffen. Was sich heute abspielt, ist eine Wiederholung des Ringens, in dem die französischen Republikaner in den siebziger Jahren mit dem Präsidenten Mac Mahon standen, der sich als Platzhalter der Monarchie betrachtete. Anfang 1876 fanden Wahlen statt, die den Republikanern in der Kammer eine große Mehrheit sicherten. Mac Mahon setzte zunächst ein konservatives und dann

ein gemäßigt republikanisches Ministerium ein, das er im Mai 1877 aufs neue durch ein reaktionäres Kabinett unter dem Herzog von Broglie ablösen ließ. Das Parlament wurde auf einige Monate vertagt. Als sich nach seinem Wiederzusammentritt die Unmöglichkeit der gesetzgeberischen Arbeiten aufs neue herausstellte, löste der Präsident, gestützt auf den in seiner Mehrheit konservativen Senat, die Kammer auf. Aber die Neuwahlen verstärkten die Zahl der Republikaner, Mac Mahon war auf die Knie gezwungen und trat bald darauf von der Präsidentschaft zurück.

Ob nach diesen Erfahrungen Millerand geneigt sein wird, alle ihm verfassungsrechtlich zustehenden Möglichkeiten zu erschöpfen, ist um so mehr fraglich, als er nicht über einen so willfährigen Senat verfügt, wie sein Vorgänger vor fünfzig Jahren, und als das französische Volk von heute sich nach aller Wahrscheinlichkeit nicht ein so langes Hinauszögern der endgültigen Entscheidung gefallen lassen würde, als das von damals, dem das Feuer der internationalen wie der Währungspolitik nicht auf den Fingern brannte. Wir dürfen deshalb damit rechnen, daß der jetzige Kampf schneller mit einem klaren Erfolg der Demokratie enden wird. Die gegenwärtige unsichere Lage ist bedauerlich, weil sie die Lösung einer Reihe von Fragen, an denen Deutschland und die Welt interessiert ist, hinausschiebt. Aber glücklicherweise wird mit ihrer Beendigung gleichzeitig eine vollständigere Bereinigung des Terrains für die notwendigen Verhandlungen erfolgt sein, als es möglich gewesen wäre, wenn Herriot unter Millerand die Geschäfte übernommen hätte.

Auch dann freilich wird sich die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich kaum so schnell und so reibungslos durchführen lassen, wie die Vernunft hüben und drüben es wünschen möchte. Auch die französische Linke, die sich unter dem Eindruck des Wahlsieges und beseelt vom besten Willen den frohesten Hoffnungen hingibt, wird, wenn sie den Einzelfragen näher tritt, die Schwierigkeiten, die der Annäherung im Wege stehen, noch erkennen lernen. Das sei gesagt, nicht um irgendwen zu entmutigen, sondern nur um vor Illusionen zu warnen und die Entschlossenheit zum Durchhalten in der Versöhnungsarbeit auf beiden Seiten zu festigen. Wir dürfen es als großen Vorteil betrachten, daß in Deutschland eine Regierung ohne die Deutschnationalen zustande gekommen ist. Die Partei der Hergt und Tirpitz würde, auch wenn sie dem Sachverständigengutachten schließlich zugestimmt hätte, drüben nur Mißtrauen erregt haben. Und wenn das Kabinett Marx von heute und gestern schon, dank der Unterstützung, die ihm die Volkspartei und Herr Jarres angedeihen lassen, nicht gerade unbedingtes Vertrauen einflößt, so wird man sich doch Rechenschaft darüber geben, daß es nach dem Ausfall der deutschen Wahlen das Bestmögliche ist. Und darüber, daß

der Erfolg der Nationalisten am 4. Mai zum guten Teil dem Verhalten der Poincaréschen Mehrheit zu verdanken war, sind sich die meisten Politiker der französischen Linken auch im klaren. Das weiß ich aus einer Reihe von persönlichen Unterredungen, und ich führe im übrigen den Aufsatz an, in dem Painlevé in einem vor kurzem erschienenen Sammelwerk „Die republikanische Politik“ die auswärtigen Fragen behandelt. Der Mann, der heute Kammerpräsident ist und morgen vielleicht Präsident der Republik sein wird, schreibt da u. a.: „Durch ihre (der Mehrheit) nicht zu verwirklichenden Forderungen hat sie, wie beispielsweise im letzten September, verhindert, daß Frankreich die sich ihm bietende Gelegenheit ergriff, die Führung des europäischen Wiederaufbaus zu übernehmen. Sie hat die Macht der Nationalisten und der Anhänger der Katastrophenpolitik über Deutschland verstärkt, und jene Politik unterstützt, die Deutschland und vielleicht nach ihm die Welt in den Abgrund geführt hätte.“

Wo diese Einsicht herrscht, darf man auf die Bereitwilligkeit hoffen, Gesten zu zeigen und Handlungen zu verrichten, die geeignet sind, den Geisteszustand des deutschen Volkes zu entgiften und den Gegnern des Nationalismus die Arbeit zu erleichtern. Gelegenheiten dazu sind reichlich vorhanden.

Aber wenn wir so an das neue Frankreich unsern Appell richten, vergessen wir nicht unsere eigene Pflicht. Die Linie ist klar vorgezeichnet. Die Befriedung Europas und der Welt — das ist heute deutlicher denn je erkennbar — hängt von der unmittelbaren Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich ab. Die Regierung Macdonalds wird uns sicher zur Seite stehen. Aber wenn es schon immer ein Wahnsinn war, anzunehmen, daß sich England, selbst auf die Gefahr eines Bruchs mit Frankreich hin, für Deutschland engagieren werde, so ist ohne allen Zweifel jetzt das Band zwischen London und Paris noch viel fester geknüpft. Selbst wenn Macdonald über kurz oder lang von seinem Platze weichen müßte, würde jede englische Regierung alles daran setzen, um mit einem demokratischen Frankreich in bestem Einvernehmen zu bleiben. Auf unsere eigene Einstellung und unser eigenes Verhalten kommt also noch weit mehr an als zuvor. Und von uns wird mit Recht verlangt, daß wir nicht nur in Worten den Willen zur Verständigung bekunden, sondern daß wir ihr die Bahn frei machen durch die entschlossene Abwehr des Nationalismus und durch eine tatkräftige Verteidigung der Republik. Würden wir da versagen, so wäre es unsere Schuld, wenn ein großer Moment, der größte und letzte vielleicht, verpaßt würde.

Wenngleich sachliche Einzelheiten der Ausführungen des Genossen Breitscheid inzwischen überholt sind, da Millerand schneller als mit Sicherheit angenommen werden konnte, vor dem neuen Frankreich kapituliert hat, so bleibt doch das Wesentliche, wovon der Aufsatz Breitscheids handelt, wertvoll genug, um gerade in diesen Tagen festgehalten zu werden.

Das Sachverständigen-Gutachten*)

Voraussetzungen, Charakter und Wirkungen des Gutachtens

Von Rudolf Wissell

Wir Deutsche sehen in der außenpolitischen Frage, die die schweren Konflikte in den letzten Jahren mit Frankreich immer und immer wieder hervorgerufen hat, nur ein Reparations-, d. h. Zahlungsproblem. Für uns mag es das im wesentlichen auch nur sein. Für weite Kreise des französischen Volkes ist es jedoch auch das Problem der Sicherung vor eventuellen Angriffen Deutschlands in der Zukunft, das diese außenpolitische Frage umschließt. Um dies zu verstehen, muß man sich in die tieferliegenden Gründe dieser französischen Befürchtung einmal hineinversetzen. Ich will nicht in den Fehler verfallen, wie er so vielfach in bürgerlichen Kreisen geübt wird, und sagen, daß die Furcht Frankreichs vor eventueller späterer Revanche Deutschlands aus der Erkenntnis erwachsen sei, daß das Verhalten der französischen Regierung in den letzten Jahren bei der Auslegung und Handhabung des Friedensvertrages gegen Deutschland nicht das Verhalten eines ehrlichen Siegers sei. Ich sehe den Hauptgrund für die Befürchtungen Frankreichs in der Tatsache, daß in den letzten Jahrzehnten die Bevölkerungszunahme Frankreichs um ein ganz Wesentliches geringer war als jene Deutschlands. Einige Zahlen lassen diese Tatsache ganz klar erkennen.

Seit dem deutsch-französischen Kriege im Jahre 1871 war bis zum Ausbruch des Weltkrieges die Bevölkerung Deutschlands von 40,9 auf 67,9 Millionen, d. i. um 66 v. H., gestiegen. In Frankreich dagegen stieg die Bevölkerung nur von 35,9 auf 39,75 Millionen, d. i. um 11 v. H. Der Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle betrug im Jahresdurchschnitt:

*) Die giftige Kampfweise der Nationalen bedarf der banalen Verleumdung: der Erfüllungsfanatismus der Sozialdemokratie sei blind gegen die schwere, die politische und die wirtschaftliche Hoheit des Reiches, dadurch aber auch die das soziale Eigenleben der deutschen Volksgemeinschaft gefährdende Last des Gutachtens und seiner Ausführung. Die Sozialdemokratie sieht diese Dinge und ihre Folgen vollkommen klar. Sie hat schon darum Drang und Pflicht, die Wirkungen der für lange festzulegenden Erfüllungspolitik richtig zu erkennen, weil ohne dem kein ausreichender Maßstab für die innere Verteilung der Erfüllungslast gegeben wäre. Die oben abgedruckten Ausführungen Rud. Wissells kennzeichnen vollkommen die sorgenvolle Einstellung der Sozialdemokratie zum Gutachten der Experten; sie sind übrigens, wie auch die Beiträge von Heinig und Mierendorff, Teile einer, in wenigen Tagen im Verlag für Sozialwissenschaft erscheinenden, den Text des Gutachtens in verständlicher Sprache wiedergebenden, das Gutachten zugleich kritisch erläuternden, es politisch, wirtschaftlich und finanztechnisch wertenden Schrift, die möglichst weiten Kreisen zugeleitet werden möchte.

| | in Deutschland | in Frankreich |
|---------------|----------------|---------------|
| 1871—1880 | 511 000 | 64 000 |
| 1881—1890 | 551 000 | 66 900 |
| 1891—1900 | 730 000 | 23 900 |
| 1901—1910 | 866 000 | 46 500 |
| im Jahre 1911 | 739 900 | minus 34 800 |
| im Jahre 1912 | 839 800 | 57 900 |
| im Jahre 1913 | 833 800 | 41 900 |

So war die Bevölkerungszunahme bis zum Weltkrieg. Seit Beendigung des Weltkrieges ist aber im heutigen deutschen Reichsgebiet die Bevölkerung, namentlich infolge von Rückwanderung von Auslandsdeutschen, von 61 Millionen auf 63,5 Millionen gestiegen, während sie in Frankreich im günstigsten Falle stabil geblieben ist. Seit dem Weltkrieg war die Bevölkerungszunahme:

| | in Deutschland | in Frankreich |
|---------------------|----------------|---------------|
| im Jahre 1919 | 282 100 | minus 232 900 |
| im Jahre 1920 | 666 300 | 159 700 |
| im Jahre 1921 | 700 200 | 117 000 |
| im Jahre 1922 | 518 600 | 70 000 |
| im 1. Halbjahr 1923 | 225 200 | 43 600 |

Professor Förster weist in Nr. 11 der „Menschheit“ vom 16. Mai 1924 darauf hin, daß dem in Frankreich, namentlich im Süden Reisenden, auffalle, in welch hohem Grade das Land entvölkert sei. Stundenlang könne man fahren, ohne auf große Dörfer, geschweige denn Städte zu treffen. In weiten Landstrichen reiche die Bevölkerung nicht mehr aus, den Boden zu bebauen. Immer und immer wieder würde in den französischen Zeitungen auf die Abnahme der Geburten hingewiesen und auf die daraus erwachsende nationale Gefahr. In kleineren Städten würden auf der Straße Flugblätter verteilt, in denen Frankreich als das Land der geringsten Geburtenhäufigkeit hingestellt und in denen betont werde, daß Deutschland täglich verkünde, es werde Rache nehmen, wenn die französische Entvölkerung Frankreich genügend geschwächt habe. Damit sei die Beziehung der Entvölkerung zu der Furcht vor einem Kriege hergestellt.

Wenn man sich die oben angegebenen Ziffern ansieht, kann man in der Tat die Rolle verstehen, die im Denken und Empfinden weiter Kreise Frankreichs die Garantie vor einem Angriff Deutschlands spielt. Ohne diese Tatsachen würde Poincaré in den letzten Jahren seine Politik nicht haben treiben können. Sie erklärt das Verhalten der nationalistischen Kreise Frankreichs. Wer sich in die Gründe der französischen Nervosität nicht hineinversetzt, der wird die Unbeugsamkeit des französischen Sicherungswillens unterschätzen und damit auch politisch falsche Rechnungen aufstellen.

Der deutsche Nationalismus hat bisher ausschließlich mit der Franzosenhetze gearbeitet. Auf Grund der Wirkung dieser Hetze erhielten bei den Wahlen die deutschen Nationalisten eine solche Machterweiterung! Das Ergebnis dieser Tatsache war, daß die englische „Morning Post“ schrieb: Die Franzosen wären Narren, wenn sie demgegenüber ihre Sicherheiten preisgeben wollten.

Mehrfach ist von der französischen Regierung erklärt worden, daß in Ausführung des Sachverständigenberichts sie die Pfänder an Rhein und Ruhr nur freigäbe, wenn ihr nicht nur allein wirtschaftlich, sondern auch, soweit die Besetzung eine Sicherheit gegen einen deutschen Angriff sei, gleichwertiger Ersatz geboten werde.

Nun haben diese Kreise in Frankreich eine Niederlage erlitten, aber noch hoffen sie, daß die deutschen Nationalisten ihnen in die Hände arbeiten, die Vorschläge der Sachverständigen sabotieren und dadurch die Verantwortung für die Ablehnung selbst übernehmen würden.

Was direkt zu geschehen hat, um die in weiten Kreisen Frankreichs bestehende Furcht vor einem Angriff Deutschlands zu bannen, ist nicht Gegenstand dieser Darlegungen. Aber mittelbar spielt auch dabei die Annahme oder Ablehnung des Gutachtens eine Rolle, weil die erstere, d. h. die Annahme, in der Meinung des Auslands den guten Willen Deutschlands zur Verständigung dokumentieren würde, die Ablehnung des Gutachtens jedoch den bösen Willen Deutschlands hierzu. Nun scheint nach der Niederlage des bloc national in Frankreich der Weg der Verständigung zunächst in der Reparationsfrage frei zu sein.

Wie jedoch über den Willen Frankreichs, sich zu sichern, in weiten Kreisen unseres Volkes eine falsche Vorstellung herrscht, so auch über die Gründe der Hartnäckigkeit, mit der Frankreich an seinen finanziellen Forderungen Deutschland gegenüber festhält. Wie sind da die Tatsachen? Als die deutschen Truppen im Spätherbst 1918 aus Nordfrankreich weichen mußten, waren ca. 54 000 Kilometer Straßen und Wege und rund 2300 km Eisenbahnen gründlich zerstört, waren weitere 2000 km Bahnen erheblich beschädigt; da lagen rund 300 000 Wohnhäuser in Schutt und Asche und waren rund 440 000 andere Häuser schwer beschädigt; da mußten beinahe 23 000 Fabriken wieder aufgebaut oder repariert werden, waren 1600 km Kanäle wieder herzustellen und ebenso 3,3 Millionen Hektar Land, darunter beinahe 2 Millionen Hektar Kulturland. Da waren viele, viele tausend Kilometer Schützengräben mit ca. 300 Millionen Kubikmeter Erde wieder einzuebnen. Der strategische Rückzug des Jahres 1917 hatte einen viele Stunden breiten Gürtel fruchtbarer und bebauten Landes als eine vollkommene Wüste hinter sich gelassen. Mit einer geradezu schauerlichen Systematik war jeder einzelne Obstbaum in der Wurzel ab-

gehackt worden. Noch im Oktober 1918, als längst die berück-
tigten militärischen Notwendigkeiten entfallen waren, wurden in
den nördlichen Departements Frankreichs in den Bergwerken alle
Gruben ersäuft, alle Essen gesprengt und alle Maschinen zerlegt.

Auch diese Tatsachen muß man wissen, um zu verstehen, daß
Frankreich auf allen Wegen und mit allen Mitteln Ersatz für diese
Schäden von den im Kriege Unterlegenen verlangt. Milliarden und
aber Milliarden hat Frankreich schon für die Wiedergutmachung
dieser Schäden verausgabt. Ganz gewiß, vielfach in recht un-
zweckmäßiger Weise! In Frankreich sind Reparations- und Wieder-
aufbau-Gewinne gemacht worden, die um nichts hinter den Ge-
winnen ähnlicher Art bei uns im und nach dem Kriege zurück-
stehen. Die Kreise, die diese Gewinne gemacht haben, haben die
von Deutschland unzählige Male angebotenen und von den deut-
schen Gewerkschaften lebhaft unterstützte und durch eigene An-
gebote erstrebte wirkliche Wiederaufbauarbeit zu verhindern ge-
wußt.

Das Gutachten kommt zu dem Ergebnis, daß die deutschen
Eisenbahnen bei einer geeigneten Tarifpolitik ohne Schwierigkeit
und ohne Erhöhung der Fahrpreise und der Eisenbahn-Gütertarife
ihrem jetzigen Kapitalwert angemessene Erträgnisse bringen
könnten. Eine wirtschaftlichere Verwaltung würde diese Besserung
des Ertrages bewirken. Die Gutachter betonen ausdrücklich, daß
sie auch nicht an unzureichende Löhne denken, sondern an eine
Ausmerzung gewisser verschwenderischer Faktoren, sowie an die
Verrechnung der Ausgaben auf Kapitalkonto, die dort figurieren
müßten.

Der Kapitalwert der Eisenbahnen wird auf 26 Milliarden Gold-
mark angegeben. Durch alte Schulden würden die Bahnen nicht
mehr behindert, denn die Lasten der Eisenbahnen von früher seien
durch die Markentwertung gelöscht worden. Die früheren Lasten
hätten in der Vorkriegszeit schon die Hälfte der Bruttogewinne,
die annähernd eine Milliarde Goldmark betragen, erfordert.

Es erscheint dem Gutachten aussichtslos, irgend etwas aus
den Bahnen zu erwarten, das dem vollen Maße der möglichen
Besserung auch nur annähernd gleichkomme, solange die Eisen-
bahn unter der Kontrolle der Regierung bliebe. Der leitende Ge-
danke der Eisenbahnverwaltung sei in der vergangenen Zeit der
gewesen, die Eisenbahn im Interesse der deutschen Wirtschaft zu
betreiben. Erst in zweiter Linie hätten die Interessen des investi-
erten Kapitals gestanden. Ein völliger Bruch mit dieser
alten Ueberlieferung sei dringendes Erfordernis. Aus dieser Erwägung heraus wird die Umwandlung der deutschen
Eisenbahnen in eine auf 50 Jahre zum ausschließlichen Betrieb der
deutschen Bahnen konzessionierte Aktiengesellschaft vorgeschlagen.

Diese Umwandlung solle nicht in der Absicht geschehen, Deutsch-
land dadurch die Verwaltung seiner Eisenbahnen zugunsten der
Alliierten zu berauben. Sie geschehe nur, um eine mäßige Verzin-
sung des Anlagekapitals zu erreichen. Solange diese Zinsen ein-
kommen, soll keinerlei Eingriff in die deutsche Leitung der Bahnen
in Betracht gezogen werden . . .

Es ist für einen Sozialisten bitter, in die Ueberführung der
Reichsbahnen in private Hand zu willigen. Wir haben in den
letzten Jahren die namentlich von Stinnes propagierte Umwand-
lung der Bahnen in eine Aktiengesellschaft stets bekämpft und sie
abgewehrt. Und es ist um so bitterer, zuzustimmen, daß die
Reichsbahnen einer Aktiengesellschaft mit so starkem Einfluß des
Auslandes überantwortet werden. Um so mehr, als ja das Ziel
der beabsichtigten neuen Betriebsform die Beseitigung des Ein-
flusses der Regierung ist, deren Tarifpolitik den Interessen der
deutschen Wirtschaft diene. Die beabsichtigte Aenderung dieser
Tarifpolitik kann für die deutsche Wirtschaft eine erhebliche Er-
schwerung der deutschen Exportmöglichkeit bedingen. Die
gleichen Tarifsätze in England und Deutschland haben natürlich bei
dem engen Zusammenliegen der Rohstoffquellen und Produktions-
stätten und der nur geringen Entfernung des Sitzes der englischen
Industrie von den Ausfuhrhäfen und dem Auseinanderklaffen der
Rohstoffbasis und der Hauptindustrien, und namentlich der weiten
Entfernung der letzteren von den Ein- und Ausfuhrhäfen in
Deutschland sind natürlich für beide Länder von ganz verschie-
dener Bedeutung. Und doch, wenn man die Gesamtbedeutung
der Annahme oder Ablehnung des Gutachtens überlegt, namentlich
auch in Berücksichtigung der Tatsache, daß die Reichsregierung
im Mai 1923 die Eisenbahnen mit als Pfand für die deutschen
Leistungen angeboten hatte, kann man nicht so leichten Herzens
und mit den Lebensinteressen des deutschen Volkes spielend einer
Ablehnung des Gutachtens das Wort reden, wie es die Deutsch-
nationalen und Deutschvölkischen tun.

Die durch den Plan der Schaffung einer neuen Währungsbank
mit dem ausschließlichen Recht der Banknotenausgabe geschehene
Einmischung in die deutsche Bank- und Währungspolitik hat für
ein souveränes Volk etwas ganz ungemein Niederdrückendes. Der
Plan der Sachverständigen bedeutet, auf ein ein-
ziges Wort gebracht, die Beseitigung der deut-
schen Währungshoheit auf fünfzig Jahre. Im Frie-
densvertrag von Versailles findet dieser Plan keine Stütze. Und
doch hat jeder, der sich müht, die Dinge ohne Voreingenommenheit
zu sehen, den Eindruck, daß das hier von den Sachverständigen ge-
stellte Verlangen sachlich nicht ungerechtfertigt ist. Deutschland
ist zur Reparationszahlung verpflichtet, und das Ausland will nun

endlich eine solche Regelung der aus der Reparationsfrage erwachsenden außenpolitischen Fragen, die immer und immer wieder die Ruhe der Welt erschüttert haben, daß diese Quelle des Streites nach Möglichkeit verstopft ist. Die Welt sieht die derzeitige Unmöglichkeit der Reparationsleistungen in der zerrütteten Währung. Worauf diese Zerrüttung der Währung zurückzuführen ist, ob auf deutsche Schuld, ob auf eine unzweckmäßige Regelung der Reparationsverpflichtungen Deutschlands, das ist der Welt zurzeit gleichgültig. In andern Ländern wird die Währung im wesentlichen durch die Zentralnotenbank beeinflußt — also soll das in der im Ausland üblichen Form auch in Deutschland geschehen. Die Bank soll ganz unabhängig von der Regierung sein. Gerade dieser Punkt ist es, der jedem Sozialisten die schwersten Bedenken abnötigt. In einer kapitalistischen Wirtschaft wird das Bestreben der Führer dieser Wirtschaft stets dahin gehen, die Zentralbank privatwirtschaftlichen Zwecken dienstbar zu machen. Und das wird ihnen um so leichter gelingen, je geringer der Einfluß des Staates auf die Geschäftsführung der Bank ist. Eine vom Reiche abhängige Zentralnotenbank wird jedoch nach der Richtung der Förderung der allgemeinen volkswirtschaftlichen Interessen beeinflußt werden können. Inwieweit das geschieht, ist allerdings eine andere Frage. Daß auch eine vom Reich beeinflußte Bank zu einer für die ganze Volkswirtschaft verhängnisvollen Finanzpolitik veranlaßt werden kann, hat die Zeit der Ruhrkredite gezeigt. Aber jedenfalls kann der Macht des Finanzkapitals gegenüber eine zielbewußte Regierungspolitik, die sich auf die Reichsbank auswirkt, ein starkes Gegengewicht ausüben. Nun soll die Geschäftsführung der neuen Bank dem Regierungseinfluß entzogen werden. Und das ist schlimmer, als auch fremdes Kapital an ihr beteiligt sein wird. Das kann sich um so schwerer auswirken, als, wo Profite winken, auch das nationale Kapital die nationalen Interessen den Profitinteressen gegenüber vielfach in den Hintergrund treten läßt. Aber trotzdem, ein gewisser Einfluß wird dem Reiche doch gegeben sein. Dem aus zwei Personen bestehenden Errichtungskomitee der Bank gehört der Präsident der Reichsbank an. Das andere Mitglied soll einem der beiden Sachverständigen-Ausschüsse entnommen werden. Dieses Komitee soll die Statuten der neuen Bank aufstellen. Und dieses Statut soll auch die Art bestimmen, wie die deutschen Aktionäre die deutschen Mitglieder des Generalrats der Bank wählen sollen. Die Mitglieder der Leitung der Bank sollen sämtlich Deutsche und der Präsident der Reichsbank auch der erste Präsident der neuen Bank sein. Und schließlich entscheidet doch auch das Lebensinteresse Deutschlands. An ihm ist doch die Arbeiterschaft auch interessiert. Sie wird mit darüber zu wachen haben, daß die Allgemeininteressen nicht zu kurz kommen.

Kein Zweifel, wir werden Schweres zu tragen haben. Ich kann ein Wort, das ich vor nunmehr fünf Jahren schon einmal sprach, nur wiederholen: Bei uns in Deutschland wird noch auf lange Jahre hinaus Schmalhans Küchenmeister bleiben. Und mit dieser trüben Aussicht vor Augen komme ich doch zu dem Ergebnis: Im Interesse des deutschen Volkes, der deutschen Arbeiterschaft müssen wir den Plan der Sachverständigen annehmen. Denn was würde geschehen, wenn es nicht der Fall wäre?

Zweifelt auch nur ein vernünftiger Mensch daran, daß es dann mit dem gegenwärtigen labilen, d. h. wie auf einer zitternden Goldwage ruhenden Gleichgewicht der deutschen Währung in dem Sinn vorbei wäre, daß die Rentenmark nicht zu halten ist, und daß sie der alten Reichsmark in den Abgrund folgen würde? Würde man auch nur einen Dollar oder ein Pfund Kredit an Deutschland geben? Etwa die Amerikaner nun gar einem Kabinett Tirpitz? Dem Manne oder einer Regierung seiner Richtung, der der typische Vertreter des unbeschränkten U-Bootkrieges, der Versenkung der „Lusitania“ ist? Kann man denn an der psychologischen Einstellung der Welt, der Amerikaner, der Engländer, vorbeigehen? Der Engländer, die daran denken, daß es dieselbe politische Einstellung ist, die jetzt gegen die Annahme des Gutachtens wühlt und hetzt, die seinerzeit die immer wieder von London angebotenen Flottenabkommen abgelehnt und verhindert hat. Wie soll denn Deutschlands Wirtschaft aufrecht erhalten werden ohne ausländische Kredite? Das Gutachten betont es selbst, daß Deutschland von flüssigem Kapital entblößt ist. Wo es nur irgend möglich war, ist alles flüssige Kapital in feste Anlagen mit bleibendem inneren Wert umgewandelt worden. Das ist geschehen, um es vor der Entwertung zu schützen. Jetzt fehlt das flüssige Kapital. Wer zu monatlichen Verzugszinsen von drei Prozent Kapital geliehen bekommt, ist froh. Kann denn eine Wirtschaft mit einer derartigen Belastung auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig sein? Und die Belastung geht zum Teil noch wesentlich darüber hinaus. Was wir im vorigen Spätherbst und in den ersten Monaten dieses Jahres als Stabilisierungskrise bezeichneten, das ist sie noch nicht gewesen. Jetzt erst kommt sie. Wir können sie nur mit Hilfe ausländischer Kredite überwinden. Und die kriegen wir nur, wenn im Ausland das Vertrauen zu Deutschland wiederkehrt. Das Ausland meint, daß auf den von den Sachverständigen gezeigten Wegen Deutschland aus seiner verzweifelten Lage herauskommen kann. Dokumentiert Deutschland durch Annahme des Gutachtens die gleiche Auffassung, dann ist das Vertrauensmoment im Ausland gegeben, das die Vorbedingung für fremde Kredite ist.

Und wie meint man wieder in den Besitz der Ruhr zu kommen,

wie die Gefangenen und Opfer des Ruhrkampfes aus den Gefängnissen in die Heimat zurückbringen zu können?

Wie kann man hoffen, endlich einmal zu einem wirklichen Frieden in Europa zu kommen, wenn Deutschland jetzt, wo in der Betonung der Sachverständigen, daß Deutschlands Wirtschaftseinheit und Souveränität wiederhergestellt werden müssen, eine glatte Ablehnung der Poincaréschen Gewaltpolitik ausgesprochen ist, es ablehnen würde, den gezeigten Weg zu beschreiten. Nur elende Demagogie kann das empfehlen.

Wieder steht die deutsche Politik an einem Punkte entscheidender Bedeutung. Als der Krieg ausbrach, baute die damalige Regierung auf das Heer. Als der Krieg einen immer ungünstigeren Ausgang nahm, hoffte sie auf das Mittel des uneingeschränkten U-Bootkrieges. Beide Male hat man die letzte Karte ausgespielt und sie hat nicht gestochen. Und welche Karte haben wir denn nun heute in der Hand? Die Hand ist leer.

Immer und immer wieder hat Deutschland in den letzten Jahren die Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit durch internationale Sachverständige verlangt. Nun ist sie erfolgt. Und nun sollten wir sagen, daß deren Urteil für uns unannehmbar wäre? Kein größerer Dienst wäre ja den Leuten um Poincaré geschehen! Das würde eintreten, was die „Times“ in einem Rückblick über die deutschen Wahlen schrieb, nämlich:

„Wenn das Werk der Experten umsonst war, dann ist alle Hoffnung zuschanden geworden, daß das deutsche Schiff, das schon dicht vor dem Hafen war, dem Untergang entrinnen kann.“

Und es wäre so, wie der Vorsitzende des ersten Ausschusses Dawes bei Uebersendung des Berichts an den Präsidenten der Reparationskommission in seinem Begleitbrief schrieb:

„Die Zurückweisung dieser Vorschläge durch die deutsche Regierung bedeutet die wohlüberlegte Wahl einer Fortdauer der wirtschaftlichen Demoralisation, die als Endergebnis das deutsche Volk in hoffnungsloses Elend verstrickt.“

Wenn Deutschland diesen ersten, zwar für Deutschland schwere Belastung bringenden Versuch, die Reparationsfrage aus dem Bann rein politischer Einstellung heraus auf den Boden rein wirtschaftlicher Erwägungen zu stellen, ablehnt, dann lehnt Deutschland die ihm angebotene Hilfe ab, dann muß der Sicherungswille in Frankreich erneut aufflammen, und die Kreise um Poincaré herum werden ihre Freude am deutschen Verhalten erleben.

Die Annahme des Planes der Gutachter und eine gerechte Verteilung der Reparationslasten wird schwere Kämpfe im deutschen Reichstag mit sich bringen. Die letzten deutschen Wahlen haben

eine Zusammensetzung des Reichstags erbracht, die die Durchführung dieses Gutachtens sehr erschwert. Diese deutschen Wahlen werden im Ausland nicht begriffen. Man sieht in ihnen einen neuen Beweis für die politische Unfähigkeit des deutschen Volkes und seinen mangelnden Wirklichkeitssinn. Man begreift dort nicht, daß ein Volk in solcher Lage derart mit seiner letzten Rettungsmöglichkeit spielen und eine Vertretung in den Reichstag senden kann, die die Gefahr heraufbeschwört, daß der in mühsamer Arbeit aufgebaute internationale Vorschlag in den Papierkorb geworfen wird. In diesen Kämpfen im Reichstag wird die Fraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ihren Mann stehen.

Das Gutachten und der Kapitalmarkt

Von Kurt Heinig

Bei der Durchführung des Berichtes der Dawes-Kommission werden sich auf dem deutschen und internationalen Geldmarkt ganz neuartige Verhältnisse entwickeln. Der deutsche und der internationale Kapitalmarkt wird bei Durchführung des Dawes-Berichtes im laufenden Jahre, 1924, beansprucht mit:

- 400 Millionen Goldmark zur Schaffung der „Neuen Bank“,
- 500 Millionen Mark zur Uebernahme der Vorzugsaktien der Gesellschaft „Deutsche Eisenbahn“,
- 800 Millionen Mark internationale Anleihe.

Demnach wird der Kapitalmarkt Deutschlands und der Welt noch in diesem Jahre um 1700 Goldmark-Millionen gebeten werden. Uns scheint schon diese Anforderung für den internationalen Geldmarkt eine sehr große Belastung auszumachen. Es darf ja nicht vergessen werden, daß der größere Teil des deutschen Geldbedarfes direkt oder indirekt am Londoner und im besonderen am New Yorker Geldmarkt befriedigt werden muß. Amerika hat bisher, trotz der vielen von ihm übernommenen Anleihen, kaum nennenswerte Beträge nach Europa gehen lassen. Die Geldleute müssen eine völlig veränderte Stellung zu Europa gewonnen haben, wenn sie jenen Riesenbedarf Deutschlands zu decken geneigt sein sollen. Außerdem ist zu beachten, daß in diesem Jahre Deutschland auf dem Geldmarkt der Welt europäische Konkurrenten haben wird. Man rechnet mit der baldigen Ausgabe einer ungarischen Wiederaufbau-Anleihe, sie soll allerdings nur 200 Millionen Goldmark ausmachen. Dazu kommt aber, daß die russische Anleihe mit über 6 Milliarden Goldmark in England schon heute diskutiert wird.

Colbert, der Herausgeber des Londoner „Statist“, errechnete, daß die Kapitalisierung des Dawes-Planes durch Anleihen, wenn sie technisch überhaupt möglich wäre, an den Kapitalmarkt der Welt eine Gesamtanforderung von 44,7 Milliarden Goldmark darstellen würde. Er meint, daß es natürlich lächerlich sei, anzunehmen, daß diese ganze ungeheure Summe — oder selbst nur ein erheblicher Teil von ihr — im internationalen Geldmarkte untergebracht werden könnte, selbst wenn man hierzu einen Zeitraum von einer ganzen Generation annehmen würde. „Wenn aber der Experten-Vorschlag von allen daran interessierten Mächten angenommen wird, so wird dessen Ausführung von Anfang an von der erfolgreichen Unterbringung eines Teiles des Kapitalbedarfes abhängen, der für die vorgesehene Goldnotenbank eingesetzt wurde, und der sich auf etwa 300 Millionen Goldmark beläuft (100 Millionen Goldmark soll der deutsche Markt aufbringen. D.V.). Ferner wird hierbei eine Auslandsanleihe im Betrage von 800 Millionen Goldmark und innerhalb eines Jahres die Unterbringung der Eisenbahnvorzugsaktien in einem Nominalwert von 2000 Millionen Goldmark, also insgesamt 3100 Millionen Goldmark, eine große Rolle spielen.“

Colbert übersieht bei seiner Berechnung, die höhere Ansprüche an den Kapitalmarkt der Welt ergibt als unsere Zusammenstellung, daß 1,5 Milliarden der Vorzugsaktien bis 1925/26 im Gewahrsam der deutschen Eisenbahngesellschaft beiseite gestellt werden sollen, um dann durch den Verkauf an das Publikum die Mittel zur Bezahlung schwebender Schulden und späterer Kapitalausgaben zu beschaffen. Auf jeden Fall wird der deutsche und der internationale Kapitalmarkt im Jahre 1924 mit einer Summe beansprucht werden, die zwischen 1700 und 3100 Millionen Goldmark liegt.

Tarifhoheit und Reichsbahn nach dem Gutachten

Von Dr. C. Mierendorff

Den bisher am stärksten mit kritischer Würdigung bedachten Teil des Dawes-Berichtes bildet der Vorschlag über die Neugestaltung der Reichsbahn. Zwei Fragen sind es, die sich besonders in den Vordergrund geschoben haben:

1. Was wird aus der Tarifhoheit? Und 2. Wird die Reichsbahn diese Last tragen können?

Helfferrich hat in dem letzten Artikel vor seinem Tode die Worte geschrieben: „Die Tarife der deutschen Eisenbahnen werden nicht mehr nach den Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft, sondern nach den Wünschen unserer ausländischen Konkurrenten gestaltet werden.“ Ist dem wirklich so?

Zunächst ist festzustellen, daß die allgemeine Höhe der Tarife dort ihre objektive Grenze finden wird, wo eine Uebersteigerung der Tarifsätze zwangsläufig zum Verkehrsrückgang und damit zur Einnahmeverminderung führen muß. Sie ist ferner dadurch begrenzt, daß aus den Einnahmen im Normaljahr nicht mehr als 660 Millionen plus 8% Dividende für die 2 Milliarden Vorzugsaktien (so hoch setzt sie Helfferrich in dem betreffenden Artikel der „Deutschen Tageszeitung“ an, in Wirklichkeit soll ihre Höhe von dem Organisationskomitee der Eisenbahngesellschaft und der deutschen Regierung vereinbart werden) plus der Transportsteuer abgeführt werden sollen.

Die Transportsteuer kann zunächst außer Betracht gelassen werden, da sie bereits in der vorgesehenen Höhe erhoben wird. Es handelt sich um einen Betrag von 820 Millionen, der außer ihr herausgewirtschaftet werden muß. Alles, was an Ueberschuß darüber hinaus erzielt wird, wird entweder im Unternehmen investiert oder fällt als Ertrag an die 13 Milliarden einfacher Aktien. Da diese voraussichtlich in den Händen der deutschen Regierung bleiben werden, würde sich ein Einnahmewachstum im deutschen Staatshaushalt ergeben. Es liegt auf der Hand, daß das Bewirtschaftungsinteresse des Kommissars und der ausländischen Verwaltungsratsmitglieder an diesem Punkte seine natürliche Grenze findet. (Außerdem wird ein gewisser Interessengegensatz zwischen dem Agenten für Reparationszahlungen und dem Eisenbahnkommissar entstehen, weil der Agent sehr großen Wert darauf legen wird, daß der deutsche, ihm Devisen zur Transferierung bringende Export nicht durch zu hohe Tarife lahmgelegt werde.)

Das Ergebnis ist insgesamt: die Limitierung der abzuführenden Summen bildet die entscheidende Sicherung vor dem Mißbrauch des Rechts der Tarifbestimmung durch die ausländischen Verwalter.

Nach dieser Feststellung gewinnt die Bestimmung des Gutachtens, daß „die deutsche Regierung insoweit eine Aufsicht über die Tarife und den Dienst der Eisenbahnen haben wird, als es möglich sein mag, um jede unterschiedliche Behandlung zu verhindern und das Publikum zu schützen“ (Weißbuch S. 125), besondere Bedeutung. Da die Höhe der Tarife allgemein, wie eben ausgeführt, nach oben klar begrenzt ist, behält demnach die deutsche Regierung innerhalb dieser Grenze das Aufsichtsrecht, um „unterschiedliche Behandlungen“, d. h. Tarifbegünstigungen oder Benachteiligungen zu verhindern.

Die deutsche Regierung behält also, wenn auch nicht de jure, so doch de facto die Tarifhoheit. Wären die Eisenbahnen schon früher oder entsprechend den Absichten etwa künftig in eigener Regie unter kapitalistischem Rentabilitäts-

gesichtspunkt bewirtschaftet worden, so hätte die „Tarifhoheit“ der deutschen Regierung auch in nichts anderem bestanden.

Tatsächlich liegt also ein großer Unterschied zwischen der „Privatisierung“ auf Grund des Dawes-Berichtes und den Vorschlägen des Reichsverbandes der Industrie vom Sommer vorigen Jahres vor. Hier sind der Ausbeutung der Bahnen Grenzen in Höhe der abzuführenden Beträge gesetzt. Die deutsche Industrie hingegen wollte gegen Auslieferung der Bahnen schlechthin die Zahlung von jährlich 1 Goldmilliarde übernehmen. —

Wie wird aber die Höhe der geforderten Ueberschüsse sich auf die gegenwärtige Tarifgestaltung auswirken? Ein Blick auf die finanzielle Lage der Reichsbahn stimmt nicht besonders pessimistisch.

Die Einnahmen der Reichsbahn haben sich in den letzten Monaten folgendermaßen gestaltet: Januar: 230 Millionen, Februar (Tariferhöhung!): 258 Millionen, März: 301 Millionen. (Ueber die Ausgaben verlautet offiziell nichts.)

Nach einer Mitteilung des Reichsverkehrsministers betrug die Einnahme im Monat Januar — Wirklichkeit — insgesamt 230 Millionen, was einem Jahresbetriebsüberschuß von ca. 150 Millionen entspräche. Ein Anhaltspunkt über die Ueberschüsse gibt ferner der Rückkauf des Reichsbahnnotgeldes. Er betrug im Januar, Februar und März an nichtwertbeständigem Reichsbahnnotgeld 78,3 Millionen, an wertbeständigem im März 20,6 Millionen, in Summa im ersten Quartal rund 100 Millionen.

Aller Wahrscheinlichkeit nach dürften die Einnahmen im April ungefähr 350 Millionen betragen. Da die durchschnittlichen Monatsausgaben im Jahre 1913 (Wirklichkeit ohne Elsaß-Lothringen) 203 Millionen betragen haben, so würde bei einer 50%igen Goldentwertung im Monat April noch immer ein Reinüberschuß von rund 50 Millionen vorgelegen haben oder, auf das ganze Jahr umgelegt, rund 600 Millionen. Das ist aber eine sehr geringe Schätzung infolge Zugrundelegung der denkbar ungünstigsten Ausgabeverhältnisse.

Auf der Brüsseler Sachverständigenkonferenz hat seinerzeit die deutsche Delegation den Ertrag der Eisenbahnen im Jahre 1914 bei einem Netze von 55 000 km auf 609 Millionen Goldmark beziffert. In den belgischen Studien zur Reparationsfrage wird dazu gesagt, daß der Verminderung des Netzes um 10% eine Erhöhung der Rentabilitätsmöglichkeit durch den Ausbau während des Krieges gegenüberstehe, die diesen Ausfall an der Länge ausgleiche. Daher könne mit demselben Ertragnis wie 1914 gerechnet werden, d. h. unter Berücksichtigung der rund 50%igen Goldentwertung mit rund einer Milliarde Goldmark.

Die Entwertung des Goldes seit 1914 wird bei der Kritik der geforderten Eisenbahnüberschüsse überhaupt zu wenig oder

gar nicht in Rechnung gezogen. Der Brutto-Betriebsüberschuß von 1913 — 1001 Millionen — (Wirklichkeit ohne Elsaß-Lothringen) entspricht einer heutigen Summe von 13—1500 Millionen. Daher sind auch die aufzubringenden Summen (290 Millionen der Transportsteuer plus 660 Millionen Normalleistung plus 160 Millionen Dividende gleich 1110 Millionen nur 730 bis 840 Millionen Friedensgoldmark, wenn man eine 30- bis 50%ige Goldteuerung in Rechnung stellt. Diese Summe liegt aber ebenfalls wieder innerhalb der im Frieden (immer ohne Elsaß-Lothringen) aufgebracht Ueberschüsse.

Es ist daher nicht anzunehmen, daß das augenblickliche Tarifniveau erhöht werden müßte, um die geforderten Ueberschüsse entstehen zu lassen. Die im ersten Jahr zu zahlenden 200 Millionen dürften auf jeden Fall ohne besondere Anstrengung aufgebracht werden. Bis zur Erreichung der Normalzahlung bleiben aber bekanntlich 4 Jahre Schonfrist.

Dieser Ueberschlag beruhigt zweifellos über den Passus des Gutachtens, wonach bei der „ernsten Gefahr eines nahen Fehlbetrages“ der Kommissar die effektive Leitung (d. h. teilweise oder im ganzen ausbeuten, verpachten oder verkaufen) übernehmen kann.

Die internationale Presse zum Gutachten

Von Kurt Heinig

Wenn von der Weltkritik am Expertenbericht, soweit sie bisher in Deutschland bekannt geworden ist, gesprochen wird, dann steht das Urteil von Keynes selbstverständlich an erster Stelle. Seine kritischen Bedenken sind am stärksten gegenüber dem Teil des Planes, der die Schaffung einer Atempause des Friedens und der Ruhe erreichen will. Die Dawes-Kommission setze eine sehr schnelle Erholung der deutschen Zahlungsbilanz voraus. „Die Vorschläge für das dritte und vierte Jahr gründen sich auf Schätzungen des Steuerertrages für diese Zeit, die mindestens ebensogut falsch wie richtig sein können. Wenn sich diese Schätzungen als falsch erweisen, wird Deutschland dann wieder einmal eine Verfehlung in der Ausführung begangen haben oder nicht?“ Keynes wird dann noch schärfer. Er schreibt weiter:

„Wie dies auch sein mag, die Begrenzung des tatsächlichen Moratoriums auf einen so kurzen Zeitabschnitt bedeutet den grundlegenden Fehler, Deutschland während der ersten Zeit seiner voraussichtlichen Gesundung die Möglichkeit abzuschneiden, seinen Wohlstand durch Zinseszins zu vergrößern. Es ist unmöglich, daß Deutschland in der Folge größere Zahlungen macht, wenn ihm der gesamte Produktionsüberschuß beinahe von Anfang an weggenommen wird, bevor es noch Zeit gehabt hat, seinen Bestand an

Produktionsmitteln wieder aufzubauen. Die Kürze der Frist, welche wahrscheinlich vergehen wird, bevor die Episoden der sogenannten „Verfehlungen“ wieder einsetzen, hat außerdem die Wirkung, daß nicht genügend Zeit für eine fühlbare Abschwächung politischer Erbitterung und Furcht vorhanden sein wird. Nichtsdestoweniger werden die Härten des Moratoriums und der folgenden Periode der Dauerzahlungen durch die Vorschläge für die Zahlungsformen gemildert.

Trotz aller Bedenken faßt Keynes seine Meinung dahin zusammen, daß Deutschland bessere Bedingungen als die des Dawes-Berichtes kaum erwarten könne.

„Die Ziffer von 2500 Millionen Goldmark entspricht, abgesehen von möglichen Abschlägen, dem niedrigsten Betrag, der bisher in irgendeinem offiziellen Plan erwähnt wurde, nämlich dem Mindestbetrag der Vorschläge Bonar Laws vom Januar 1923. Der Betrag mag sich als zu hoch erweisen, aber es sind Bürgschaften für seine Herabsetzung vorgesehen. Das Komitee ist der Gefahr aus dem Wege gegangen, einen den jährlichen Zahlungen entsprechenden kapitalisierten Gesamtbetrag zu erwähnen.“

Dem Dawes-Projekt für die Ueberführung der deutschen Zahlungen an die Alliierten steht Keynes recht abwartend gegenüber. Hier handele es sich um völlig neue Ideen in einem solchen Umfang, daß sich ihre Auswirkungen heute noch nicht übersehen lassen könnten. In den Kontrolleuren und Vertrauenspersonen der Alliierten sieht er die Möglichkeit einer objektiven Erkenntnis der wirklichen wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands.

Der schon erwähnte „Wirtschaftsdienst“ hat sich der beachtlichen Mühe unterzogen, wichtige Äußerungen führender Auslandsblätter und Zeitungen zu den Gutachten zu übersetzen. Wir finden da z. B. Bemerkungen der englischen Wochenschrift „New Statesman“, die der Arbeiterpartei nahe steht. Sie betonen, daß, ganz gleich, ob der Sachverständigenbericht angenommen werde oder nicht, für alle zukünftigen Diskussionen, die über das Reparationsproblem noch stattfinden würden, er die Grundlage abgeben werde. Es heißt dann:

„Was die Beträge der Jahreszahlungen anbelangt, so sind die Sachverständigen ungefähr in Uebereinstimmung mit der Schätzung, die das vernünftige Ausland seit langem gehabt hat. Für ein Land, das wie das Nachkriegsdeutschland gestellt ist, stellen die 2,5 Milliarden Mark im Jahre keine übermäßige Last dar — unter der Voraussetzung, daß man ihm gestattet, seine volle Produktionsfähigkeit zu entwickeln.“

Das Organ der konservativen intellektuellen Kreise Englands „Spectator“ ist hinsichtlich der Möglichkeit der Zahlungsübertragungen außerordentlich skeptisch. Es betont, daß Deutschland eine aktive Handelsbilanz von jährlich 2,5 Milliarden Mark aufweisen müsse, wenn der „Agent für Reparationen“ von der „Neuen Bank“ aus jährlich $2\frac{1}{2}$ Milliarden in fremden Valuten überweisen wolle. „Deshalb sind wir durch die noch ferne, aber doch mögliche Aussicht auf jährliche Reparations-

zahlungen zu nochmaliger Ueberprüfung unserer alten Zweifel veranlaßt, ob wir tatsächlich Reparationen gebrauchen können oder nicht.“ Und weiter heißt es: „Wenn wir nicht die Waren abnehmen, wird der Geldüberweisungsausschuß nicht in der Lage sein, an uns das Geld abzuführen. Wenn wir die Waren übernehmen, so werden wir zweifellos nicht wünschen, sie bei uns selbst zu produzieren.“ Der Artikel schließt damit, daß festgestellt wird, es wäre voreilig, wenn man behaupten wolle, daß das Reparationsproblem gelöst sei.

Der „Economist“ sieht die größte Bedeutung des Dawes-Berichtes darin, daß die Presse der Vereinigten Staaten ihn sowohl für gerecht wie für gesund und klug erklärt habe.

Der bekannte Nationalökonom und Politiker Einaudi kritisiert im „Corriere della Sera“ im besonderen die von der Dawes-Kommission vorgeschlagene Regelung der Zahlungsüberweisung. Einaudi fragt ironisch, ob man schon einmal einen Gläubiger vor der Vision der allmählichen Vermehrung seines eigenen Bankdepots habe erschrecken sehen. „Und doch ist das alles richtig. Diese Reparationen sind ein Alpdruck, solange sie nicht bezahlt sind... sie werden sich zu einem noch größeren Alpdruck gestalten, wenn sie bezahlt werden und man nicht wissen wird, wie man sie unter die Gläubiger verteilen soll.“

Die „New York Times“ hat durch eine Rundfrage bei einer Reihe von angesehenen Bankiers die Aussichten über die Unterbringung der 800-Millionen-Anleihe festzustellen versucht. Sowohl Mitchel, der Präsident der National City Bank, wie Bush, der Präsident der Handelskammer des Staates New York, begrüßen die Sachverständigenberichte. Ueber die Aussichten für die Unterbringung der im Sachverständigenbericht vorgesehenen Anleihe für Deutschland — schweigen sie sich aber aus. Die „New York Times“ stellt zusammenfassend fest, daß der Weg bis zur Anleihe noch weit sei, und daß noch viel Arbeit zu tun bleibe. Von den mehr optimistischen Bankhäusern sei die Hoffnung zum Ausdruck gebracht worden, daß die Anleihe im Frühherbst erledigt werden könne. Andere meinten, daß wohl vor den Novemberwahlen nicht daran zu denken sei.

In „The Economic World“ behandelt Anderson von der Chase National Bank im besonderen die Erkenntnis des Sachverständigenberichtes, daß ein Unterschied zwischen der deutschen Zahlungsfähigkeit und der Leistung an das Ausland bestehe. Er untersucht das sogenannte Transfer-System (das System der Ueberweisungen an die Alliierten, wie es der Dawes-Bericht vorschlägt) besonders gründlich. Er sieht aber immer wieder die Notwendigkeit, daß Deutschland, um seine Verpflichtungen erfüllen zu können,

einen großen Ueberschuß der Ausfuhr über die Einfuhr erzielen muß. Andernfalls müsse der ganze Plan der Reparationszahlung als hoffnungslos aufgegeben werden. Anderson sieht auch eine Entwicklung niedriger Preise in Deutschland und hoher Preise in Frankreich und England in Auswirkung jener Kapitaltransportierung voraus. Wenn man aber das Geld nicht überweise, und es, wie es vorgesehen sei, um Erschütterungen zu vermeiden, wieder in Deutschland ausleihe, so würde das eine gewaltige Stärkung der deutschen Wirtschaft bedeuten, die sich ebenfalls wieder in einem steigenden Ueberschuß der Produktion Deutschlands auswirken müsse.

Ein Rückblick auf die Bergarbeiterkämpfe

Von Heinr. Löffler

Scharfe wirtschaftliche Kämpfe wurden in den letzten Wochen in Westfalen, Oberschlesien und Sachsen geführt. Dem aufmerksamen Beobachter kam ihr Ausbruch nicht überraschend, denn seit Monaten hatte sich unter den Bergarbeitermassen eine tiefe Verstimmung eingestellt. In einem Aufstieg der kommunistischen Stimmen bei der Reichstagswahl und während dieser Kämpfe fand sie ihre Entladung.

Als Objekt stand die Frage der Arbeitszeit im Vordertreffen. Es dürfte noch in allgemeiner Erinnerung sein, daß die westfälischen Bergwerksunternehmer im Oktober 1923, nach der Aufgabe des passiven Widerstandes und vor der Wiederaufnahme der Produktion, den Versuch unternommen hatten, die Arbeitszeit einseitig auszudehnen auf die Länge, wie sie bis November 1918 bestanden hatte: 8 $\frac{1}{2}$ Stunden unter Tage und 9—12 Stunden (einschl. Pausen) über Tage. Der Versuch mißlang zwar, aber dennoch hat er großes Unheil angerichtet, denn der Glaube an die Vertragstreue der Unternehmer hatte einen argen Stoß erhalten. Das Mißtrauen hat denn auch spätere Verhandlungen beeinträchtigt. Die Leitungen der Bergarbeiterorganisationen haben sich aber nie den wirtschaftlichen Notwendigkeiten verschlossen. Nachdem das Vorhaben der Unternehmer abgewehrt und die Micum-Verträge abgeschlossen waren, wurde für den Ruhrbergbau ein Ueberschlagsabkommen vereinbart, mit dem Ziel, „die schleunigste Erreichung des Friedensförderanteils“ anzustreben. In den anderen Bergwerksrevieren folgte man diesem Beispiel.

Die Bergarbeiterverbände übernahmen mit dem Ueberschlagsabkommen eine sehr schwere Belastung, weil neben ihrer Durchführung eine Verminderung der Belegschaft einherging. Viele zehntausend Bergarbeiter dürften darin einen unlösbaren Widerspruch erblickt haben. Das ist nicht weiter verwunderlich, denn von den großen Arbeitermassen werden wirtschaftliche Erfordernisse oft erst recht spät erkannt. Manchmal sogar zu spät. Die Bergarbeiter hafteten mit ihren Gedankengängen während der Durchführung des Ueberschlagsabkommens noch zu sehr in der Inflationszeit, in welcher das Produktionsproblem noch zu sehr in der Produktionsmenge und weniger vom Standpunkt der Produktionskosten beurteilt wurde. Die Produktionskosten waren in Papiermark bestritten worden und waren, vom Standpunkt einer festen Währung aus gesehen, oft lächerlich gering. Die fort-

dauernde Entwertung gab der deutschen Industrie die Möglichkeit der schärfsten Konkurrenz auf dem Weltmarkt. Die Lohnkosten sind unter normalen Bedingungen ein wesentlicher Bestandteil der Produktionskosten des Bergbaues. In der Inflationszeit war dies nicht der Fall. Nach den tariflichen Vereinbarungen betrug der Durchschnittslohn für das Ruhrrevier, vom 1. Januar bis 1. August 1923, auf der Basis Goldmark, umgerechnet nach dem Dollarmittelkurs, 1,66 Mark und für Niederschlesien gar nur 1,22 Mark. Berechnet man die Lohnkosten nach diesem Durchschnittslohn für das Ruhrgebiet, unter Zugrundelegung des Absatzeffektes für 1922, der zum mindesten auch 1923 unter normalen Bedingungen erzielt worden wäre, dann würde eine abgesetzte Tonne Kohle mit 3,04 Goldmark Arbeiterlohnkosten belastet gewesen sein. Für den niederschlesischen Steinkohlenbergbau betrug die Lohnbelastung einer abgesetzten Tonne Kohlen vom 1. Januar bis 31. Juli 1923 3,45 Goldmark. So gering waren die Lohnkosten noch zu keiner Zeit gewesen. Die Werke haben von diesem Zustand auch keinen Vorteil gehabt, denn die Kohle stand unter gebundener Preiswirtschaft und die Kohlenpreise änderten sich auch in der schlimmsten Inflationsperiode nur wöchentlich einmal und nicht täglich zweimal. Da gab es Perioden, in denen für eine Tonne Kohle auch nur 2—3 Goldmark vereinnahmt wurden. Als dann die Stabilisierung durchgeführt wurde und die Löhne auch nur auf ein erträgliches Maß gebracht werden mußten, damit die Menschen leben konnten, änderte sich die Lage vollständig. Um die Arbeiterlöhne zu halten bzw. zu steigern und den Kohlenpreis zu senken, mußte eine Erhöhung des Fördereffektes je Arbeitereinheit angestrebt werden. Um dies Vorhaben zu erreichen, wurden die Ueberschlagsabkommen vereinbart oder durch Schiedsspruch im Schlichtungsverfahren festgelegt. Für den Ruhrbergbau drängten die bekannten Micum-Verträge im besonderen noch zu einer solchen Regelung.

Die Ueberschlagsabkommen hatten eine Gültigkeit bis Ende April. Während ihres Bestandes hätten die Unternehmer nichts beginnen sollen, was die Arbeiter reizte und die Lage der Bergarbeiterverbände erschwerte. Eine solche Rücksichtnahme übten die Unternehmer leider nicht. Zunächst wurde der Lohn der Ruhrbergarbeiter Mitte Dezember 1923 um einen beträchtlichen Teil gekürzt und dann am 1. Februar der Manteltarif gekündigt. Das waren schwere Fehler, welche vom Zechenverband begangen wurden. Sie zeigten, daß man in diesem Lager noch nicht gelernt hat, auf die psychologische Einstellung der Arbeiter Rücksicht zu nehmen. Die Folgen blieben nicht aus, denn die Organisationen kündigten das Ueberschlagsabkommen. Die dann geführten Verhandlungen hatten kein Ergebnis, zeigten aber, daß der Zechenverband das Bestreben hatte, unannehmbare Verschlechterungen im Manteltarif durchzuführen. Daß man sich unter solchen Voraussetzungen auf der Arbeiterseite nicht bereit erklärte, die Ueberschlagsabkommen fortzusetzen, ist nur zu verständlich. Von den Organisationen wurde die Parole ausgegeben, ab 1. Mai nur die alte, im Manteltarif und der Arbeitsordnung vorgesehene Arbeitszeit, von 7 Stunden unter Tage und 8 Stunden über Tage zu arbeiten. Als die Arbeiter der Parole der Organisationen folgten und nach der Ableistung dieser Arbeitszeit die Betriebe verließen, erfolgte ihre Aussperrung. Es war die erste große Aussperrung im Bergbau.

Am 28. April fällt der Schlichter für Rheinland und Westfalen einen Schiedsspruch, der im wesentlichen die Bedingungen aufrecht erhielt, wie sie im früheren Ueberschlagsabkommen bestanden hatten, aber für die Kokereiarbeiter einige Verbesserungen enthielt. Die Gewerkschaften lehnten diesen Schiedsspruch deshalb ab, weil für die Ueberschlagsabkommen kein besonderer Lohnaufschlag gewährt wurde, und die Unternehmer

lehnten ihn ab wegen der Verbesserungen für die Kokereiarbeiter, so daß also am 1. Mai keine Vereinbarung und kein Schiedsspruch bestand, wonach Ueberarbeit zu leisten gewesen wäre. Am 3. Mai erklärte dann der Reichsarbeitsminister, nachdem er die Parteien angehört hatte, den Schiedsspruch für verbindlich, nahm aber hierbei, trotz des Widerspruchs der Arbeitnehmervertreter, Abänderungen vor. Dergleichen ist nach der Schlichtungsordnung statthaft, wenn beide Parteien mit den Abänderungen einverstanden sind. Da aber hier eine Partei ausdrücklich gegen die Abänderungen Einspruch erhoben hatte, war nach der Schlichtungsordnung diese Verbindlichkeitserklärung rechtsunwirksam. Dessen scheint man sich auch im Reichsarbeitsministerium bewußt geworden zu sein, denn es wurde dann auf diesen Akt kaum noch Bezug genommen. Hingegen wurde aber ein Juristenkollegium berufen, welches, unabhängig von diesem Schiedsspruch, die Frage juristisch prüfen sollte: Welche Arbeitszeit ab 1. Mai im Ruhrbergbau bestanden hätte. Die Gutachter kamen zu folgendem Ergebnis: Am 1. Mai war die Arbeitszeit in folgender Weise geregelt:

1. Die normale Arbeitszeit betrug sieben Stunden nach Maßgabe des § 2 des Manteltarifs.
2. Zugleich bestand die Verpflichtung zur Leistung von einer Ueberstunde nach Maßgabe des Tarifabkommens vom 29. November 1923.
3. Bei der Schwierigkeit der rechtlichen Beurteilung ist nicht anzunehmen, daß die Weigerung der Arbeitnehmer zur Leistung der Ueberstunde auf ein schuldhaftes, vertragswidriges Verhalten zurückzuführen ist!

Ein salomonisches Urteil. Die Unternehmer haben recht, die Arbeiter trifft aber kein „schuldhaftes, vertragswidriges Verhalten“. Außerdem wird diese Rechtsauffassung von anderen Juristen entschieden bestritten. Es lohnt sich nicht, sich des längeren damit aufzuhalten. Vor allen Dingen konnte dieses Gutachten keinen Einfluß auf die Beilegung des schweren Konfliktes ausüben und verfehlte daher seinen Zweck.

Am 14. Mai trat dann auf Grund freier Bestimmung der Parteien ein Schlichtungsausschuß in Berlin zusammen. Er regelte zunächst die Streitfragen aus dem Manteltarif und fand damit die Zustimmung der Arbeiter. Die Unternehmer lehnten die Regelung ab. Das von den unparteiischen Beisitzern dieses Schlichtungsausschusses formulierte Ueberarbeitsabkommen wurde von beiden Parteien abgelehnt. Nach erneuter Beratung nahm dann der Zechenverband den Schiedsspruch an, während die Arbeiter nur den Teil über den Manteltarif annahm. Noch immer war nicht sichtbar, wann der schwere Konflikt sein Ende finden würde.

Schließlich wurde vom Arbeitsministerium ein neues Schlichtungsverfahren eingeleitet, und in diesem ein Schiedsspruch gefällt, der es ermöglichte, daß die Arbeit am 2. Juni aufgenommen wurde. Vier volle Wochen hatten die Arbeiter standgehalten. Diese Widerstandsfähigkeit war ihnen von den Unternehmern nicht zugetraut worden. In diesem Lager war die Meinung verbreitet gewesen, daß die Abwehr der Arbeiter nach höchstens 14 Tagen zusammenbrechen würde, weil es an den Mitteln zur Unterstützungszahlung fehlte. Es ist anders gekommen. Die Arbeiter haben gewiß furchtbare Not gelitten, aber sie standen fest und haben höchste Disziplin gehalten. Dieser Kampf dürfte Veranlassung geben, daß man sich vor künftigen Unterschätzungen hütet und darum den Bogen weniger straff spannt.

Der Kampf hat aber auch während seiner ganzen Dauer und besonders bei seinem Abschluß bewiesen, daß die Arbeiter den An-

weisungen der gewerkschaftlichen Organisationen folgen und die Parolen der Kommunisten und Unionisten unbeachtet lassen. Wären die Arbeiter den Parolen dieser Leute gefolgt, dann würde der Abschluß des Kampfes unstreitig zum Nachteil der Arbeiter ausgegangen sein.

Der Kampf begann mit einer Aussperrung. Die Arbeiter wollten 7 Stunden unter Tage und 8 Stunden über Tage arbeiten. Das genügte dem Zechenverband nicht und darum verfügte er die Aussperrung. Die Kommunisten aber redeten und schrieben allenthalben von einem Generalstreik. Der Zechenverband war natürlich mit dieser Darstellung sehr zufrieden, denn sie befreite ihn von der Verantwortung. Oder sollte dies gar der Zweck des kommunistisch-unionistischen Geschreies gewesen sein?

Auch gegen den Abbruch des Kampfes wehrten sie sich mit allen Mitteln. Die Bergarbeitermassen wurden aufgefordert, die „Verräter“, welche an den Verhandlungen teilgenommen hatten und nun zur Arbeitsaufnahme unter den Bedingungen des Schiedsspruches aufriefen, zu erschlagen, sich für die Fortsetzung des Kampfes Waren dort zu holen, wo sie zu finden wären. Diese und noch viele andere Empfehlungen, die den Bergarbeitern in Flugblättern und Versammlungen gegeben wurden, zeigen, wohin der Weg gehen sollte. Einen Erfolg haben die Herren damit nicht gehabt. Am ersten Arbeitstag, am 2. Juni, waren schon bereits 85 Prozent der Arbeiter zur Arbeitsaufnahme erschienen. Damit war bewiesen, daß die Arbeiter auf die Narrenparolen nichts gaben und sich ein durchaus klares Denken bewahrt haben. Diesem Verhalten und ihrer Zähigkeit haben sie den günstigen Abschluß des schweren Kampfes zu danken.

Bei der Niederschrift dieses Aufsatzes sind die Kämpfe in Oberschlesien und Sachsen noch nicht beigelegt. Verhandlungen hierfür sind vorgesehen. Hoffentlich führen auch sie zu einem Ergebnis wie im Ruhrgebiet, damit auch dort die Produktion bald wieder aufgenommen wird. Dann aber ist erforderlich, daß das Reparationsproblem einer schnellen Lösung entgegengeführt wird. Es ist unerträglich, daß die Provinzen Rheinland und Westfalen noch länger die Reparationslasten allein tragen sollen. Daraus hat sich mehr oder weniger der schwere Wirtschaftskampf entwickelt. Er brachte einen Produktionsverlust von über 200 Millionen Goldmark und einen Lohnverlust von über 50 Millionen Goldmark. Während des Kampfes sind verschiedene Berechnungen über die Rentabilität des Ruhrbergbaues trotz der Micum-Lasten veröffentlicht worden. Dergleichen Berechnungen sind mehr problematischer Art. Sie können die Tatsache, daß der Ruhrbergbau unter den Micum-Verträgen mit großen Verlusten arbeitet, nicht aus der Welt schaffen. Der preußische Handelsminister, Gen. Siering, teilte im Landtag mit, daß die westfälischen Staatsbergwerke, ausschließlich der Bergwerksgesellschaft Hibernia, seit der Betriebsaufnahme im vergangenen Herbst, unter der Wirkung der Micum-Verträge, ein Defizit von 25 Millionen Goldmark aufzuweisen hätten. Diese genauen Angaben beziehen sich zwar nur auf die Staatsbergwerke, aber bei den privaten Gesellschaften ist die Lage auch nicht anders. Daß die Arbeiter unter dieser Defizitwirtschaft, ausgehend von den Micum-Verträgen, zu leiden haben, ist klar. Es ist darum mit höchster Eile eine andere Regelung anzustreben. In dieses Vorhaben darf von deutscher Seite keine Verzögerung hineingebracht werden, denn das wäre unverantwortlich. Erst wenn eine andere Verteilung der Lasten erfolgt ist und die Reparationskohlenlieferungen auch bezahlt werden, wird eine Gesundung der Werke und eine Besserung der Arbeiterlage anzustreben sein. Dann, aber auch nur dann, wird der Arbeitsfriede im Ruhrbergbau gesichert sein.

Die ländliche Arbeiterschaft und ihre Stellung zum Staat

Von Georg Schmidt, M. d. R.

Um die Jahrhundertwende wurde aus Ostpreußen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands der Antrag unterbreitet, einen besonderen Verband für die Landarbeiterschaft zu gründen. Der Anreger dazu war der Genosse Braun, jetzt preußischer Ministerpräsident. Die Gewerkschaften müßten für die Landarbeiterschaft eine Grundlage schaffen, mittels der ihre Lage verbessert werden könnte. Auch bestete ein großes Interesse, die ländliche Arbeiterschaft für den sozialistischen Gedanken zu gewinnen. Ein Verband müsse geschaffen werden, der unter Anpassung an die eigenartigen Verhältnisse der ländlichen Arbeiterschaft sein Tätigkeit ausübt, dann würde die ländliche Arbeiterschaft mit eintreten in den Befreiungskampf des Proletariats.

Wohl wurde an den maßgebenden Stellen die Begründung des Antrages als stichhaltig angesehen, jedoch glaubte man, daß die Zeit noch nicht gekommen sei, um einen solchen Verband mit Aussicht auf Erfolg ins Leben zu rufen. Auch kam hinzu, daß für die Organisierung der ländlichen Arbeiterschaft der Fabrikarbeiter-Verband zuständig war. Wie es auch bei uns üblich ist, wurde die Frage auf mehrere Tagungen der organisierten Arbeiterschaft mit aller Gründlichkeit beraten. Zwei Generalversammlungen des Fabrikarbeiter-Verbandes beschäftigten sich mit diesem Antrag. Als im Jahre 1908 das Reichsvereinsgesetz in Kraft trat, das mehr Bewegungsfreiheit bot, schritt man dann zur Gründung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes. Nach einem zustimmenden Beschlusse des im Jahre 1908 in Hamburg stattgefundenen Gewerkschaftskongresses wurde im Jahre 1909 der Deutsche Landarbeiter-Verband gegründet. Am 1. Juni waren 15 Jahre verflossen seit der Zeit, da der Verband offiziell seine Tätigkeit begann.

Zuerst wurde der Verband von den Gegnern verlacht und verspottet. Gar bald aber wurde der Verband von den Landwirten, ganz besonders dem Bund der Landwirte mit allen Mitteln bekämpft, weil der Organisationsgedanke unter der Arbeiterschaft in Feld und Wald Anklang fand. Es wurden Erhebungen veranstaltet und die Behörden aufgefordert, diesen Verband zu verbieten und aufzulösen. Zu den Verbänden, die der damalige Berliner Polizeipräsident v. Jagow sich aussuchte, um die reaktionären Bestimmungen des Vereinsgesetzes im Kampfe gegen die Gewerkschaften anzuwenden, gehörte auch der Landarbeiter-Verband. Es geschah dies kurz vor Ausbruch des Krieges. Damals hatte der Verband rund 20 000 Mitglieder in Deutschland. Den Anfängen zu widerstehen war das Leitmotiv der Reaktion.

Die Tätigkeit der Gewerkschaften und auch der Sozialdemokratischen Partei war in der damaligen Zeit im wesentlichen beeinflußt durch die industrielle und gewerbliche Arbeiterschaft. Das hatte ganz natürliche Gründe; es darf darum den früher tätigen Genossen und Körperschaften daraus kein Vorwurf gemacht werden. Durch die Tätigkeit des Landarbeiter-Verbandes ist auch die Landarbeiter-Frage mehr ins Rollen gekommen; mit Freuden kann man feststellen, daß heute die ländlichen Fragen, die ja mit den Landarbeiterverhältnissen in engem Zusammenhang stehen, in unseren Reihen eine bessere Beurteilung erfahren, als dies früher der Fall war.

Bei früheren Wahlen, unter dem alten Wahlkreis-System, war es für die Genossen gewissermaßen ganz selbstverständlich, daß, wenn die letzten Wahlergebnisse aus den Landbezirken der Wahlkreise einliefen, daß dann die Stimmen der Gegner, ganz besonders die von rechts, zu-

nahmen und die sozialistischen Stimmen zurückgedrängt wurden. Heute liegen in dieser Beziehung die Verhältnisse erheblich anders. Schon bei den Wahlen, die in den verflossenen Monaten zu den Landtagen stattfanden, war festzustellen, daß die rein ländlichen Gebiete gute Stützen der Sozialdemokratischen Partei sind. Bei den Reichstagswahlen ist diese Tatsache noch viel mehr in Erscheinung getreten. Aus fast allen Gebieten Deutschlands wird berichtet, daß der gewissermaßen natürliche Rückgang der sozialistischen Stimmen bei dieser Reichstagswahl in den Landgebieten nicht so erheblich war als dies leider in den Städten und Industriegebieten in die Erscheinung trat. Genaue Feststellungen und Einzelergebnisse darüber liegen noch nicht vor. Bei der Zersplitterung des Parteiwesens in Deutschland, die ganz besonders bei den letzten Wahlen auf das Wahlergebnis einwirkte, ist es um so schwerer, Vergleiche mit früheren Wahlen zu ziehen.

Der Deutsche Landarbeiter-Verband ist in den rein ländlichen Gebieten und hier wieder ganz besonders auf den Gutshöfen die Arbeiterbewegung! Wohl hatte die Partei in den stürmischen Zeiten nach dem Zusammenbruch auch auf dem eigentlichen platten Lande Parteivereine gebildet, die leider einen Rückgang erfahren haben. Es war eine Ueberlastung des platten Landes mit allen möglichen Organisationen, auch in unserem Sinne zu verzeichnen. In dieser Beziehung ist naturgemäß eine Ernüchterung eingetreten. Jedenfalls ist es keine Uebertreibung, daß mindestens ein Dutzend sozialdemokratischer Reichstagsmandate der besseren Stimmenabgabe auf dem Lande zu verdanken sind. Der Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen wäre sicher noch größer gewesen, wenn es in den zurückliegenden 15 Jahren nicht gelungen wäre, die Stützpunkte auf dem Lande zu schaffen und noch mehr, zu erhalten. Wenn auch die Landarbeiter-Organisation den für jeden denkenden Menschen verständlichen Rückgang erfahren hat, so bleibt doch beachtenswert, daß heute das platte Land mit einem weitverzweigten Netz von Mitgliedschaften und Vertrauensleuten der sozialistischen Arbeiterbewegung überspannt ist.

Trotz dieser verhältnismäßig günstigen Resultate, haben wir uns aber doch ernstlich zu überlegen, wie es gelingt, unseren Einfluß auf dem Lande zu erhalten und vor allen Dingen weiter auszubauen. Will man in diesem Sinne wirken, dann muß man sich erst in das Geistesleben der Landarbeiter hineindenken. Die historisch gewordenen Verhältnisse der Landarbeiterschaft erfordern es, daß diese wichtige Arbeiterschicht durch den Staat geschützt und gestützt wird. Es liegt mehr als ein Körnchen Wahrheit darin, daß die ländliche Arbeiterschaft in ihrer Grundeinstellung konservativ ist. Damit ist natürlich nicht die konservative Parteieinstellung gemeint, aber die Landarbeiterschaft hängt an der Scholle und erwartet von den Freunden, die sich um sie bemühen, praktische Arbeit und Erfolge zu ihren Gunsten.

Einem großen Teil der ländlichen Arbeiterschaft ist zum Bewußtsein gekommen, daß es die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokraten waren, die die ländlichen Arbeiter und Arbeiterinnen zu freien Staatsbürgern erklärt haben. Das hat der Rat der Volksbeauftragten getan durch die Verordnung vom 12. November 1918, die da lautet:

„Die Gesindeordnungen und Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiterschaft sind aufzuheben.“

Ein neues Recht wurde ferner durch Drängen und erhebliche Mitwirkung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes in der vorläufigen Landarbeitsordnung geschaffen, der die Nationalversammlung Gesetzeskraft gab. In der kaiserlichen Zeit wurde zwar viel geredet und geschrieben über die Hebung der Lage der Landarbeiterschaft, aber geschehen ist nichts.

Es muß aber auch betont werden, daß diese Erfolge, die nach dem Zusammenbruch erzielt wurden, ohne viel eigene Mitwirkung der ländlichen Arbeiterschaft in den Schoß gefallen sind. Die Freiheit als Staatsbürger hat die Landarbeiterschaft der Staatsumwälzung und hier wiederum den Sozialdemokraten zu verdanken. In wirtschaftlicher Hinsicht hat die Landarbeiterschaft den freien Arbeitsvertrag, den Tarifvertrag, der von der organisierten, industriellen und gewerblichen Arbeiterschaft geförderten Gewerkschaft, dem Landarbeiter-Verbande, zu verdanken. Erfolge in der Tariffrage waren damals leichter zu erzielen unter dem Drucke der allgemeinen Verhältnisse, als dies heute der Fall ist.

Dies hatte natürlich auch seine Schattenseiten. Die ländliche Arbeiterschaft wurde im gewissen Sinne verwöhnt, weil wegen der Sicherung der Ernährung die behördlichen Organe, wiederum durch den sozialistischen Einfluß, auf den Abschluß von Tarifverträgen hinwirken.

Die Landarbeiter sind mit ihrem Eintritt in das Organisationsleben der klassenbewußten Arbeiterschaft gewissermaßen gleich mit dem Tarifvertrag als Gewerkschaftler geboren worden. Auch hier gilt die alte Lebensweisheit, daß, was man nicht in harten Kämpfen errungen hat, auch nicht richtig gewürdigt wird. Berücksichtigt man die Tatsachen, so darf es jedenfalls als erfreulich bezeichnet werden, daß in der gegenwärtigen Zeit, wo die Reaktion wieder Oberwasser gewonnen hat, diese Stützpunkte der Arbeiterbewegung auf dem Lande erhalten blieben, ganz besonders in Ostelbien, dem Lande der landwirtschaftlichen Großbetriebe.

Die Stelle, wo die Reaktion am meisten verwundbar ist, das ist das Verhältnis der Gutsherren zu ihren „Untertanen“, d. h. den Massen der Landarbeiterschaft. Es ist selbstverständlich, daß in den Zeiten nach der Revolution die Arbeitgeber in der Landwirtschaft kein Mittel unversucht ließen, um die Landarbeiterschaft wieder an ihre Seite zu bringen. Während der Zeit der Allgemeinbewirtschaftung der Lebensmittel, der sogenannten Zwangswirtschaft, hatten die Landwirte auch Erfolge zu ihren Gunsten bei der ländlichen Arbeiterschaft zu verzeichnen. Den gewerkschaftlich und politisch ungeschulten Landarbeitern war es natürlich leicht einzureden, daß dadurch, daß den Landwirten die Preise für ihre Produkte vorgeschrieben waren, sie auch nicht die Löhne zahlen konnten, die sie gerne zahlen mochten.

Das war eine beachtenswerte Gefahrenklippe für die nach der Revolution an Mitgliederzahl so ausgedehnte Landarbeiter-Organisation. Wir sagen ausdrücklich an Mitgliederzahl ausgedehnten Organisation, denn an dem geistigen Zusammenhalt fehlte es unter dieser Berufsgruppe mehr als wie in irgendeiner anderen Gewerkschaft. In den damaligen Zeiten wurden Massen von Flugblättern und Zeitungsartikeln unter der Landarbeiterschaft verbreitet, worin darauf hingewiesen wurde, daß die sozialistische Regierung „die Landwirtschaft“ vernichte, d. h. die Landwirte zugrunde richte und damit auch die Landarbeiter. Ganz besonders in Pommern, wo man sich diese Agitation ein erhebliches Stück Geld hat kosten lassen, und mit großen finanziellen Opfern auch ein gelber Arbeitnehmersverband geschaffen wurde, hat man mit dieser Agitation Erfolge erzielt. Aber durch diese skrupellose Agitation der Arbeitgeber und deren Beauftragten wurde die Landarbeiterschaft aufgerüttelt und zum Denken erzogen.

Ohne großen Widerstand haben die Landwirte in der Zeit der Inflation eingewilligt, ihren Arbeitern mehr Lohn in Form von Naturalien, den sogenannten Deputaten, hauptsächlich an Getreide zu bewilligen, ja selbst anzubieten. Die Deputatslieferungen an die Landarbeiterschaft wurden in zweifacher Hinsicht als Kampfbjekt benutzt. Einerseits um den unbequemen Landarbeiter-Verband zu bekämpfen, indem man den Arbeitern einredete, daß die Arbeitgeber ihren Arbeitern gerne freiwillig höhere Löhne zukommen lassen. Andererseits um die sogenannte sozia-

listische, geschmackvoll sagte man: die „sozialistisch-jüdische“ Regierung zu bekämpfen, weil diese Regierung daran schuld sei, wenn nicht noch mehr Deputat gegeben würde usw. Diese geschickte Agitation der Rückschrittler war nicht ohne Erfolg, sie sollte uns lehren, daß der reine Verbrauchstandpunkt auch nicht immer das Richtige ist.

Es vollzieht sich jetzt ein erfreulicher Umdenkungsprozeß innerhalb der Teile der ländlichen Arbeiterschaft, die aus obengenannten Gründen den Schalmeitönen ihrer Arbeitgeber gefolgt sind. Da glücklicherweise jetzt nach Goldwerten gerechnet wird, gehen nun die Landwirte, ganz besonders in den Bezirken, wo der Kampf mit dem Deputat mit aller Rücksichtslosigkeit durchgeführt wurde, dazu über, die Deputate abzubauen. Die Gewerkschaftsarbeit erfährt daher jetzt wieder eine gerechtere Beurteilung. Wenn auch ein beachtenswerter Teil zur Organisation noch nicht wieder zurückgekehrt ist, so ist doch festzustellen, daß die Unorganisierten mit dem Verbande sympathisieren. Das ist für die Zurückgewinnung sehr wertvoll, auch wenn man sich sagen muß, daß diese Aufgabe sehr schwierig sein wird.

Die Landarbeiterschaft sieht nun ein, daß sie während der Inflationszeit auch dem Inflationstaumel unterlegen ist, d. h. mit Zustimmung der Arbeitgeber damals Erfolge erzielt hat, die eigentlich keine Erfolge waren. Auch auf dem Lande sehen wir heute überall einen Abbau. Rücksichtslos gehen die Arbeitgeber dazu über, alle Erfolge, die in rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht erzielt wurden, zu beseitigen. Dadurch wird seitens unserer Gegner selbst dafür gesorgt, daß die Landarbeiter die Ueberzeugung gewinnen, daß die Kreise, die immer davon schwätzen, der Klassenkampf, der „Marxismus“ müsse beseitigt werden, selbst den Klassenkampf entschieden führen. Weil nun die Verhältnisse klarer liegen, versteht die Landarbeiterschaft viel eher, daß sie den gleichen Kampf zu führen hat, wie die städtische und industrielle Arbeiterschaft und wird auf das Gerede von der sogenannten Dorfgemeinschaft nicht mehr viel geben. Durch die skrupellose Agitation der Landbünde ist die Verständigung zwischen Stadt und Land nicht gefördert worden. Jene Demagogen haben zwar immer betont, daß sie dem ganzen Volke dienen wollten. Tatsächlich war aber das direkte Gegenteil beabsichtigt. Die beste Verständigung zwischen Stadt und Land wird herbeigeführt durch die Solidarität der ländlichen und städtischen Arbeiterschaft. Auf diesem Gebiete wurde in dem letzten Jahrzehnt viel erreicht.

Für die Stellung der Landarbeiterschaft zum Staat ist aber noch entscheidend, wie es dem Staate gelingt, der Landarbeiterschaft behilflich zu sein, bei den Bestrebungen zur Hebung ihrer Lage. Da der Streik für die ländliche Arbeiterschaft noch mehr als für andere Arbeiterschichten eine zweischneidige Waffe ist, weil damit auch das Risiko in ihrer eigenen kleinen Wirtschaft verbunden ist, wird die Landarbeiterschaft von den Parlamenten und der Regierung mit aller Entschiedenheit fordern müssen, daß sie geschützt wird vor weiterer Verelendung. Ein zurzeit geltender Stundenlohn von 25 bis 30 Pfennig im Reichsdurchschnitt bedeutet auch auf dem Lande keine Sicherung der Existenz. Dabei muß man immer und immer wieder sagen, daß bei diesem Stundenlohn alles eingerechnet ist, was der Landarbeiter in bar und Naturalien und durch Wohnungsgewährung verdient. Die Gefahren des Landarbeiterstreiks im Hinblick auf die Volksernährung sind seit jeher sehr übertrieben worden und werden heute noch viel mehr als früher übertrieben. Wenn man aber will, daß der Landarbeiterstreik nur in seltenen Ausnahmen stattfinden soll, dann ist es Aufgabe des Staates, d. h. des Volksganzen, dafür zu sorgen, daß für eine so wichtige Berufsschicht Einrichtungen geschaffen werden, wodurch bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, des Wohnungswesens, des Arbeiterschutzes für Frauen und

Jugendliche usw. Ergebnisse erzielt werden, die die Arbeiterschaft auf dem Lande einigermaßen befriedigen.

Die Landarbeiter sagen sich, wenn man sich über den kleinsten Streik in der Landwirtschaft aufregt, dann soll man die Arbeitgeber auf eine andere Art verpflichten, uns ein auskömmliches Dasein zu sichern. Vor allen Dingen tut not der Ausbau des Schlichtungswesens, wobei der formal-juristische Standpunkt nicht den unheilvollen Einfluß haben darf, wie es jetzt leider der Fall ist. Lohnkämpfe sind Tatsachen, mit denen sich eine jede Regierung abfinden muß. Lohnkämpfe sind keine Rechtsfragen, was anscheinend jetzt im Arbeitsministerium der Weisheit letzter Schluß ist. Mit Paragraphen ist noch niemals die soziale Frage gelöst, besser gesagt in einzelnen Phasen ein Ausgleich herbeigeführt worden. Das haben heute auch weite Kreise der ländlichen Arbeiterschaft begriffen.

Das etwa ist es, was die Landarbeiter vom Staate erwarten; sie werden die Partei unterstützen, die in diesem Sinne wirkt und das ist die Sozialdemokratie. In ihrer Grundeinstellung lehnt die Landarbeiterschaft die revolutionär sein wollende Taktik: „Alles oder nichts“ ab. Sie will planmäßig aufbauende Tätigkeit und wird und muß daher den Staat bejahen. Gewiß hat auf dem Lande auch die hirnverbrannte Agitation der Kommunisten zum Teil Erfolg gehabt. Wir halten aber diese Episode auf dem Lande für überwunden, wie wir auch überzeugt sind, daß die kommunistischen Bäume selbst in den Städten und Industriebezirken nicht in den Himmel wachsen und auch da bald ein Umschwung zugunsten des sozialistischen Gedankens zu verzeichnen sein wird.

Diese Tatsachen legen aber ganz besonders der Sozialdemokratischen Partei eine große Pflicht auf. Daß die Fraktion im Ausbau des Schlichtungswesens, der Arbeitsgerichte, der Arbeiterschutzgesetze und in der vielgestaltigen sozialen Versicherungsgesetzgebung das Aeußerste zur Vertretung der Landarbeiter-Interessen erstreben wird, ist selbstverständlich. Der Ruf, „Hinaus aufs Land“, zur politischen und gewerkschaftlichen Betätigung, muß aber viel mehr beachtet werden. Zwar werden dort diejenigen, die hinausziehen, keine großen Versammlungen erwarten, aber in den kleineren Versammlungen werden sie sicher von ihrer Tätigkeit mehr befriedigt werden, als dies in den großen Versammlungen in Städten und Industriebezirken der Fall ist. Gewiß soll und wird die Partei ihre Tätigkeit in den Städten und in den Industriebezirken nicht vernachlässigen. Da wir aber nach wie vor in Zeiten leben, wo man von einer vollen Klärung der Verhältnisse noch nicht sprechen kann und vielleicht ein neuer Wahlkampf der Partei bevorsteht, sollte man schon jetzt daran denken, planmäßig das Landgebiet zu bearbeiten. Unsere Gegner erkennen, was für einen Rückhalt für sie die Kleinstädte und das platte Land bieten; auch Sozialdemokraten sollten nicht verkennen, daß bei fast allen Revolutionen das Land die Reihen der Reaktion stärkte. Wenn es dieses Mal anders gekommen ist, so ist dies jedenfalls zu einem beachtenswerten Teil mit auf die Tätigkeit der sozialistisch denkenden Landarbeiterschaft und deren Organisation zurückzuführen. Wirken wir also weiter in diesem Sinne, dann wird der Hort der Reaktion auf dem Lande, den wir nie für so groß gehalten haben, nicht weiterwachsen, sondern weiter zurückgedrängt werden. Je mehr wir zu gesicherten Verhältnissen kommen, desto mehr wird dies eintreten, aber mithelfen müssen wir bei diesem Werk, damit der sozialistische Gedanke unter der Landbevölkerung immer festere Wurzeln schlägt.

Das Bollwerk Preußen

Von Heinrich Waentig, Mitglied des preußischen Landtags

Die dramatischen Vorgänge, die sich im Spätherbst 1922 im Deutschen Reichstag abgespielt haben, um nach dem üblichen Hin- und Her vertraulicher Verhandlungen hinter den Kulissen und der darauffolgenden programmatischen Erklärungen in der Öffentlichkeit zum ruhmlosen Rücktritt des Erfüllungskabinetts Wirth und zum Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der Reichsregierung zu führen, wurden von den Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion des preußischen Landtags von Anbeginn aufmerksam verfolgt und eifrig kommentiert. Wiederholte sich doch dort fast in allen Einzelheiten jene politische Tragikomödie, deren für den Neuling in diesen Dingen vielleicht überraschende Wendungen wir bereits im Frühjahr 1921 bei der langwierigen Neubildung der preußischen Landesregierung aus eigenster Erfahrung hinreichend kennengelernt, und deren Irrungen und Wirrungen wir in der halbjährigen Aera Stegerwald bis zum Grunde auskosten haben. Von der parlamentarischen Kinderkrankheit proletarischer Nur-Klassenpolitiker, jener doktrinären Koalitionsstutzigkeit, waren wir geheilt. Aber es war eine kostspielige Pferdekur gewesen; kostspielig schon um deswillen, weil wir bei unserem Wiedereintritt in die Regierung naturgemäß ein weit geringeres Maß politischen Einflusses zugebilligt erhielten, als wir es zweifellos hätten bewahren können, wenn wir in nüchterner Anerkennung der veränderten Mehrheitsverhältnisse entschlossen zugegriffen, anstatt uns als stärkste Partei in die Opposition, d. h. in den Schmollwinkel zurückzuziehen. Dennoch war, was wir damit retteten, der Mühe wert.

Ob die Erfahrungen, die wir in Preußen gemacht, ohne weiteres auf das Reich anwendbar waren, bleibe dahingestellt; jedenfalls war, wie immer in solchen Fällen, damals das Urteil in unserem Kreise über die Taktik der Reichstagsfraktion geteilt. Heute jedoch dürfte Einhelligkeit der Meinungen darüber bestehen, daß der von ihr bewirkte Sturz des Kabinetts Wirth und ihr Ausscheiden aus der Reichsregierung, außen- wie innenpolitisch betrachtet, ein verhängnisvoller Fehler war, dessen, wie der Verlauf des vergangenen Jahres gezeigt, in jeder Hinsicht verderbliche Folgen für das Schicksal der deutschen Republik geradezu unabsehbar gewesen wären, wenn nicht, wie ein Fels in stürmischer Brandung, in den Wirren der Reichspolitik unerschüttert das Bollwerk Preußen gestanden hätte. Denn trotz der von uns in Bayern und im Reich geübten „Opposition“, trotz der von uns aus Sachsens und Thüringens Regierungskanzleien erhobenen „Proteste“, wäre die deutsche Demokratie wohl längst das Opfer irgendeiner reaktionären „Patentlösung“ geworden, wenn nicht die noch immer viel verlästerte

ihre Stellung und ihre wirtschaftliche Macht durch die Beherrschung der Unternehmungen von der Finanzseite. Diese Bindung ist stärker als der reine Kartellvertrag, der nicht selten in seiner Vollständigkeit erst erreicht wurde im harten Konkurrenzkampf gegen die Außenseiter. So vollzog sich in dem Zusammenballen großer Konzerne eine schnelle Fortentwicklung der kapitalistischen Entwicklung, die in ihrer finanziellen Beherrschung der Unternehmungen charakteristisch ist. Kein an sich neuer Entwicklungsvorgang; aber durch das Riesenmaß der Ausdehnung und der Machtentfaltung einiger Personen zog er die Aufmerksamkeit auf sich.

Und alles das vollzog sich in einer Zeit der wirtschaftlichen Schwächung Deutschlands, der Verarmung des Volkes, des finanziellen Verfalls von Reich, Staat und Gemeinden; — ein Widerspruch ungeheurer Art. Indes, gerade die Zerrüttung der Währung in Deutschland hat das Zusammenballen des Kapitals in nie gekannter Weise gefördert. Dieser Entwicklungsprozeß bietet volkswirtschaftlich in seinen Einzelheiten ein sehr interessantes Kapitel. Nur wenige werden über das Ineinandergreifen der Verbindungen innerhalb der großen Konzerne einen klaren Ueberblick haben; denn die führenden Männer wollen ihre Absichten und Pläne möglichst im Dunkeln halten.

Es war deshalb eine verdienstvolle Aufgabe, als der Verlag für Sozialwissenschaft im Jahre 1922 eine eingehende Untersuchung über die Ausdehnung und den Werdegang der AEG. veröffentlichte. Wir erhielten Einblick in all die Beteiligungen an Unternehmungen des In- und Auslandes bis zum Zusammenschluß der weltbekannten großen Unternehmungen der Elektrizitätsindustrie und der Betriebe, die ihnen Roh- und Halbfabrikate zuführen.

In einer Neuerscheinung des Verlags wird von Pauf Ufermann und Carl Hüglin gleichsam das Werk fortgesetzt und eine Untersuchung des Stinneskonzerns, bis in alle seine Verzweigungen systematisch geordnet, zur Ausführung gebracht. Es ist nicht ein bloßes Aneinanderreihen der Gesellschaften, die diesem Einfluß unterstellt sind, sondern zugleich auch eine knappe kritische Darstellung des geschichtlichen Werdegangs und der kapitalistischen Entfaltung des Machtbereichs dieses größten Gründers in der Inflationsperiode. Gewiß, das Erbe, das Stinnes übernahm, bot schon die Grundlage eines angesehenen und bedeutenden Unternehmens, aus dem nun ein geschickter und energischer Mann den Aufbau zu einem Wirtschaftsgebilde unternahm, das nahezu keinen Zweig der Großindustrie, des Handels und Verkehrs unberührt ließ.

Sehr oft begegnet man dem Einwand, daß die Pläne von Hugo Stinnes des Systematischen entbehren, man habe den Eindruck, daß er alles wahllos zusammenraffte, was sich ihm bot. Das mit vielem Fleiß zusammengetragene Material über den Stinneskonzern gibt keinen Anhalt für die Systemlosigkeit seiner Gründungen und Finanztransaktionen; es läßt vielmehr nur erkennen, wie es ihm darum zu tun war, restlos ein Wirtschaftsgebilde zu schaffen, das, in sich abgeschlossen, sich selbst genügt, ohne Abhängigkeit von einem anderen Produktionsgebiet. — Es ist der Staat im Staate. Daraus erklärt sich auch der unausgesetzte Kampf dieses Mannes gegen irgendwelche Beengung des Wirtschaftslebens, mit der seine Schöpfung in starken Gegensatz geraten mußte. Er mußte frei verfügen in seinem Reich, um alle die ungeheuren Vorteile ausschöpfen zu können, die sich ihm erschlossen. Wird dieses Gebilde nach dem Tode des Gründers zusammengehalten, dann wird es bei der festen Stabilisierung der Mark erst in der kommenden Zeit den Riesenvorteil erkennen lassen, der ihm innewohnt. Hier ergibt sich als weitere Ausgestaltung in technischer, kaufmännischer und organisatorischer Beziehung, daß jede Konkurrenz schwei-

gend sich der Diktatur des Konzerns beugen muß. Dann erst wird auch dem blödesten Auge klar werden, welche Macht der Kapitalismus in seiner vollkommensten Entwicklungsform in sich vereinigt.

Aber nicht nur eine Macht auf wirtschaftlichem Gebiet, sondern hinübergreifend in das politische Staatsgetriebe. Auch hier hat Stinnes sein Ziel klar und bestimmt gesteckt. Er wußte den Wert der Presse zu würdigen, erwirbt ein Verlagsgeschäft nach dem anderen, hält ein Zeitungskorrespondenzbüro aus, bringt politische Tageszeitungen in seinen Besitz, dringt in die Provinzpresse und Wochenzeitschriften ein; er kauft große Waldungen auf, deren Holzbestände in seinen Papierfabriken verarbeitet werden, um politisch das Geschäft mit möglichst geringem Kostenaufwand zu betreiben. Diesem Mann wäre es ein leichtes gewesen, eine Tageszeitung zu einem so geringen Preis anzubieten, daß jede Konkurrenz erschlagen worden wäre. Er hatte vorläufig von diesem Machtmittel keinen Gebrauch gemacht, was nicht sagen will, daß es zu gegebener Zeit geschehen wäre. Gerade diese Unternehmungen gehören zu dem eigentlichen Privatkonzern von Hugo Stinnes, über den folgendes gesagt wird:

„Die Zellstoff- und Zellulosefabriken, Ländereien, Rittergüter mit ausgedehnten Waldungen, Hotels, Zeitungskorrespondenz- und Verlagsgeschäfte, Margarinefabriken, Petroleumgesellschaften, Schiffsreedereien, Export- und Importunternehmungen, Geschäftsstellen im In- und Ausland und vieles andere werden von der Privatinitiative des Konzernkönigs beherrscht. Natürlich hat er auch hier seine Beauftragten, Generaldirektoren, Bankiers usw., aber mehr oder weniger folgen diese seinen Weisungen und sind ihm für ihr Tun und Lassen verantwortlich.“

Dieser Konzern zieht aus der Inflationsperiode nicht nur direkt, sondern auch indirekt seinen Nutzen. Treffend heißt es darüber:

„Als eine Ironie der deutschen Zustände kann es wohl gelten, daß derjenige Mann in Deutschland, der von der Geldentwertung am meisten verdiente, auch sein eigener Gelddrucker ist. Die Reichsbank mußte an alle größeren Druckereien Aufträge zum Geldnotendruck erteilen. Infolge ihrer Größe und ihrer technischen Einrichtungen bekamen die Stinnesschen Druckereien einen erheblichen Teil zum Druck zugewiesen. So verdiente Stinnes schon an dem Geld, ehe es die Druckerei verließ.“

Sehr anschaulich wird in dem Werk geschildert, wie Stinnes seinen Einfluß in bedeutende Bankunternehmungen zur Ausführung brachte. Ein nicht geringes Aufsehen rief seinerzeit das Eindringen in die Berliner Handelsgesellschaft hervor. Stinnes erwarb hier im Jahre 1922 ein Aktienpaket von 40 000 Aktien, ein Finanzgebaren, das wie folgt geschildert wird:

„Der Ankauf eines so großen Aktienpakets, wozu mehr als eine Milliarde Mark, Mitte 1922 eine Riesensumme, notwendig war, ließ die außerordentliche Finanzkraft des Herrn Stinnes klar hervortreten. Dies in einer Zeit, wo sich die deutsche Regierung alle erdenkliche Mühe gab, dem Ausland die Armut Deutschlands zu zeigen. Daß sich bei solcher Diskrepanz bezüglich der Finanzen des Reichs und einzelner Privatleute die Reparationskommission ihre eigenen Gedanken machte, ist begreiflich.“

Fortgesetzt wurde diese Transaktion mit dem Eindringen in den Barmer Bankverein:

„Wie bei der Berliner Handelsgesellschaft, erforderte auch dieses Geschäft eine nicht geringe Summe. Stinnes ließ ein ziemliches Aktienpaket des B.B.V. zusammenkaufen. Der hierdurch entfachte Börsenkampf trieb den Kurs der B.B.V.-Aktien auf 180 000 v. H. Stinnes war schon einige Monate nach der Interessnahme an der Berliner Handelsgesellschaft in der Lage, die Ausgaben bestreiten zu können, die der Auf-

kauf der B.B.V.-Aktien erforderte. Ein Beweis, welche Geldmittel ihm zu jeder Zeit zur Verfügung standen. —

Der Barmer Bankverein eröffnete Ende 1923 eine Zweigniederlassung in Amsterdam. Als deren Leiter der Baron van der Heydt, Teilhaber der van-der-Heydt-Kerstens-Bank, gewonnen wurde. Damit würde wieder ein weites Tor geöffnet sein, wo die Devisen des Herrn Stinnes ein- und ausströmen.“

Wie schon dargelegt, waren dem Konzern die Grenzen Deutschlands zu klein; er suchte sein Tätigkeitsfeld mit Eifer auch im Ausland auszudehnen. Es ist deutlich erkennbar, daß gerade hier für die kommende Entwicklung die Sicherungen eingesetzt wurden. Die Erwerbung der Ausbeute von Erzvorkommen, bei der Armut des Erzvorkommens in Deutschland, der Aufkauf von Petroleumfeldern im Ausland, alles deutet darauf hin, daß der Aufbau des Konzerns planmäßig und weitausschauend betrieben wurde.

Die Verfasser des Werkes, die uns einen interessanten Einblick in dieses Getriebe des Stinneskonzerns gewähren, sind sich darüber klar, daß sie bis in alle Einzelheiten die Fäden, die diese großkapitalistische Gründung von einem Unternehmen zum andern spann, nicht entwirren konnten, ebensowenig wie es ihnen gelingen konnte, die Finanzverbindungen, die sonst noch unsichtbar getrieben wurden, in ihrer Vollkommenheit darzustellen. Aber das Werk verrät eine gründliche Arbeit, die tief eindringt in das verzweigte Getriebe des größten Konzerns, daneben zeigt es uns eine Persönlichkeit, die es verstand, in einer Zeit starker wirtschaftlicher Erschütterung eine Macht zu konzentrieren, über deren wirtschaftliche und politische Bedeutung kein Zweifel besteht.

Wer einen Einblick in die Periode der neueren kapitalistischen Entwicklung gewinnen will, der wird in der Schilderung des auf kapitalistischem Grund emporwuchernden gewaltigen Unternehmens ein lehrreiches Beispiel finden.

Die internationalen Tagungen in Wien

Von Paul Ufermann

Wien, den 5. Juni 1924.

Wenn den Delegierten zum Internationalen Gewerkschaftskongreß in Wien und den Mitgliedern der Exekutive der Sozialistischen Arbeiterinternationale, deren Tagung heute ebenfalls hier begonnen hat, die Einzelheiten ihrer Beratungen längst aus dem Gedächtnis entschwunden sein werden, so wird ihnen eins noch immer lebhaft vor Augen stehen: Die gewaltige Straßendemonstration des Proletariats von Wien und Umgegend, deren Zeuge wir soeben sein konnten. Es gibt wohl keine Stadt der Welt, die eine so wuchtige, disziplinierte und feinorganisierte Kundgebung zustandebringen kann, als Wien. Diese Menschen, die da in Zehnerreihen stundenlang ununterbrochen an uns vorüberzogen, legen nicht nur von einer glänzenden Organisation und einer vorzüglichen systematischen Schulung Zeugnis ab, sondern sie zeigen auch, zu welchen Leistungen die Arbeiterklasse fähig und imstande ist, wenn Einigkeit und Geschlossenheit dem Ganzen das Gepräge geben.

Die Demonstration hatte einen doppelten Charakter. Sie sollte als eine Begrüßung der internationalen Gäste durch das Wiener Proletariat dienen, zum andern sollte sie eine Warnung an die andersgesinnten Kreise Oesterreichs sein, das unglückliche Attentat auf den Bundeskanzler Seipel nicht als einen Wendepunkt in der Machtgruppierung der hiesigen Politik zu betrachten. Ist man doch von seiten der Christlich-Sozialen und der Großdeutschen eifrig bemüht, der Sozialdemokratie das Attentat an die Rock-

schöbe zu hängen. Man glaubt endlich eine Handhabe zu besitzen, den Aufstieg der Sozialdemokratie zu hemmen. Eine wüste Hetze gegen die Sozialdemokratie wird seit dem verhängnisvollen Sonntag betrieben. Angesichts dieser Tatsache war die Demonstration eine Notwendigkeit, ein Menetekel, in der Hetze gegen die Arbeiterschaft Maß zu halten.

Schon um 2 $\frac{1}{2}$ Uhr war das Parlamentsgebäude von einer dichten Menschenmenge umlagert. Ganz Wien war auf den Beinen, obwohl die Industriellen die Einstellung der Arbeit abgelehnt hatten. Um 3 $\frac{1}{5}$ Uhr kamen die Vertreter der Internationale in geschlossenem Zuge vom Rathaus. Gleich darauf setzte der wuchtige Vorbeimarsch der Kampfformationen der Wiener Arbeiterschaft ein. Voran die Bataillone der Ordner in ihren nach Bezirken verschiedenen Uniformen. In Zehnerreihen und militärischer Haltung schritten sie vorüber, mit gesenkten Fahnen und einer Kopfwendung nach rechts die Vertreter der Internationale grüßend. Es folgten lange Züge der Beamten und der öffentlichen Angestellten, der Eisenbahn, der Post, der Feuerwehr, der Telegraphie und des Telephons, der Straßenbahn, der Stadt Wien usw. Ein wahrhaft erhebendes Bild, diese Männer des öffentlichen Dienstes in Uniform und geschlossenen Zügen gemeinsam mit der Arbeiterschaft öffentlich demonstrieren zu sehen. Doch nicht nur diese, sondern Studenten und andere wichtige Gruppen schlossen sich an. Und immer wieder Massenzüge der Bezirke, enthusiastisch den Vertretern der Arbeiter anderer Länder durch Zurufe und mit Tücherschwenken huldigend, in bester Haltung, trotzdem es fast ohne Pause regnete. Erst um 1 $\frac{1}{2}$ 8 Uhr, nachdem das prächtige Schauspiel 2 $\frac{1}{2}$ Stunden gedauert hatte, machte ein Platzregen von unerhörter Heftigkeit dieser gewaltigen Kundgebung ein Ende. Bis ins Innere bewegt, verließen wir die Rampe des Parlaments. Manchem alten Kämpfer der Internationale standen die Tränen in den Augen, ob dieses grandiosen Schauspiels musterhafter Disziplin. Bei uns in Deutschland demonstrieren Hakenkreuzler und ähnliches Gesindel, hier aber die Vertreter des internationalen Sozialismus, bei uns zeigen sich die Vertreter der alten Gewalten in lärmenden Kundgebungen, hier aber drücken sie sich scheu am Zaun der Hofburg vorüber. Deshalb eine Frage zum Schluß dieses Kapitels: Wann bekommen wir einen Leo Deutsch, der einen republikanischen Schutzbund in Deutschland zu organisieren unternimmt? Möge der Parteitag nicht nur ein Bild der Einigkeit zeigen, sondern auch Maßnahmen beraten und beschließen zum Schutze des Restes der proletarischen Errungenschaften und der Republik. Schafft einen republikanischen Schutzbund in Deutschland!

Der internationale Gewerkschaftskongreß wurde am Montag, den 2. Juni, eröffnet. Begrüßungsansprachen wurden gehalten von folgenden Genossen: Domes im Auftrage der Gewerkschaftskommission und der österreichischen Arbeiterkammer; Otto Bauer als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei; Friedrich Adler (Sozialistische Arbeiterinternationale); Karl Renner (Internationaler Genossenschaftsbund); Voogd (Sozialistische Jugendinternationale) und Bürgermeister Karl Seitz als Vertreter der Stadt Wien. Der Tätigkeitsbericht des Internationalen Gewerkschaftsbundes, den der Sekretär Sassenbach erstattete, spiegelte die ungeheuren Aufgaben wider, die die gewerkschaftliche Internationale in den letzten zwei Jahren zu erledigen hatte. Das Verhältnis des I.G.B. zu den russischen Gewerkschaften nahm einen breiten Raum in der Debatte ein. Von den Engländern wurde verlangt, daß sie, da man überall die Anerkennung der russischen Regierung fordere, ein engeres Verhältnis auch mit den russischen Gewerkschaften herstellen mögen. Von den meisten Rednern wurden Klagen laut über die zersetzende Tätigkeit, die die Kommunisten in den Gewerkschaften ausübten. Eine Kommission wurde eingesetzt, um diese Frage zu klären.

Ein instruktives Referat hielt Oudegeest, Sekretär des I.G.B., über „die internationale Sozialgesetzgebung“. Wenn je, dann erkennt man hier die Notwendigkeit einer straffen internationalen Gewerkschaftsorganisation. Denn nur diese kann Fragen wie die des Achtstundentages und andere von wahrhaft internationaler Bedeutung dauernd im Auge behalten und von höherer Warte fördern. Die Diskussion über diesen Punkt war eine ausgedehnte. Die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens des Gewerkschaftsbundes mit den internationalen Berufssekretariaten wurde ausgiebig erörtert. Es kam zu einem Kompromiß, indem drei Vertreter der Berufssekretariate in den Vorstand des I.G.B. eintreten. Dadurch hofft man ein engeres Verhältnis hergestellt zu haben. In der heutigen Sitzung referierte Genosse Graßmann (Deutschland) über „die Stellung des Internationalen Gewerkschaftsbundes in der internationalen Arbeiterbewegung“. In der zu diesem Punkt einstimmig angenommenen Resolution wird betont, daß die Gewerkschaften unabhängig von jeder politischen Partei seien, jedoch sei es die Sozialdemokratische Partei, die den Gewerkschaften am nächsten stehe. Die Kommunistische Partei erstrebe eine Herrschaft über die Gewerkschaften, weshalb ein Bündnis mit ihr abzulehnen sei. Ueber den internationalen Kampf gegen Krieg und Militarismus referierte Gen. Straas, Wien. Auch hier erfolgte die Annahme einer entsprechenden Resolution einstimmig.

Soweit es bis zum heutigen Tage zu übersehen ist, ist die Arbeit des Internationalen Gewerkschaftskongresses eine durchaus fruchtbringende. Bei einem solchen Kongreß, wo jede Rede in vier Sprachen übersetzt wird, ist die Tagung des Plenums nicht das Wichtigste. Die Hauptarbeit wird in den Kommissionen geleistet. Jedenfalls wird auch diese Zusammenkunft der Gewerkschaftsvertreter aus vielen Ländern dazu beitragen, die Arbeiterschaft ihren Zielen näherzubringen. Die Reaktion ist international und die Unternehmeroffensive wächst sich immer mehr international aus; der Selbsterhaltungstrieb der Arbeiterklasse fordert, diesem Beispiel zu folgen. Deshalb begrüßen wir die Beschlüsse des I.G.B. und hoffen, daß überall die Arbeiterschaft die Kraft finden möge, sie in die Tat umzusetzen.

Die Exekutive der Sozialistischen Arbeiterinternationale trat heute zu der ersten Sitzung zusammen. Anwesend waren Vertreter aus allen der S.A.I. angeschlossenen Ländern. Wir sehen die Genossen Vandervelde de Boruchère (Belgien), Allen, Wollhead (England), Bake, Longuet (Frankreich), Buoizzi (Italien), Abramowitsch, Stalinsky (Rußland), Fliegen (Holland) und andere. Die deutschen Vertreter (Molkenbuhr und Fischer) werden für morgen erwartet. Der Senior der internationalen Arbeiterbewegung und der populäre Interpret des Marxismus Karl Kautsky wurde von der Versammlung lebhaft begrüßt. Bürgermeister Seitz begrüßte die Exekutive der S.A.I. im Namen der Stadt. Zum Vorsitzenden wurde Vandervelde gewählt. Den Bericht erstattete der Sekretär Fritz Adler. Die Delegierten des Gewerkschaftskongresses und der S.A.I. wurden heute nachmittag im Rathaus von Bürgermeister Seitz empfangen, worauf sie sich geschlossen zur Parlamentsrampe begaben, wo sie Zeuge jener oben beschriebenen Kundgebung sein konnten. Ferner hielten die Internationale Arbeiterjugend und die Internationale sozialistische Frauenorganisation Tagungen ab. Ueber allen schwebte Kampfesmut und Begeisterung. Mögen sich diese Eigenschaften vor allem in Deutschland auswirken, wo sie zurzeit am notwendigsten sind. Es lebe die Internationale der Arbeit! Es lebe die Wiener Arbeiterschaft, diese prächtige Avantgarde des Sozialismus!



Alt-Berlin
Originalradierung von Schönwald

Berlin

Von Josef Maria Frank

Am Krögel

*Schmal, verbogen, zerbröckelnd führt die Gasse,
wo die alten Häuser sich eng ineinander zwängen,
von dem Großstadtplatz, den ich hinter mir lasse,
zum Wasser, über dem blühende Zweige hängen.*

*Die Schritte auf dem holprigen Pflaster schallen
an Türen vorbei, morsch die Hölzer, die Pfosten zersplittert,
an Häusern vorbei, vom Alter rissig und halb zerfallen,
an Mauern vorbei, vom Regen zerspült, zerwaschen, verwittert.*

*Ganz oben leuchten in der Sonne die spinnwebumzogenen,
verstaubten, kleinen, geviertelten Fenster der Gemächer.
Ueber den von vielen Sommern verbeulten und verbogenen
Fachwerkwänden schimmern ineinander verschrägte Dächer.*

*Hier und da funkeln aus den Fenstern im Untergangsstrahlen
Geranien und Fuchsien, die aus dürftigen Töpfen zur Sonne blühen
und die altersgrauen, baufälligen Wände bunt bemalen
und mit funkelnem Rot und sattem Grün durchsprühen.*

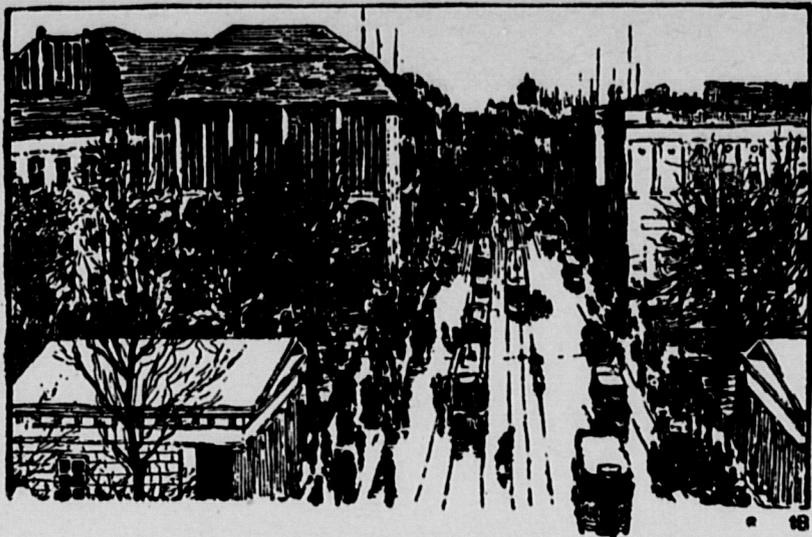
*Hinter den Mauern aber liegen Höfe, seltsam und eigen,
mit stillen Winkeln, Gängen, Torbögen und wundersamen
Balkonfluchten, die nun stumm wie die Höfe das Schweigen
auf morsches Gebälk sich stützend rings umrahmen.*

*Zwischen den Fenstern ruht im Schatten die Sonnenuhr.
„Mors certa, hora incerta!“ rufen die Grabeslettern hinab.
„Der Tod ist sicher, unsicher seine Stunde nur ...!“
Bröckelnde Wände, knisternde Balken. Es ist wie ein Grab.*

*So starrt nun der Hof wie ein riesiger Friedhofstein.
Durchs Schweigen wimmert das Glockenspiel vom nahen Turm.
Wo ist nun die Jugend, die hier gelacht hat, heiß vom Wein?
Was im Badhaus getollt hat, fraß längst der Totenwurm ...*

*Da wird es laut! Es tollt im Hof — es sind die Vögel,
die Spatzenschar, die zänkisch sich um eine Spätzin zaust.
Sie rettet sich — in die Mansarde über jener Uhr im Krögel,
den zitternd dampf der ferne Großstadtlärm umbraust.*

*Und rückwärts geht es wieder durch die Spertlinggasse,
wo Dächer, Winkel wie die Menschen eng sich aneinander schmiegen.
Und immer näher braust der Großstadtlärm, die Hast der Masse,
die Riesenstadt, wo weite Räume zwischen allem liegen ...*



Blick vom Potsdamer Platz in die Leipziger Straße
 Federzeichnung von Hans Baluschek
 (Aus der Monographie über „Hans Baluschek“ von Friedrich Wendel,
 Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Berlin)

Potsdamer Platz

Rings um den Platz, wo laut der Pulsschlag lärmt und schlägt,
 der Takt erdröhnt, der die Millionenstadt durchzuckend trägt,
 verblühen rostbraun flockend die grünen Säume
 der Kastanienbäume ...

und wirbeln im Wind über Straßenbahnen, Omnibusse, Lastautos, Wagen,
 die wie eine wilde durcheinandergeschobene Jagd den Platz durchjagen,
 über klappernde Droschkengäule, ratternde Automobile, knatternde Räder,
 Sandwichmänner, Reklamesäulen, schwankende Netze, gleißendes Schienen-
 geäder,

fluchende, fuchtelnde, laufende, zögernde, stockende, stehende, springende,
 zitternde, ängstliche, schreiende, sicher auf fahrende Wagen sich
 schwingende

Passanten, die den brausenden Maelstrom, den Strudel, hastig durch-
 schnellen

und sich wie zitternde, flirrende Leiberwogen aus den Straßen wellen,
 aus den Warenhäusern, Geschäften, Büros, die sie arbeitsmüde verlassen,
 aus der langen, wagenthronenden Straße summende schwarze Massen,
 aus dem grauen Warenhausbau, vor dem die Gitter sich schließen und heben,
 aus den tausenden Läden, aus dem Zentrum, wo sie ihren Alltag erleben,
 aus den tausenden Büros; Menschen, die vorwärts eilen, vorwärts streben:
 Arm in Arm, tänzelnde Ladenmädchen, die sich in den Hüften wiegen,
 aktentaschenbeschwerte Jünglinge, die gewandt um die Blumenfrauen
 biegen,

ernste, ältere Herren mit Kneifern und Brillen, die fast gar nichts sehen,
 weil sie ihre Zeitungen lesen und stolpernd über die Bürgersteige gehen
 und fast unter die Räder kommen, Arbeiter, die aus den Werken eilen,
 Menschenmassen, die fluten und fluten und sich vorwärtskeilen
 und wie ein Deltastrom zerfließend, rauschend sich zerteilen,
 zur Untergrund, zur Ring-, zur Wannsee-, Fern-, zur Vorortbahn,
 zur Treppe hinab, zur Treppe hinan ...

Und die Blüten wirbeln, sogar auf den Sipomann, der zwischen Hast
 und Hatz,
 eine lebendige Rettungsinsel mitten auf dem Platz,
 der vom Lärm erzitternd summend, surrend bebt,
 seelenruhig steht und seine Hand erhebt
 und Autos, Wagen, Omnibusse, Räder, Menschen mit der Hand
 wie ein Zauberkünstler bremst und auf die Stelle bannt,
 wo sie dichtgedrängt warten und stille stehen
 und ungeduldig hupend, klingelnd, fluchend,
 nach einem Ausweg suchend
 auf die Hand hinsehen ...

Die allen kommandieren kann, nur den Blüten nicht,
 die wirbelnd und flackernd, lohend dicht
 um die alten Kastanienbäume wehen
 und, wenn das buntglitzernde Licht,
 das aus vielkerzigen Lampen strahlt
 und Worte auf die Häuserfassaden malt,
 erloschen ist und die Nacht anbricht,
 auf einem leeren Platz verwehen ...

Die Fabrik

Im Norden der Stadt, die ruhelos ihr Tretrad schwingt,
 starrt eine weite Straße lang mit ihrem lärmgefüllten Grauen
 kalt die Fabrik, die mit den Toren Tausende von Männern, Frauen,
 Vätern, Müttern, Mädchen, halben Kindern wie ein Tier verschlingt.
 Und die Maschine singt ...

Am frühen Morgen öffnet die Fabrik mit ihren Toren ihre Rachen.
 Aus Straßenbahnen, Autobussen, Untergrundbahn quillen dichte Scharen;
 die Straßen füllen sich mit ihnen, die noch müde und mit feuchten Haaren
 unausgeschlafen in die Tore drängen, unterm Arm die Siebensachen.
 Und die Maschine singt ...

Die Männer ausgemergelt, stumpf; den blauen Anzug und die Stullen dicht
 im Päckchen an den Leib gepreßt; die Frau im Umschlagtuch mit Tasche
 oder Körbchen, sehen müde, stier auf ihre Brote und die Kaffeeflasche;
 die Mädchen tänzelnd; aus den großen Augen stellt der Blick ins Licht.
 Und die Maschine singt ...

Sie grüßen flüchtig, eilen sich, vorbei am Pförtner, halten sich nicht auf;
 sie gehen schnell zum Schalter, nehmen ihre Ausweiskarte; und sie drängen
 sich zur Kontrolluhr, stempeln ihre Karte, gehen mauerlang und hängen
 sie in die Haken ihrer Nummer; das Tretrad nimmt nun seinen Lauf.
 Und die Maschine singt ...

Am späten Tag dann öffnet die Fabrik mit ihren Toren ihre Rachen.
Und speit sie aus. Der eine eilt allein; der andere sieht sich wartend um:
da lauern Frauen, Kinder, Mädchen; und man begrüßt sich, lächelt müde

— stumm

und geht — jetzt, wo die Sonne schwindet — unterm Arm die Siebensachen
hin durch den Tag, der sich zum Ende neigt,
nach Hause in die Freiheit seiner Mietskaserne
und — die Maschine schweigt ...



Im Tiergarten

Am Karpfenteich im Tiergarten
haben die Kastanien ihre Kerzen aufgesteckt.
Sie wollten nicht mehr länger warten
und haben sich mit rostbraunzarten
Blüten über und über bedeckt.

Und von allen Wegen, die ringsum gehen,
kommt es heran: Männer, Mädchen, Kinder und Frauen!
Sie wollen den Teich wieder sehen,
unter den alten Bäumen stehen
und in die Blüten schauen.

Um den blütenübersäten Teich,
in dem ab und zu es goldschuppig schimmert,
sitzen sie auf den Bänken, bleich,
mager, müde; aber sie lächeln weich
ins bunte Meer, das oben flimmert.

Und bröckeln vom Brot Stück um Stück
und füttern die Enten, die unten schwimmen.
Sie behalten kein Stückchen zurück;
sie selber sind ja satt vor Glück,
daß ihnen wieder die Blüten glimmen.

Und gehen lächelnd, wenn es dunkelt,
heimwärts in der Mietskaserne enge graue Stuben;
am Teich vorbei, wo ein Stern schon funkelt,
an Bänken, wo Pärchen bei Pärchen munkelt,
und sind glücklich wie Buben.

Spazieren sie dann die Linden lang,
wo der Asphalt leuchtet, zwischen Automobilen
Autobusse rattern, hören sie im Ueberschwang
ihrer Freude immer noch den Amselsang
und das Stargezwitscher und sehen noch immer
den rostbraunen Kastanienkerzenschimmer
und Mädchen äugeln und Kinder spielen ...



Lunapark

An der Brücke in Halensee
leeren sich die Omnibusse und Straßenbahnen;
aus dem Ringbahnhof drängen mit Frauen und Kind
die Väter; schlendern über die Brücke und ahnen,
daß Sonntag ist und sie frei sind
wie der Vogel im Wind ...

Die Kinder haben den Sehnsuchtsblick
aufgetan in den großen Augen und harren der Dinge;
die Frauen lächeln und streicheln vor Sonnenglück
über die Batistblusen, drehen glitzernde Talmiringe;
und die Männer vergessen Stück um Stück
Büro und Fabrik.

Noch zögern sie; die paar Mark
sind sauer verdient; doch lockt die Stadt der Wunder ...
Und lächelnd und sonntagsbewußt schlendern sie durch den Park.
Die Kinderherzen aber glimmen wie brennender Zunder
und werden groß; alle vergessen für die paar Mark
ihren steinernen Sarg.

Und schieben sich durch die Massen
zwischen phantastischen Bauten und Türmen, in den Kribbelschwarm,
in den ohrenbetäubenden, gellenden Lärm, über die weiten Terrassen;
in Waschkleid neben Seide, Jazz neben Harmonika, Reich neben Arm —
die Stadt der Wunder will sie vergessen lassen
und erschlägt das Hassen ...

Weil der eiserne See so grollt,
die Orchester spielen und pauken, die Berg- und Talbahn rattert,
juchzender Schrei aus den Riesenschleifen hinuntertollt,
die Rutschbahn quietscht, das Lachen vom Drehrad knattert,
ein kreischender Körperballen die Gleittrappe abwärts trollt
und das Glücksrad rollt
und ein Clown die bemalten Lippen spitzt
und ein Flohziirkus da ist, Bude auf Bude der Rummel lockt,
man auf der Treppe wackelt, endlich auf der Rutschbahn sitzt,
hinab und hinauf rast, so steil hinunter, daß der Herzschlag stockt,
das Luftkarussell surrt, ein Boot jählings ins Wasser flitzt,
daß der See aufspritzt
und alles kreischt und alles lacht,
immer und überall Musik und pralle Sonne über dem Rummel liegt,
Sensation die Nerven durchkitzelt, die Neugierde erwacht,
über den Park ein Eindecker kreist, gleitet, hinunter fliegt,
einer sich hinaussschwingt, am luftigen Trapez Kunststücke macht,
daß Atem stockt und Beifall kracht ...

Im Park draußen am Halensee
sitzen sie dann bei Mutters Stullen, warten im Dunkeln,
bis die Raketen zischen, bunter Kugelregen die Luft durchmißt,
die Schwärmer knattern und rote, grüne, blaue Sterne funkeln
und langsam verglimmen, Rauchschwaden über den See schwimmen
und man ahnt, daß morgen wieder der Alltag frift
und der Sonntag vorbei ist ...

Märkischer Waldsee

Schwer stapft der müde Fuß hin durch den gelben Sand.
Wie Kupfer rot glänzt einsam von dem dürren Kamm
in der Abendsonne ein kahler Kiefernstamm
ins märkische Land.

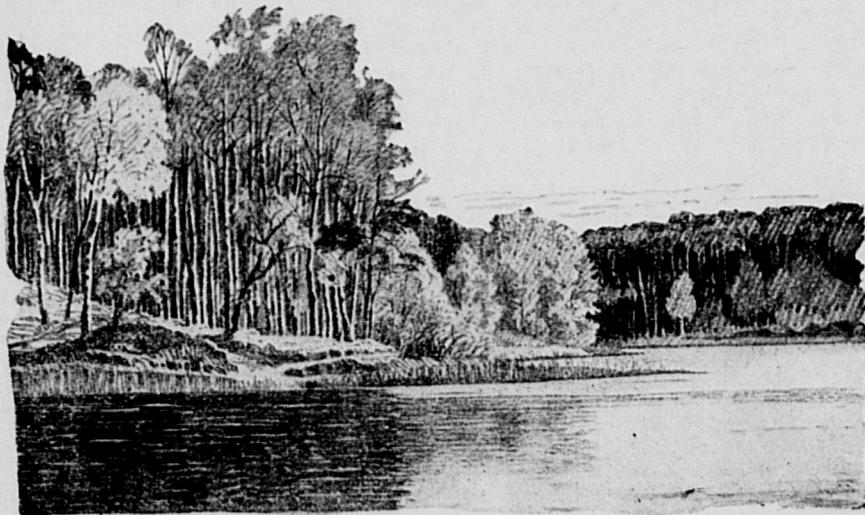
Und plötzlich huscht über alles Grün derselbe Glanz
hinab auf die Stämme und wundersam verschönt
leuchtet Föhre bei Föhre mit Purpur getönt
im letzten Lichtertanz.

Er flammt in den See, den flüssiges Feuer überstrahlt,
blendendes Flammengold, das in Purpur zerfließt,
aus dem es sich tiefviolett zum Ufer ergießt,
das ihn sattgrün ummalt.

Bis die Flamme, in dem ein Boot sich wiegt, zerfliegt,
der Purpur zerweht, das Violett in dunkles Blau
zergeht und wie die Föhren braun und grau
nun wieder alles liegt.

Vom Ufer flattert ein Lied. Es schwimmen Mond und Sterne
jetzt in dem See. Darüber flirrt Nachtvögelflug.
Die letzten Wanderer eilen. Es rollt ein Zug
dumpf in der Ferne.

Da klatscht auch schon Gewitterregen in das Birkenlaub
und springt der Blitzschein grell den Silberstamm hinauf.
Die Fische springen. Funkelnd leuchten ihre Schuppen auf.
Und dicke Tropfen nassen Sand und Staub ...



Krumme Lanke

Zeichnung von Max Brückner. (Aus der Havellandmappe: Verlag von Fritz Heyder, Berlin-Zehlendorf)

Theater und Arbeiterschaft

Von Arthur Eloesser

Im vorigen Winter hatte ich in mehreren holländischen Städten über die deutsche Bühne Vorträge zu halten. Unsere Vettern und Nachbarn im Guldenland hatten es damals gut, sie sahen nicht nur einige hervorragende Schauspieler, die die Papiermark für uns unsichtbar gemacht hatte, sie sahen auch einige künstlerisch geschlossene Vorstellungen etwa von Ibsen, Strindberg, Hauptmann, die noch auf Brahm und Reinhardt, also auf eine bei uns angefochtene Tradition zurückgingen. Wer nicht ganz ohne Kopf und Herz ist, wird im Ausland nie vergessen dürfen, daß er eine Nation, eine historische in einander verantwortliche Gemeinschaft, eine geistige, sprachliche, kulturelle Wesenheit vertritt, daß er aus der inneren Polemik herausgerückt nicht Werte leichthin preisgeben soll, die dort noch sehr bereitwillig als Herzstärkungen anerkannt werden. Die deutsche Bühne ist eins von den wenigen ideellen Gütern, die sich als exportfähig bewiesen haben; sie gilt als Kulturfaktor im europäischen Norden und galt auch in Rußland, bevor der Proletkult sie einer sehr inquisitorischen Zensur unterwarf. Indem ich ehrlicherweise nicht verschwiege, was alles in den letzten Jahren unseren Theaterbetrieb erschüttert und heruntergebracht hat, konnte ich mich auf die Empfindung, auf die Tatsache berufen, daß die Deutschen bei aller Zerrissenheit und Verbissenheit sich eigentlich nur über eine Sache einig sind, über die Wichtigkeit und Unentbehrlichkeit des Theaters. Seine Tribüne scheint höher gebaut als die der Kirche, als die der Parlamente; die moralische Anstalt der Schaubühne, wie der junge Schiller vielmehr aus Politik als aus Enthusiasmus sagte, ist eine große Erbschaft von den Klassikern her, an der jeder teilhaben, ist eine dauernde Aufgabe, an der jeder schaffend, urteilend, genießend mitarbeiten will, ist trotz allen fragwürdigen Materialisationen eine ideelle Existenz, für die sich ein Volk als Ganzes verantwortlich fühlt. Es ginge uns in Deutschland besser, wenn unsere geistigen oder politischen Besitztümer als immer wieder zu erwerbende Güter mit derselben Anhänglichkeit und Leidenschaftlichkeit behandelt würden.

Als vor etwa dreißig Jahren die Freie Volksbühne in Berlin begründet werden sollte, begann Bruno Wille seine werbende Rede mit der Forderung: Die Kunst gehöre dem Volke! Um das Wort richtig aus seiner Zeit zu verstehen, damit waren die bisher Ausgeschlossenen, die Besitzlosen, damit war das Proletariat gemeint, das sich des Theaters, der im Altertum öffentlichsten, zugänglichsten, zugleich staatlichen und religiösen Kunst durch das Mittel der Organisation bemächtigen sollte. Das Sozialistengesetz hatte die Arbeiterschaft gerade überstanden; es wurden geistige, seelische, kulturelle Energien frei, die sich auf ein gerade damals ungemein lohnendes Objekt richten konnten. Das Deutsche Theater war mit der Freien Bühne und mit Otto Brahm in ein heroisches Zeitalter eingetreten; es hat später mehr Phantasie, mehr Spieltrieb nie wieder so viel Gewissen und Kraft gezeigt. Der Naturalismus, der den Menschen als Produkt der Verhältnisse erklären wollte, war der literarische Bruder des Marxismus; der neue Darstellungsstil, der übrigens nicht nur das sichtbar Wirkliche, sondern auch das stumm Wirkende wiederzugeben suchte, schien den historischen Materialismus noch einmal durch künstlerische Vorstellbarkeit beglaubigen zu wollen. Dieses kritische, polemische, aufrührerische Theater, das immer wieder die Gesellschaft als die große Angeklagte vor Gericht zog, hatte eine Einstellung, die in die Weltanschauung des Proletariats noch gut hineinging. Auf der Fahne der Partei stand der ältere Spruch „Wissen ist Macht“. Es war kein Geheimnis, daß die Organisatoren der ersten Bewegung nach der Wissen-

schaft nun auch die Kunst, die den Menschen dem Menschen am unmittelbarsten nähert, die von Staat und Kirche wegen ihrer propagandistischen Macht abwechselnd gefördert wie gefürchtet worden war, in den Dienst des Klassenkampfes stellen wollten. Man konnte sich mit der „Macht der Finsternis“, mit den „Webern“ und mit manchen vergessenen Leistungen dramatischer Elendmalerei eine Art proletarischer Kunst vorstellen; aber es war nur ein Augenblick, in dem das persönliche Ethos einiger schöpferischer Ingenieure für ein bestimmtes politisches Programm aufgeboten schien. Ich kenne das Theater von vorn und von hinten und kann mit jedem Auguren über die fragwürdigen Züge lächeln, die zu seiner Erscheinung gehören, über die Anwendung unerlaubter Reizmittel, über Reklame und Schwindel, über den ganzen Pferdehandel mit Menschen, den das Theater als Geschäft kaum verschleiert. Das Theater kann und wird nichtsdestoweniger immer wieder eine Kultstätte sein; es ist überdies die älteste in Europa. Den Arbeitern, die sich eine Bühne gründen wollten, schien sie durchaus mit Grund der Platz, auf dem trotz allem Mißbrauch Recht gesprochen werden soll. Schien sie allerdings auch eine Instanz, der die richtige, vorurteilslose, vom Klassenstandpunkt freie Moral noch beizubringen war.

Es geschah bald und konnte nicht anders geschehen, daß die Kunst nicht dem Volke, sondern daß das Volk der Kunst gehörte. Unsere Arbeiter konnten sich mit Proletkult nicht zufrieden geben, sie verlangten nach Goethe, Schiller, Lessing, nach Shakespeare und Molière; sie haben die Orestie und den König Oedipus gesehen. Sie haben mit dem einen um Jahrhunderte, mit dem anderen um ein paar Jahrtausende zurückschauen können und sie hörten den Mythos raunen in Gestalten und Schicksalen, die immer wieder unmittelbar, gegenwärtig, menschlich werden können. Ich halte das für ein größeres und ergiebigeres Wunder, wenn der Mensch seine seelische Reichweite so ausdehnen kann. Indem die Arbeiter sich eine eigene Bühne gründeten, indem sie durch ihre Organisationen die Existenz mancher Privatbühnen während schwerster wirtschaftlicher Gefährdung mit trugen, gelangten sie zu einem großen Kulturbesitz, setzten sie sich zu Erben und Erhaltern eines Reiches ein, in dem sich jede Revolution nur als eine Vermehrung, nie als Aufhebung oder Zerstörung bewähren kann. Wenn die deutsche Arbeiterschaft nach Krieg und Revolution für die Erhaltung des Reiches, für den Fortbestand einer sprachlichen, geistigen, kulturellen Gemeinschaft die wesentlichste Bürgerschaft geleistet hat, so möchte ich diesen Verdienst zum großen Teil dem Mehrbesitz an Bildung zuschreiben, der ihr durch die Bühne zugeführt wurde.

Die Klage über den Niedergang des Theaters beginnt schon mit seiner Entstehung; die Griechen haben dieses Lied in ihrer klassischsten Periode gesungen. Aber die deutsche Bühne ist nach fast vierzig Jahren ungemein starker und vielseitiger Leistungen von einer Krisis befallen worden, die eine neue Einstellung zum Problem des Theaters notwendig macht. Es hat sich schon zu Otto Brahm's Zeiten ergeben, daß ein Privattheater mit literarischem Ehrgeiz, also mit wechselndem Spielplan und entsprechend vollständigem Ensemble nicht mehr existieren kann. Die ihm folgenden Direktoren Max Reinhardt, Meinhardt-Bernauer, Victor Barnowsky haben dann mehrere Theater verschiedener Größe und verschiedener Bestimmung in Personalunion vereinigt; in dem einen konnte mehr Geld, in dem anderen mehr Kunst gemacht werden. Von außen gesehen ist dieses System geblieben, aber an Stelle der Prinzipale, der künstlerischen Persönlichkeiten, die trotz manchen Fehlritten ihr Name verpflichtete, sind dann Gebrüder und Aktiengesellschaften und Konzerne getreten. Konzerne können Geld, aber nicht Kunst machen. Die Ensembles haben sich aufgelöst, weil die gesuchten Schauspieler sich lieber vom Film mit seinen Dollargagen finden ließen. Nach der Stabilisierung der Valuta

scheint sich ein kleiner Ausgleich zu vollziehen, aber die Gebrüder und die Konzerne werden nicht imstande sein, wie die früheren Prinzipale einen Stamm von Schauspielern heranzuziehen und sie bis zum Schein der Blutsverwandtschaft zusammen zu stimmen. Einen künstlerischen Willen zeigte das Staatstheater unter Jeßner, der allerdings kein Repertoire bildet, weil ein solches allein aus Regieleistungen nicht wachsen kann. Der Ehrgeiz des Regisseurs kann vampyrhaft werden, kann auch die Schauspieler Blut kosten. Unsere Volksbühne hat bewiesen, daß sie genau so lebendig wie tot sein kann; sie erwachte in den Armen von Jürgen Fehling, sie war glücklich, liebenswürdig, fruchtbar wie eine Frau, die geliebt wird. Die Versuche, das Theater in seiner Verfassung zu ändern und Schauspielerrepubliken zu gründen, über die sich der heilige Geist neuer Gemeinschaft ausgießen sollte, mußten so kläglich enden, wie sie dilettantisch begonnen waren. Was bleibt zu tun übrig? Es bleibt übrig, das Publikum zu organisieren, aus dem zufälligen Theaterbesucher, der seiner Laune oder dem Ruf der Reklame folgt, einen Erhalter des Unternehmers zu machen, der seinen Bedarf auch in künstlerischer Hinsicht ankündigt, der von vornherein seine Bedingungen stellt, so daß nicht mehr das Risiko jeder einzelnen Aufführung in den Wellen von Konjunktur und Spekulation schwankt. Die Berliner Arbeiterschaft ist mit der Gründung über ganz Deutschland ausgebreitet als ein echtes Bedürfnis, wie auch ihr schon sehr gewichtiger Name mißbraucht werden mag. Ihre Mitgliedschaft hat sich um die durch die Inflation enteigneten Schichten des Mittelstandes, besonders die der geistigen Arbeiter vermehrt, und es muß angenommen werden, daß das Proletariat, das sich hier zuerst schöpferisch erwies, diesen Zuzug als eine Verstärkung der Bewegung einschätzt. Der kleine Mann kann ein großes Theater haben, kann es durch die Macht der Organisation aus dem rein privatwirtschaftlichen Betrieb erlösen, der immer kunstfeindlicher zu werden droht; das Volk kann eine Bühne haben nach dem Maß seiner Verantwortung, nach den Ansprüchen seiner Würde.

Form als Distanzgefühl

Von Robert Breuer

Es klingt beinahe philosophisch: Form als Distanzgefühl. Es ist aber nichts weiter damit gemeint, als daß der Anblick von irgendwelcher Lebensheftigkeit, die Form wurde, also etwa der Anblick eines Bauwerks oder eines Bildes oder einer steinernen Puppe uns in einen Abstand zur Gegenwart und zu den Ereignissen des Tages zwingt, in uns also ein Distanzgefühl erweckt, einen wohlthätigen Maßstab, die Wichtigkeit der von uns betriebenen Dinge richtig zu erkennen. Es ist dies etwa dasselbe, was ein richtig verstandenes Morgengebet will. Eine Formel, die kaum noch in irgendeinem Zusammenhang mit der Gegenwart steht, ein Wortgefüge, fest geworden in einer Zeit, die nichts von Elektrizität und Radio wußte, wird an den Anfang des Tages gesetzt: die Götter, von denen sie redet, sind belanglos geworden; aber das Distanzgefühl, das sie schafft, träufelt Ruhe und Skepsis und damit den rechten Tatwillen in die Heftigkeit, mit der die Naivität der Vielbeschäftigten explodieren möchte. Wem das Morgengebet zu sehr nach Weihrauch duftet, der beschau sich, wenn der Wirktag anhebt, ein Stück Stein, von ägyptischen Händen vor Tausenden von Jahren geformt, oder die Scherbe eines Gefäßes, aus dem Trojaner tranken. Das beruhigt sehr und gibt der Kraft nützlichen Zügel. Der Mensch hat die Eigentümlichkeit, sich für die Erfüllung

einer Entwicklung zu halten; während er doch nur ein Durchgangspunkt ist, ein Minimum von Wichtigkeit. Es ist kaum etwas schwerer, als zu begreifen, daß das, was wir geschehen machen, weder Anfang noch Ende ist, und daß es ganz gewiß schon morgen kaum mehr als ein Atom im Leben der Geschichte sein wird. Darum ist es gesund, Museen zu besuchen; man fügt sich Hemmungen ein und wird besinnlich. Was bleibt schließlich von all dem Streit der Meinungen und von all dem Getriebe der geographisch und zeitlich eingespannten Menschheitsmechanismen: Formen, Formen in Glas geblasen oder aus textilen Fasern gewirkt, in Fels geritzt oder mit Pigmenten auf ein Stück Leinwand projiziert. Man weiß, wieviel Leidenschaft auf Konzilen, Kongressen und Parteitagen sich in unbedingt Notwendiges verbeißt; ein Morgenspaziergang durch eine Totenkammer römischer, germanischer oder jüdischer Altertümer, vorbei an den übriggebliebenen Formen tausendfacher Geschichte, ist wunder-tätige Arznei. In den Berliner Museen ist während der Nachkriegszeit fleißig gearbeitet worden; sie haben viel Neues zu zeigen, vieles neu-geordnet. Es verlohnt sich, dem Gespräch der Meinungen eine Stunde abzuziehen, um dort zu schauen, was einst war.

Im früheren Kunstgewerbemuseum (Prinz-Albrecht-Straße, gegen-über dem Abgeordnetenhaus) ist jetzt die vorgeschichtliche Abteilung neu aufgebaut worden. Um fünfzig- bis hunderttausend Jahre müssen wir uns zurückstellen. Wir sehen, wie der Mensch wuchs, vom Orang über den Neandertaler, vom Mousteriensis, der noch ganz Gebiß war, bis zum Aurignacensis, dessen Mundhöhle schon Raum für Sprache hat, dessen Schädel schon schöne Wölbung zeigt. Welch Weg ist da getan worden. Welch Weg vom Einbaum, von dem zum Schiff ausgehöhlten Baumstamm, bis etwa zum „Columbus“, der kürzlich vom Stapel gelassen wurde. Und dennoch: vielleicht bedurfte es größerer Anstrengung der Findigkeit und des Denkens, die primitivste Form des Schiffes zu leisten, als das einmal Gefundene Schritt für Schritt zur komplizierten Maschine auszu-bilden. Die Werkzeuge und Waffen, Hammer und Dolch, zeigen vielleicht noch besser, wie in der Urform das Ergebnis der Gegenwart schon vor-handen war. Das gleiche gilt von den Gefäßen. Dann: Es gibt in diesem Museum in einem Kalksteinblock eingekratzt eine Frauengestalt (Saal 1, Schränkchen 7), das Wesentliche des Körpers ist mit straffer Linie voll umfaßt. Vor fünfzigtausend Jahren hat irgendein Höhlen-bewohner mit einem Stück Geweih oder mit einem Feuerstein dies Ge-bilde der Natur entrissen; unsere Akademiker mögen nicht in Ohnmacht fallen, wenn wir sprechen, daß die geistige Konzentration, die diesen Erstling schuf, uns wesenhaft größer erscheint als die, die aufgebracht werden muß, um nach dem Colleoni tausend Kaiserdenkmale zu kopieren. Auch von der Malerei der Eiszeit kann man hier einen Begriff bekommen. Wir wissen, daß jene Primitiven auf die Wände ihrer Höhlen Tiere ge-zaubert haben, deren Eindringlichkeit, deren Naturwucht und deren das Individuum zum Typus weitende Monumentalität nur mit den besten Tierbildern Aegyptens und des klassischen Ostasiens verglichen werden können, und die um solcher Verwandtschaft willen noch in den Im-pressionisten unserer Periode zu spüren sind. Das Buch, das Herbert Kühn über diese Malerei der Eiszeit geschrieben und dem er prächtige Tafeln nach diesen Höhlenbildern beigegeben hat, sollte in der Bibliothek eines jeden, der seinen Handlungen das richtige Verhältnis sichern möchte, greifbar sein. Wir geraten beim Weitergehen in den Saal von Troja. Neun Siedlungslagen wurden dort übereinander gefunden. Die erste Burg mag um dreitausend vor unserer Zeit geschichtet worden sein; zuletzt herrschte die römische Kultur. 1873 hat Schliemann, der die Entdeckung Trojas leitete, einen großen Goldschatz gefunden; wir können diese Kopfgehänge, diese Ringe für Arme und Ohren, diese Becher und Schüsseln ganz aus der Nähe betrachten. Ob es heute einen Gold-

schmied gibt, der Besseres zu machen versteht, Wirksames, der mit größerem Raffinement dem Gold das Gleißeln und Flimmern abzulocken weiß, der das Metall kühner die Form des menschlichen Körpers um-fließen und sie dem Auge kündbarer macht? Solche Zweifelsfrage wird von der Bijouterie-Industrie jedenfalls nicht zurückgewiesen. — Die Mark Brandenburg gibt der vorgeschichtlichen Forschung reiche Ausbeute. Steinzeit, Bronzezeit, Eisenzeit liefern Waffen, Geräte und Schmuck. Große Schränke sind mit solchen Denkmälern gefüllt. Oranienburg, Salzwedel, Pritzerbe, Seddin, Spandau, Tegel, überall, wohin der Berliner seine Sonntagsausflüge macht, ruhten im Erdreich unter Sand und Moor Gebilde, deren jedes für das Gefühl einen starken Reiz hat. In der Lausitz war die Keramik besonders hoch entwickelt und wurde von hier — als es weder Eisenbahn noch Omnibus gab — auf weiten Wegen in die Welt geschickt. Uebrigens: rings um Berlin stehen in den kleinen Orten meist guterhaltene Kirchen, Zeugen der ersten Missionszeit, kampffinstern und verteidigungsbereit; sie sind aus Blöcken schwedischen Granits gefügt, demnach Denkmale der Eiszeit, während derer diese Felsblöcke sich in der Mark ablagerten. Die Seen weit und breit um Berlin sind gleichfalls Erinnerungen an die Vergletscherungsperiode. Man kann, wenn man achtamen Auges durch den Blumenthal oder in der Gegend von Freienwalde oder Fürstenwalde spaziert, die Rückzugsstraßen der Gletscher deutlich verfolgen. Man kann auch sonst mancherlei erleben, was bedächtig macht. Man fährt in Potsdam durch das Nauener Tor, durch eine Rotdornallee, an der seltsamen Maskerade der russischen Holz-häuser und an dem komischen Rudiment einer Artillerie-Kaserne vorbei, nach Nedlitz. Ein Kahn bringt über die Havel. Drüben durch rollendes Froschgequak, Sümpfe umgehend, quer durch farrenreiches Urgebiet, rechts und links weite Flächen roten Sauerampfers, gerät man an ein Gehügel, das ein wenig schroffer aufzusteigen scheint als sonst das märkische Dünengebirge. Oben empfängt man den Eindruck des Räumlichen; es ist hier irgendeinmal etwas gewesen, was abgegrenzt, bewußt umschlossen war. Man fühlt den Raum, sieht noch heute Um-wallung und Inneres. Mächtige Bäume und dazwischen üppiges Ge-sträuch, ein beinahe wildes Wuchern und doch noch die Hieroglyphe des alten, lange vor der Zeit der märkischen Kolonisation kriegsfertigen Semnonenlagers, das heute durch irgendwelche seltsame Wortentartung Römerschanze heißt. Sie steigt kühn auf dem Wasser auf. Von dort aus muß sie einmal unzugänglich gewesen sein; heute ankern unten Segel-schiffe, der Sport fliegt heiter über die Seen, die einst das Blut der er-schlagenen Wolfspelze tranken.

Wer die vorgeschichtliche Abteilung durchwandert hat, kann sich eine besondere Sensation verschaffen, wenn er anschließend die ostasiatische Sammlung, die in den Parterrräumen des Museums neu unter-gebracht ist, besucht. Der Kontrast ist überwältigend. Bei den Primitiven spürt man hinter jeder Form den Kampf um das Dasein, den Kampf mit Sturm und Eis, mit Tier und Feind. Hier in Ostasien, bei den Japanern und den Chinesen, rauscht Ueberreichtum an Luxus und Herrschafts-gefühl. Der Zweck, wenngleich er heilig bleibt, wird völlig vergessen vor dem mystischen Reiz, die köstlichsten Stoffe, Perlmutter und edle Me-talle, Lack und Seide in feurigen Garben aufsprühen, süß singen und ewig kreisen zu lassen. Die Kultur, in die wir eintauchen, ist von einer so un-erhörten Vollendung, daß wir uns wie Barbaren vorkommen. Und dabei gehören die meisten dieser Stücke, dieser Schalen und Kästchen, dieser Teedosen einer Zeit an, da bei uns Dürer, Holbein, Rembrandt und Rubens ihr Werk verrichteten. Unter den Rollbildern, die in den Nischen hängen, sind Stücke, die unsere besten Impressionisten in die Knie zwingen, ohne die wir uns die Malerei eines Manet oder Liebermann nicht vorzustellen vermögen.

Und noch eine dritte Strophe vom Heldenlied der Menschheit, die Form wurde, können wir in diesem Hause zu lesen bekommen. In einer Sonderausstellung empfangen wir durch gute Abbildungen und einzelne Stücke einen überraschenden Eindruck von den Ruinen von Tihuanaku, heute Bolivien, einst die gewaltige Tempelstadt eines unbekanntes Volkes. Schon 1540 waren diese gigantischen Mauern nur noch Reste. Ein wilder Kriegswille, der Geruch von Menschenopfern, strömt noch heute aus diesen brutalen Steingebilden, deren machtvolle Ausmaße auf die Ansammlung großer Scharen von Priestern und Kriegern, von Andächtigen und Untertanen schließen lassen. Das alles ist einmal gewesen, und auch damals gab es Wichtiges und auch damals hat man sich darob die Schädel eingeschlagen, und man hat die Schädel sogar zu heilen und, wie zahlreiche Fundstücke beweisen, meisterhaft aufzuweißen und zu trepanieren gewußt.

Im Antiquarium (Lustgarten) werden Abbildungen, Wasserfarben-Malereien in Naturgröße nach den köstlichsten Stücken der Ausgrabungen aus den Ruinenfeldern Babylons und Assurs gezeigt. Die Originale sind noch in den Kellern eingesperrt und werden erst im Neubau des Museums aufgestellt werden können. Diese Zeichnungen, unterstützt durch Rekonstruktionen der Bauten, geben einen starken Eindruck vom alten Babylon, von der Burg des Nebukadnezar und vom Turm zu Babel. Eine Architektur, die unsere wildeste Phantasie verspottet. Wie mögen sich die Rücken der Sklaven und der Kriegsgefangenen gebeugt haben, um diese Gebirge zu türmen. Ein niederschmetternder Rhythmus strömt mit der Gewalt stürmender Wogen durch die Unbegrenztheit ständig wiederkehrender, bis zur hypertrophen Monomanie nebeneinandergereihter Spannungen. Eine zellenhafte Vorstellung von dem, was dort war, geben uns vielleicht die Bauten von Pölzig, das Große Schauspielhaus in Berlin, das Festspielhaus in Salzburg.

Wenn wir jetzt in die ägyptische Abteilung des Alten Museums gehen (gegenüber der Nationalgalerie), wollen wir uns auf die neuen Räume, in denen die Werke von El-Amarna aufgestellt worden sind, beschränken. Die Geschichte der Kunst hat nichts aufzuweisen, was vollkommener wäre, als diese Köpfe und Figuren des Bildhauers Thutmosis, der um 1375 v. Chr. den Sonnenlaunen des IV. Amenophis selige Gestaltung gab. Wenn man diese Köpfe, soweit sie den Natureindruck, vielleicht sogar den Naturabdruck, wiedergeben, herausnahme und unvermittelt uns zeigte, wir würden sie für Arbeiten von gestern, für höchste Leistung moderner Hände halten. Mehr als dreitausend Jahre sind es her, daß sie von einem Künstler, der nach Leben dürstete, geknetet und gemeißelt wurden, und noch heute empfindet man sie wie blutdurchhelltes Nervengewebe, empfindet sie zugleich als geistreiche Form und meisterhaftes Werk. Dort, wo das Naturbild vom Stilwillen bezwungen wurde, in den unerhörten Köpfen des Königs und der Königin, stehen wir wie verzaubert. Die sinnliche Wirkung, die Musik der Linien und der Flächen, das Farbenbukett, die Illusion und die Verklärung sind so überwältigend, daß man noch heute, nach dreitausend Jahren, nur eins empfindet: Hochkurve zeugenden Lebens. Von damals bis heute: gibt es einen Fortschritt? Es gibt kaum Neues. Menschen und Völker kommen und gehen, wandern wie die Wellen des Meeres. Die Kunst steigt zu Gipfeln und fällt in Abgründe, siegt und stirbt. Aber so oft sie als Siegerin wiederkehrt, ist sie immer die gleiche, geboren aus Leidenschaft und geworden aus Beherrschung. Das Bild, das der frühe Jäger vor fünfzigtausend Jahren auf die Höhlenwand ritzte, solch ein springender Eber, solch ein kauender Büffel, die Königsköpfe des Thutmosis, der Buddhaheilige, den um 1500 ein Ostasiat mit gewaltigen Pinselzügen niederschrieb: alles die gleiche Familie, alles Vollendung und doch alles nur Stufe, Wandlung, weder Anfang

noch Ende. Der Mensch wird bescheiden und hält weniger von sich, wenn er zu solcher Erkenntnis, zu solchem Einblick kommt. Solche Bescheidenheit aber ist die Voraussetzung für das Distanzgefühl, das wir brauchen, um etwas Rechtes zu schaffen, ein Distanzgefühl, das wir am sichersten an den Formen großer Vergangenheit sich entwickeln lassen.

Richard Strauß

Von Hermann Hieber

Richard Strauß, eines Waldhornisten in der Münchener Hofkapelle Sohn, ist durchaus ein Kind seiner Zeit. In seine Entwicklungsjahre fällt der Sieg Richard Wagners und jener Bayreuther Rummel, in dem die deutsche und Wiener Hochfinanz der Gründerjahre sich selbst verherrlichte und das militärisch siegreiche Deutschtum im Kaisermarsch und in den altgermanischen Reckengestalten des „Nibelungenrings“ sich prahlerischen Ausdruck verschaffte. Richard Strauß hat sich viel enger an Franz Liszt angeschlossen als an den großen Richard aus Leipzig. Das ist sehr bemerkenswert, denn Liszt ist Kosmopolit gewesen und hat, ein Geistesverwandter des Franzosen Hector Berlioz, über die spezifisch deutsche Sphäre, in die sich Wagner festrannte — nicht zu seinem persönlichen Schaden! —, weit hinausgegriffen. Richard Strauß, der mit Kammermusikwerken und Liedern begonnen hatte, nimmt die Berlioz-Lisztische Musikgattung der „Sinfonischen Dichtung“ auf. Das Zeitalter der Industrie und Technik hat die Gesangsmusik zugunsten der künstlichen Mechanik der Orchesterinstrumente zurückgedrängt. Das Wagnersche Musikdrama ist nicht Widerlegung, sondern Bestätigung dieser Tatsache, denn im Gegensatz zur alten Oper, selbst noch der romantischen, überträgt es dem Orchester, nicht mehr den Vokalstimmen, die Führung; diese wiederum werden durch die Annäherung an die naturalistische Sprechweise, durch den „Sprechgesang“ musikalisch fast bedeutungslos. Das moderne Orchester, schon von Berlioz und Liszt immer mehr bereichert und erweitert, namentlich nach der Tiefe hin durch Baßklarinette, Kontrafagott, Baßtuba, stellt sich in den Dienst des Wirkungsbedürfnisses, das den modernen Kapitalismus kennzeichnet. Die von einer ungesunden Betriebsamkeit erschlafenen Nerven dieser neuen bürgerlichen Gesellschaft müssen durch immer neue, immer stärkere Reizmittel aufgepulvert werden. Hatte noch ein Beethoven mit 40 Musikern alles ausdrücken können, was er der Welt zu sagen hatte, so kam die Zeit nach 1860 mit der doppelten Anzahl kaum mehr aus.

Die sinfonische Dichtung ist nicht allein um der Vervollkommnung des Orchesterapparates und um der Absichten auf Steigerung des Klangeffekts willen charakteristisch, sondern auch wegen der Aufhebung des Begriffes der „absoluten Musik“. Die Orchestermusik nämlich wechselt ihre Bestimmung. Hatte sie als klassische Sinfonie, ähnlich wie die Kammermusik, aus der diese erwachsen war, dem Ausdruck allgemeiner Empfindungen gedient, so wird das Orchester seit der „Phantastischen Sinfonie“ von Hector Berlioz zum Träger der Programmmusik. Man legt ihr ein Bild, einen bestimmten Vorgang unter — etwa einen Fiebertraum, ein episches Stück aus der Weltliteratur: Tasso, Orpheus, Fausts Verdammung, Dantes Göttliche Komödie —, kurz, man macht aus ihr eine illustrative Kunst. Diese Wandlung entspricht durchaus der materialistischen Weltanschauung: die Bestimmung der Musik wird von innen, vom Idealismus, nach außen verlegt. Die Definition des Impressionismus durch Zola: „ein Stück Natur, gesehen durch ein Temperament“, wird auf die Programmmusik anwendbar.

Richard Strauß ist der bedeutendste musikalische Illustrator geworden. Ideen auszudrücken, ist seine Sache nicht — man höre sich „Also sprach Zarathustra“ an: gut aufgeputzte Phrase, weiter nichts. Je handgreiflicher der Vorwurf ist, den er zu illustrieren hat, um so mehr fühlt er sich in seinem Element. So, wie er Don Quichotte und Sancho Pansa vor uns hinstellt oder „Till Eulenspiegels lustige Streiche“ bizarr-ergötzlich schildert. Ein unersättlicher Schöpfungsdrang ließ ihn nach immer neuen Vorwürfen greifen; es war unvermeidlich, daß er in banale Niederungen geriet und neben einem Sonnenaufgang im Hochgebirge — „Alpensinfonie“ — und Kampf und Sieg des „Heldenlebens“ in die spießbürgerliche Enge des Familienlebens, in die Meistersinger-Atmosphäre geriet mit seiner „Sinfonia domestica“. Die Selbstüberhebung, die von der Periode des schrankenlosen Individualismus — des wirtschaftlichen wie des geistigen — nicht zu trennen ist, ließ ihm seinen Alltag, in dem die Uhr tickt und das Kind schreit, als ungeheuer wichtig und bedeutsam erscheinen.

Nicht von der dramatischen Idee aus, sondern lediglich vom Illustrationsbedürfnis des Impressionisten, gelangte er zur Oper. Daß er kein eigentlicher Musikdramatiker wie Gluck oder Mozart oder Weber ist, beweist allein schon das Kunterbunt seiner Opernstile. Er versucht sich an antiken Schauertragödien, an „Salome“ und „Elektra“, mit denen er an Wagners Spätstil, etwa an den „Tristan“ anknüpft. Aber ganz plötzlich und unversehens ist er in Mozarts Nachbarschaft, wenn er seinen „Rosenkavalier“ und seine „Ariadne“ komponiert. Und es macht ihm gar kein Bedenken, von Lanner und Johann Strauß den Wiener Walzer zu entlehnen und in demselben Rokokowerk neben „Tristan“ und „Figaro“ unterzubringen. Das alles ist so klangprächtig, so raffiniert und so — frech gemacht, daß man die Stillosigkeit des Verfahrens nur allzu leicht übersieht. Aber wenn man seine bekanntesten Bühnenwerke nebeneinanderhält und die Frage beantwortet soll: was ist daran typisch und eigentümlich Richard-Straußisch? — man wird arg in Verlegenheit kommen. Mag man über Richard Wagner denken, wie man will: man wird ihm einen eigenen Stil, für seine späteren Werke wenigstens, nicht absprechen können. Daneben ist Richard Strauß, trotz all seiner blendenden Fertigkeiten, eben doch nur ein Eklektiker. Kein Anfang, sondern ein Abschluß. In der Programmmusik so gut wie in der Oper. Ein später, vielleicht sogar schon zu später Impressionist.

Man versteht den Künstler Strauß nicht ohne sein Publikum. Wenn man von Wagner behaupten kann, er habe für eine ganz bestimmte Gesellschaftsschicht seine germanischen und altdeutschen Musikdramen geschrieben, so gilt dies noch viel mehr für den Jubilar vom 11. Juni. Die Erfolge des Bayreuther Meisters gründen sich nicht zum wenigsten auf die schwüle Sinnlichkeit, die von seinen betörenden Partituren ausströmt. Das entsprach so recht den genießerischen Bedürfnissen der Neureichen aus den Gründerjahren. Strauß hält diese Fahrte fest. Er reißt die Schleusen der Perversität auf mit seiner „Salome“, seiner „Elektra“ und am widerlichsten mit der „Josefslegende“, jenem fauligen Gebräu von Masochismus und Sadismus. Die große prunkvolle Ausstattung ist für seine letzten Bühnenwerke unbedingte Voraussetzung. Wie ehemals in Bayreuth, so müssen heute in Wien die Finanzgrößen einspringen, um die ungeheuer luxuriösen Aufführungen seiner Pantomimen zu ermöglichen. Für diese Gönner — ausschließlich für sie — schreibt er, während das Volk vor Hunger entkräftet zusammenbricht, ein Ballett „Schlagobers“, das alle Leckerbissen der Wiener Konditorenzunft über die Bühnen tanzen läßt. Was bedeuten solche Fexereien, solche abgeschmackten Reverenzen vor den Uebersatten, vor Schiebern und Wucherern, für das deutsche Volk als Ganzes?

RANDBEMERKUNGEN

Ludwig Franks Tat und Mahnung

Frank hatte den Krieg bekämpft; als er unvermeidlich war, siegte sein Tatsachensinn. Frank war gewiß, daß dem Arbeiter, der im Schützengraben für Deutschland gekämpft und geblutet hatte, die politische Gleichberechtigung nicht mehr versagt bleiben könne. Er ging in den Krieg, das demokratische Deutschland vor Augen, fest hoffend, nach der Heimkehr nicht mehr um die politische Wirksamkeit kämpfen zu müssen, vielmehr sie gestalten zu dürfen.

Es ist oft gesagt worden, daß Frank*), wenn er die Aufgaben der Nachkriegszeit vorhergesehen hätte, sich dafür hätte schonen müssen. Aber seine letzte politische Tat, die Meldung des Vierzigjährigen zum kriegsfreiwilligen Infanteristen, entsprach seinem Wesen, seiner Auffassung vom politischen Führertum. Er hat sie mündlich gegenüber Südekum damit begründet, daß zum mindesten einer die Fundamente gesehen haben müsse, die Fundamente des neuen deutschen Staates. Er hat geschrieben: „Mein Motiv war lediglich durch die Tat zu beweisen, daß es der Sozialdemokratie mit der Pflicht der Landesverteidigung ernst ist und daß ihre Haltung vom 4. August aus einer inneren Notwendigkeit, nicht aus einem äußeren taktischen Zwang entsprungen ist.“ Und schließlich erfolgte seine Meldung auch aus dem Gefühl, daß, nachdem er, der Führer, durch die Bewilligung der Kriegskredite und auch rednerisch für die Landesverteidigung eingetreten war, selber tun müsse, was er von den andern forderte: das Leben einsetzen für die politische Zukunft.

Er war nicht mehr unter den heimkehrenden Soldaten. Schon im ersten Gefecht, im zweiten Kriegsmonat fiel er, fiel, wie er immer gelebt, als Mann in Reih' und Glied, an der Seite der Proletarier, großer politischer Hoffnungen voll. Was

er so heiß ersehnt und in den letzten Tagen seines Lebens noch vor sich sah, nämlich am Bau des demokratischen Deutschlands mitzuarbeiten, war ihm versagt geblieben. Dennoch behielt er recht. Aus Not und Qualen kamen die Soldaten heim mit dem Gedanken, mit dem er 1914 hinausgezogen war: jetzt den Staat zu schaffen, dessen Politik der Wille der Arbeiterschaft das Zeichen aufdrücken sollte. Und sie fanden, als sie die deutsche Republik schufen, kaum mehr Widerstand. Der wuchs erst später. Wenn wir Sozialdemokraten die Republik nicht halten oder wenn wir dulden, daß ihre Gegner sie beherrschen, sind die letzten 20 Jahre politischer Kämpfe und ist das Leid von vier Kriegsjahren umsonst gewesen.

Hedwig Wachenheim.

Die Coßmannsche Fälschung

Die „Dolchstoß“-Nummern der „Süddeutschen Monatshefte“ des Herrn Coßmann habe ich in Heft 7 der „Glocke“ schon einmal kritisch gewürdigt. Herr Coßmann gehört zu denen, die am lautesten über die „Eisnersche Fälschung“ (die keine war) gezeut haben. Wessen Herr Coßmann selber in journalistischer Hinsicht fähig ist, soll hier an einem markanten Beispiel gezeigt werden. In Heft 8 der „Südd. Monatsh.“ auf S. 95 führt Herr Coßmann in einer Sammlung angeblicher sozialdemokratischer Selbstbezeichnungen auch folgende an:

„Der sozialdemokratische Gewerkschaftssekretär Gampich sagte in einer öffentlichen Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei in Steinau a. d. Oder vor den Preußenwahlen 1921: ‚Ich gebe zu, daß die Front von hinten erdolcht worden ist.‘ (Kreuzzeitung, Nr. 230, 1921.)“

Schon in der früheren Besprechung habe ich die Vermutung ausgesprochen, daß es sich hier um

*) Von Hedwig Wachenheim erscheint demnächst im Verlag für Sozialwissenschaft: „Ludwig Frank, sein politisches Wirken nach Reden, Aufsätzen, Briefen.“ Herausgegeben zum 10. Todestage.

eine dreiste Fälschung der Gampigschen Worte (der Betreffende heißt Gampig, nicht Gampich) handelt. Die Vermutung ist nunmehr zur Gewißheit geworden. Genosse Gampig, Gewerkschaftsangestellter in Liegnitz, bestätigt mir, daß der Sinn seiner Worte ins genaue Gegenteil umgefälscht worden ist. Er gibt mir folgende schriftliche Darstellung des wahren Sachverhalts:

„In der fraglichen Versammlung in Steinau a. O. sprach ein deutschnationaler Redner in bekannter Manier. Nach ihm sprach der von Breslau gesandte Genosse Lehrer Kaufmann, nach diesem sprach ich wohl gegen zehn Minuten. Auf die Äußerung des Redners, daß die Front von hinten erdolcht worden sei, habe ich fast wörtlich gesagt: ‚Gut, geben wir einmals zu, daß die Front von hinten erdolcht worden ist; aber den Vorwurf brauchen wir uns, die wir an der Front waren, nicht zu machen, denn wir lagen ja vorn im Dreck. Wenn die Front erdolcht worden ist, so machen wir denen es zuerst zum Vorwurf, die an Stelle der Achselklappen Achselstücke trugen. Die Schweinereien in der Etappe, die Pakete mit den Burschen und die Kasinos, wo sogar das Klavier nicht fehlte, der tägliche Braten usw., das waren die Anfänge der Erdolchung; der gewöhnliche Soldat hat seine Pflicht getan, wie auch eine Anzahl Offiziere, die ich kennen gelernt habe.‘ Dafür kann ich heute noch einwandfreie Zeugen benennen, daß sich der Vorfall so abgespielt hat.“

Genosse Gampig hat, wie ich von Anfang an richtig vermutete, lediglich von einer Fronterdolchung durch die berüchtigten Etappenschweinereien gesprochen. Daraus ein sozialdemokratisches Geständnis der Fronterdolchung im Sinne der nationalistischen Legende zu machen, ist der Gipfel gewissenloser und gemeinster Fäls-

schermethoden. Es mag sein — was ich augenblicklich nicht nachprüfen kann —, daß der Vorwurf der Erstfälschung die „Kreuzzeitung“ trifft. Das vermindert aber nicht die Belastung eines Mannes, der trotz Beherrschung historischer Forschungsmethoden bedenkenlos diese — zehn Meter gegen den Wind stinkende — Fälschung übernimmt und sich zu eigen macht, vermindert um so weniger seine Belastung, als Herr Coßmann in seiner Einleitung mit scheinheiliger Miene verheißt:

„Wir wollen hier versuchen, die Dinge so anzusehen, wie man sie in hundert Jahren ansehen wird, wenn keiner der Beteiligten mehr am Leben ist.“

Wer sich rühmt, noch vor dem kommenden Säkulum bestehen zu können, der verpflichtet sich vor seinen Lesern zu besonderer Sorgfalt. Herr Coßmann ist nicht nur hier — sondern bei allen Dingen, die ihm in seinen Kram paßten — mit frivolster Leichtfertigkeit verfahren. Er hat nichts, was ihm die These des Dolchstoßes zu erhärten schien, nach der tatsächlichen oder logischen Seite hin geprüft. Bei der ersten Sache, der ich nachging, konnte ich sofort die Fälschung feststellen. Ich bin überzeugt, daß weitere Zitate des Herrn Coßmann ebensowenig wie das Gampigsche einer kritischen Nachprüfung standhalten. (Bezüglich eines „Vorwärts“-Zitats ist das bereits von anderer Seite nachgewiesen.) Aber schon die Art, wie allein das Gampigsche Wort in genau gegenteiligem Sinne zitiert ist, berechtigt, von einer „Coßmannschen Fälschung“ zu sprechen.

Erich Kuttner.

Zum Freispruch der Seeckt-Attentäter

Das Urteil des Moabiter Schwurgerichts gegen die Seeckt-Attentäter hat nicht nur manchen Laien, sondern auch manchen Juristen überrascht. Der Sinn des Urteils ist, kurz ausgedrückt, etwa folgender: Die Angeklagten Thormann und Grandel sind schuldig, aber sie müssen aus formal-juristischen Gründen freigesprochen werden.

In der Begründung des Urteils wird ausdrücklich festgestellt, daß die beiden Angeklagten den Tod des Generals v. Seeckt ernstlich gewollt haben und daß sie zu diesem Zweck mit Tettenborn und Köpke in Verbindung getreten sind, um den Mordplan ausführen zu lassen. Auf die juristische Konstruktion einzugehen, auf deren Grund das Gericht trotzdem zum Freispruch gekommen ist, hat wenig Zweck. Entscheidend für das Urteil war die Auffassung, daß zwar Thormann und Grandel den Mord ernstlich gewollt hätten, daß aber Tettenborn und Köpke die Anstiftung nicht ernst genommen und die Tat nicht gewollt hätten. Eine Verabredung liege deshalb nicht vor, weil diese zur Voraussetzung habe, daß beide Teile ernstlich zu der verabredeten Handlung gewillt seien. Bis hierher könnte man noch der Rechtslage dieser Konstruktion folgen. Dagegen erscheint die Auffassung des Gerichts sehr bedenklich, daß eine Verabredung zwischen Thormann und Grandel nicht vorgelegen habe. Beide Angeklagten haben an demselben Plan aktiv mitgewirkt, sie haben gleichzeitig an vorbereitenden Besprechungen teilgenommen, sie haben beide den angeblichen Mörder Köpke am Morgen des geplanten Attentats auf dem Wege zum angeblichen Tatort begleitet. Aus dieser übereinstimmenden Handlung ist die Tatsache des Vorhandenseins einer Verabredung zwangsmäßig zu schließen. Es ist kaum anzunehmen, daß das Reichsgericht, das über die eingeleitete Revision des Urteils zu entscheiden hat, sich in diesem Punkte dem Urteil anschließen wird. Bemerkenswert ist, daß in der Begründung des Urteils zum Ausdruck gebracht wird, daß auf den Wunsch und den Plan der Angeklagten nach Beseitigung des Generals Seeckt die Ansicht des Justizrats Claß, daß der General für Deutschland ein Schädling sei, mitbestimmend gewesen sein könne. Dagegen erscheint es dem Gericht ausgeschlossen, daß Claß etwa die Er-

mordung Seeckts gewünscht habe. Die eidliche Vernehmung des Justizrats Claß habe diese Ansicht einwandfrei widerlegt. Das Gericht nimmt also lediglich eine Art intellektuelle Anstiftung zum Mordplan durch Claß an, hält Claß selbst von dem Verdacht der Mitwirkung durch seinen Eid gereinigt. Claß kommt hier zugute, daß er nicht, wie dies unter normalen Umständen der Fall gewesen wäre, als Mitangeklagter, sondern als Zeuge vernommen wurde. Die Tatsache, daß er vereidigt wurde, war an sich schon deshalb auffallend, weil sich in seiner Aussage ein offensichtlicher Gegensatz zu der eidlichen Aussage des Generals Seeckt befand, den er ja wegen der Darstellung über die zwischen ihm und Seeckt geführten Verhandlung kurz und bündig der Unwahrheit bezichtigt hatte. Hält das Gericht auch diese Beschuldigung des Generals durch den Eid des Justizrats für erwiesen?

Die Klarstellung der Rolle des Justizrats Claß als Führer der Nationalen Verbände und seiner hochverräterischen Tätigkeit im September und Oktober 1923 bilden eine wichtige Ergänzung zu den historischen Feststellungen, die der Ludendorff-Hitler-Prozeß in München gezeitigt hat. Wir sind nunmehr einwandfrei darüber orientiert, wer die Führung der norddeutschen Verbindungen Kahrs hatte und wo das Zentrum der Agitation und der unterirdischen Arbeit für die nationale Diktatur zu suchen ist. Professor Bauer hat im Hitler-Prozeß ausgesagt, daß der Alldeutsche Verband eine neue, nicht parlamentarische Verfassung für das Deutsche Reich ausgearbeitet habe. Im Thormann-Prozeß hat Justizrat Claß selbstgefällig betont, daß er den politischen Generalstab bereitgestellt habe, der nach dem politischen „Umschwung“ unter seiner Führung selbstverständlich die Leitung der Reichsgeschäfte zu übernehmen haben werde. Wir wissen also jetzt, wo die aktivsten und gefährlichsten Feinde der Republik sitzen!

Procurator.

B Ü C H E R S C H A U

Deutschland und Frankreich

Reichskanzler Marx hat kürzlich im Reichstag auf Beschuldigungen und Anzapfungen der Rechten hin sehr richtig ausgeführt, daß die Schuldfrage nicht durch leidenschaftliche Reden, sondern nur auf dem Wege nüchterner historischer Forschung zu klären sei. Von demselben Grundsatz geht R. Kuczynski aus, wenn er in seinem Buche: *Deutschland und Frankreich* (Verlag R. L. Prager, Berlin) den Versuch unternimmt, auf streng wissenschaftlicher, nüchterner Grundlage, aber doch getrieben von dem Grundgedanken eines warmherzigen realpolitischen Pazifismus, durch die Erleichterung des gegenseitigen Verstehens die Möglichkeit einer Verständigung zwischen den beiden Nationen zu schaffen. Die von ihm eingeschlagene Methode ist durchaus zweckentsprechend und daher die Veröffentlichung des genannten Werkes auf das wärmste zu begrüßen. In ihm werden in systematischer Anordnung die wirtschaftliche Lage, die Finanzen, die Reparationen, die Ernährungsfrage, die Lebenshaltung und Löhne, die Arbeiterfrage, die Bautätigkeit und der Grundstücksmarkt beider Länder von Fachleuten besprochen. Es ist natürlich unmöglich, hier auf die einzelnen Beiträge einzugehen; es darf aber darauf hingewiesen werden, daß diese Artikel, mögen sie bei dem Eilschritt der politischen und wirtschaftlichen Vorgänge zum Teil überholt sein, ein ungeheuer wertvolles Material für eine wirklich fundierte Aufklärungsarbeit liefern. Denn darauf kommt es an, nicht nur, daß wir etwas glauben und für richtig halten, sondern daß wir andere von dieser Richtigkeit überzeugen. Ein Beispiel unter vielen: Eines der schwierigsten, fast unmöglichen Probleme war, das Ausland und die Ausländer von dem

Wahn zu befreien, daß Deutschland angeblich einen betrügerischen Bankrott herbeigeführt habe. Ich kann nur sagen, daß ich außerordentlich bedauere, das vorzügliche von Kuczynski beigebrachte Material nicht eher gekannt zu haben. Ebenso ist über das wirtschaftliche Elend in Deutschland, das zum Beispiel Angehörigen von klimatisch glücklicheren Völkern nicht so ohne weiteres einleuchtet, vortreffliches Material beigebracht worden. Und andererseits werden von berufenen französischen Autoren die Schwierigkeiten der französischen Wirtschaft und Finanzlage hervorgehoben, was zu einem besseren Verständnis der Situation in Frankreich beitragen wird. Aber neben dieser gegenseitigen wirtschaftlichen Aufklärung ist die politische und ideelle Seite nicht vergessen. Man lese z. B. den trefflichen Aufsatz über eine europäische Verständigung von Ferdinand Gouttenoire de Toury, der zusammen mit den Ausführungen Kuczynskis auch weiteren deutschen Kreisen eine Ahnung davon zu geben vermag, was der Pazifismus für uns und unsere politische und moralische Rehabilitation in der Welt bedeutet.

Sehr wertvoll ist der Anhang des Buches, in dem der Herausgeber Beiträge aus seiner finanzpolitischen Korrespondenz wieder abdruckt, die ein lebendiges Bild von den Fragen der letzten Monate geben und die eine Reihe trefflicher Beobachtungen und Informationen enthalten, bei denen auch, für Deutschland doppelt selten und erfreulich, ein wirklicher, befreiender Humor nicht fehlt.

Alles in allem eine wertvolle Publikation, der eine weitgehende Verbreitung zu wünschen ist, ein Musterbeispiel, wie man wirkliche, fruchtbringende Aufklärung im Sinne der Völkerverständigung und Versöhnung treiben muß.

Dr. Walter Zechlin.

Könige der Inflation

Der erste Abschnitt der Geschichte des mitteleuropäischen Währungszerfalls liegt hinter uns, er dauerte genau zehn Jahre, nämlich von 1914 bis 1924, und wird allgemein als die „Inflationsperiode“ bezeichnet.

Will man das Werk verstehen, muß man den Menschen erkennen. Die große Masse der Mitmenschen dieser Zeitperiode ist aufgewachsen im Glauben an Ideale, Sittenlehre und Gerechtigkeitsgefühl; ein Appell an diese Begriffe fand bei ihnen immer günstigen Boden. Diese Charaktereigenschaften haben sie um ihren Besitz, um Wohlstand und Vertrauen gebracht, während die materiellen Güter auf die übergangen, die, gefeit gegen jeden sittlichen Begriff, „anders als die andern“ vorgingen. Während sich Hunderttausende durch die Reklame der Krieganleihe ihr Geld aus der Tasche locken ließen, kauften jene Waren, verkauften sie wieder, kauften neu und häuften mit den Spargroschen ihrer Landsleute eigenen Besitz zusammen. In seinem Buche „Könige der Inflation“ (Verlag für Sozialwissenschaft, G.m.b.H., Berlin SW 68) schildert Paul Ufermann diese Menschen und ihre Macht, und wie sie sie gewannen. Genau ein Dutzend Charaktere werden uns vorgeführt. Allen gemeinsam ist ihre Unempfindlichkeit gegen die auf moralisches oder nationales Bewußtsein eingestellte Reklame. Sie taten gerade das Gegenteil von dem, was sie selbst in ihrer eigenen Presse als erstrebenswerter, sittlich hinstellten. Unter Zuhilfenahme einer sinnlosen, dem gesunden Menschenverstand entgegengesetzten Rechtsprechung (die aber hohe sittliche Postulate, wie Vertragstreue usw. vorspiegelte), wurde den Volksgenossen das Letzte genommen, bis der Verwesungsgeruch der Währungsleichen auch das Leben der Währungsverderber gefährdete und manche unter ihnen der Inflation Halt boten, nachdem

sie sie vorher mit allen Mitteln — wirtschaftlichen und politischen — gefördert und beschleunigt hatten.

Wer waren diese Förderer des Verderbens, wo stammten sie her und wie handelten sie? In dem eingangs erwähnten Buche Ufermanns werden ihre Persönlichkeiten und ihre Werke geschildert. Es ist bezeichnend für die politische Neutralität dieses Buches, daß es die politischen Macher nicht erwähnt, obwohl mancher von ihnen durch die Inflation durchaus nicht ärmer geworden sein dürfte. Es ist bedauerlich, daß die Vermögensbildung und Vermögensanlage dieser Herren noch nicht die Chronisten beschäftigt haben; man dürfte auf manche interessante Neuigkeit gefaßt sein. Aber die anerkannten „Könige der Inflation“ traten nicht nur wirtschaftlich hervor, auch politisch machten sie sich bemerkbar.

Stinnes war der Größte unter den Großen; aber kein Neureicher. Vor dem Kriege war sein leitender Gedanke, eine Verbindung herzustellen zwischen westfälischer Kohle und luxemburgischem Erz. Dazu brauchte er Schiffe und für den weiteren Absatz Kohlenhändler und das Kohlenkontor. Daneben suchte er durch das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk und die Gaslieferungsverträge mit den Großstädten dieses Gebiets auch Herr der andern Kraftquellen des Industriegebiets zu werden. Von 1895 bis 1914 baute er an diesen Unternehmungen.

Dann kam der Krieg: Heereslieferungen, Anlage der Verdienste in Sachwerten. Je länger der Krieg, je mehr Verdienst; je weniger Konkurrenten in der Welt (Nordfrankreich, Belgien), je höher die Profitrate. Den Lauf der Dinge erkannte er schon 1917, als er in Hamburg die „Hugo Stinnes Akt.-Ges. für Seeschifffahrt und Ueberseehandel“ gründete. In der handelsgerichtlichen Eintragung dieser Firma ist ein Wirtschaftsprogramm entworfen, wie es gigantischer nie

erdacht worden ist — und Stinnes hat diesen gigantischen Plan, der alles, aber auch rein alles in sich einschloß, durchgeführt von 1914 bis 1924. Moralische Bedenken waren ihm fremd, rücksichtslos schritt er über alles, was sich ihm in den Weg stellte. Sein ureigenstes Werk war die Zusammen-schweißung eines einzigen Konzerns von der Kohle bis zur Glühlampe: die Verbindung der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-A.-G. mit dem Siemens-Konzern. Gegen dieses Riesengebilde treten alle andern zurück. Viele seiner Erwerbungen scheinen nur Bollwerke zu sein, um den Kern sicherzustellen für spätere Zeiten. Aber Deutschland wurde bald zu klein: Neben der Kohle reizte die zweite Kraftquelle, das Erdöl. Es gibt kein Erdölgebiet der Welt, an dem Stinnes nicht direkt oder durch Mittelspersonen interessiert ist. Diese Kapitalsanlage im Auslande hat überall eine Antipathie gegen Deutschland hervorgerufen, dem man nachsagte, daß es seine eigenen Schulden nicht bezahle, dagegen überall dem Einheimischen sein Fortkommen erschwere. Als Mensch betrachtet, von außerordentlicher persönlicher Einfachheit, war er von einem Macht-hunger beseelt, wie ihn nur wenige kennen. Besitz, Geld, alles bedeutete für ihn nur eins: Mittel zur Macht.

Im Gegensatz zu Hugo Stinnes, der einer alten Industriefirma entstammte, war Otto Wolff ein kleiner Eisenhändler, der sein Geschäft vor dem Kriege schlecht und recht mit seinem Sozios Strauß in Köln betrieb. Während des Krieges wurde Strauß ins Reichsmarineamt gerufen, und dank dieser „Verbindungen“ blühte das Geschäft. Da er um den Absatz nicht zu sorgen brauchte, sicherte er sich eine große Einkaufsbasis; vor allem erwarb er die Aktien von Eisenwerken und Weißblechfalsereien. Heute kontrolliert er 90 Proz. der deutschen Weißblecherzeugung. Aber auch der Fertigungswirtschaft wandte er sich zu. Nachdem er Herrscher

der Phönix-A.-G. in Ruhrort geworden war, verkaufte er einen großen Teil seines deutschen Aktienbesitzes nach Holland. Charakteristisch für diese beiden Leute ist der Ausspruch Otto Wolffs: „Ganz so groß wie Stinnes bin ich noch nicht, aber einige Milliarden Schulden habe ich doch schon.“

Die übrigen Könige der Inflation, von deren Leben und Treiben Ufermann berichtet, entstammen teils dem Bankgeschäft, wie Hugo Herzfeld, der wahllos Aktienpakete zusammenkaufte, um sie überall dahin, wo sich Interessen boten, loszuschlagen, oder Jacob Michael, der sich vor allem für chemische Werte interessierte. Allerdings müssen sich diese Herren bei ihren Geschäften sehr in acht nehmen. Richard Kahn hatte etwas zu gewagte Geschäfte mit den Deutschen gemacht, als er mit dem Verkauf der alten Maschinen dieser Unternehmungen betraut war. Der Vertrag wurde seitens des Reiches, das der Hauptaktionär der Deutschen Werke ist, rückgängig gemacht, und dies ihm einmal anhaftende Menetekel störte ihn, als er in Oesterreich ähnliche Geschäfte zu unternehmen gedachte. Es bedarf kaum des Hinweises, daß auch Oesterreich seine Inflationskönige hat. Vor allem sind hier zu nennen Castiglioni und Siegmund Bosel. Ersterer, in Triest geboren, verdient in Oesterreich Geld an Kriegslieferungen, wird nach dem Zusammenbruch italienischer Bürger, begünstigt die italienische Industrie in Verbindung mit Stinnes, und dürfte heute wohl der reichste Mann der ehemaligen Donaumonarchie sein. Sein Gegenspieler Siegmund Bosel machte zuerst in Schmugglergeschäften, wird Händler, Bankier, Petroleummagnat und Reeder. Es verdient hervorgehoben zu werden, daß diese beiden, im Gegensatz zu ihren deutschen Kollegen, sich stark sozial betätigten, indem Bosel zum Beispiel der Wiener Universität große Spenden überwies.

Es führte zu weit, auch nur die Geschichte der übrigen Währungs-

wölfe, wie Alfred Ganz, Frankfurt (Vergrößerer des Schweizerischen Anteils an der deutschen Industrie), Friedrich Minoux (Stinnes' ehemaliger Finanzminister), Rudolph Karstadt (Warenhauskönig), Jacob Michael (Chemische Industrie), Emil Ciprut (Effektengeschäfte), H. Zimak (Metallhandel) hier zu berichten.

Politisch standen die meisten deutschen Inflationskönige weit, weit rechts. Ihr Hauptaugenmerk richteten sie darauf, die Inflationszeit möglichst lange dauern zu lassen. Schöpfer großer Werke, wie Cecil Rhodes, Albert Ballin usw., waren sie nicht. Was sich von den Gebilden dieser Inflationskönige in die Zukunft hinüberretten wird, ist ungewiß. Sicher ist nur, daß keiner von ihnen das große Geheimnis des Kaufmanns erkannt hat, nämlich „sein Unternehmen als ein körperlich lebendiges Wesen zu

betrachten, damit sein Geschäft zu einem blühenden, starken und zukunftsreichen Organismus erwachse“.

Das Buch von Paul Ufermann „Könige der Inflation“ stellt eine Fundgrube wirtschaftlicher Erkenntnisse dar, es liest sich wie ein Roman, bei dem auch hier und da der Galgenhumor zu seinem Recht kommt.

Papyrus.

„Zum guten Europäer“ *)

Als unsere Revolution und das Rätssystem noch grünten, wurde in Berlin ein „Rat des Geistes“ gegründet, zu dem damals fünfundzwanzigtausend Unterschriften eingegangen sein sollen. Fünfundzwanzigtausend Menschen, die für uns denken, die unsrer Katastrophe

*) Zwölf Chroniken Werrenvags. Elena-Gottschalk-Verlag, Berlin.

SÄMTLICHE REICHSTAGSSITZUNGEN

BESTÄTIGEN DAS GLÄNZENDE BUCH

VON

HEINRICH MANN

DIKTATUR DER VERNUNFT

BROSCHIERT 1.—

HALBLEINEN 2.—



VERLAG DIE SCHMIEDE

BERLIN W 35, MAGDEBURGER STRASSE 7

LÜTZOW 6167 / KURFÜRST 6619

einen Sinn geben wollten — damit war Deutschland offenbar gerettet. Die Zahl mag damals übertrieben worden sein, jedenfalls ist unserm Deutschland trotz der Papiernot in seiner ganzen Geschichte noch nie soviel Geist angeboten worden. Unsere Politik war ungeistig, unser Geist war unpolitisch gewesen; daher kam das ganze Unglück, das die Literaten nun ermutigte, sogar verpflichtete, zum Volke so zuversichtlich zu sprechen, als ob sie Reichstagsabgeordnete wären, ein ernstes Wort mit ihm zu sprechen über seine großen Verfehlungen und Sünden. Ein tiefes Wort auch, und vor allem ein erlösendes Wort. Denn diese Literaten schienen über die gewöhnlichen Politiker weit hinaus ins Priesterliche wachsend auch alle Heilmittel des Glaubens zu verwalten. Die eigene Stimme, mit der sie sich selbst zum Pater patriae gewählt hatten, konnte nur die göttliche sein. Sie sprachen alle sehr feierlich, ein wenig benommen von ihrer neuen großen Würde, nachdem sie so lange in der Ecke gestanden hatten, aber sie hielten sich gut, und unter einer Weltanschauung wurde keine abgegeben. Als wir neunzehn Jahre alt waren, als wir Karl Marx mit Darwin und Häckel glatt in die Schachtel des historischen Materialismus zusammenpaßten, gebrauchten wir gegen einen Kameraden als schlimmstes Schimpfwort „Der Mensch hat noch nicht mal eine Weltanschauung!“ Heute haben wir davon so viel, daß jeder Deutsche sich die Welt aussuchen kann, in der er geistig zu leben wünscht. So daß uns allen eigentlich geholfen ist.

Otto Flake spricht in diesen Chroniken, ob sie von neuen Romanen, von Kabarett und Theater, von der Vivisektion oder der Schule der Weisheit handeln mögen, im wesentlichen von der Grundkrankheit des Deutschen, von seiner geringen Fähigkeit, sich zu realisieren, sich in einer leidlichen Physiognomie abzuzeichnen, sich in einer Form, also in ästhetischer Wirkung zu halten. Otto Flake

sagt manches zu Ehren unseres protestantischen, unseres poetischen Geistes, der weiter spannt als der romanische und ihn daher zu seiner Ergänzung braucht. Otto Flake sagt noch manches Treffende und Treffliche von der Notwendigkeit, das Geistige und das Nationale zusammenzubringen, ferner von der edelsten Verpflichtung der Demokratie, Führerpersönlichkeiten hervorzubringen, aus sozialem und humanem Geiste bis hinauf zur Tapferkeit des Weisen. Ich fühle, daß ich das alles falsch wiedergebe oder wenigstens mit zu geringen Worten. Das war doch alles viel mehr, das klang doch viel bedeutender, viel feierlicher, wie mit Glockentönen aus einer Tiefe heraus, in der Buddha so gut wie Plato noch bequem beieinander sitzen können. Otto Flake gehört gewiß zu den besten Fünfundzwanzig von jenen Fünfundzwanzigtausend, die den Rat des Geistes begründen wollten; er hat es auch mit seiner geistigen Redlichkeit, mit geduldiger Arbeit an sich selbst zu einer intellektuellen Selbstverwaltung gebracht, die ihm die gewisse Würde, wenn auch nicht der Souveränität, so doch der Unabhängigkeit verbürgt. Aber gerade wenn er die Deutschen von ihrem Grundübel der Gestaltlosigkeit, der Unrealisierbarkeit heilen, wenn er sie ein sachliches Geradeausdenken lehren will, müßte er selbst mit einer schlankeren Figur das Muster geben. Gerade als Realist hat er einen klaren Satz zu schreiben; mit diesem klaren Satz wird er für das Erziehungswerk, das ihm vorschwebt, mehr getan haben als mit allen den schwebenden, pendelnden, hallenden Perioden, die er auch mit der Anstrengung des Armes wie Glocken rührt. Man denke, wieviel Hohlraum eine Glocke braucht, damit sie überhaupt erst Ton geben kann.

Arthur Eloesser.

Eine neue Balzac-Ausgabe

Balzac ein allseits beliebter Romanzier? Nein, er ist ein Erdteil! Ein Mythos! Eine Naturgewalt!

Ueber uns stürzt er wie eine Lawine, reißt uns mit sich wie ein Sturzbach und durchdringt uns, das Innerste nach außen kehrend, ganz und gar wie die Julisonne. Gegen ihn gibt es kein Sichwehren und Sträuben. Wir sind auf der Welt heißt: wir sind auch in seiner Welt, die ein vereinfachtes und verkürztes, dann wieder ein vertieftes und in die Ewigkeit gerecktes Abbild jener andern ist. Er schrieb die Wirklichkeit ab, nicht teilnahmslos wie ein Protokollführer, sondern mit angehaltenem Atem und hart klopfenden Pulsen als ein Mitverantwortlicher. Längst ist die Literaturforschung den Urbildern seiner Gestalten und Geschehnisse nachgegangen und hat gezeigt, wo der Schöpfer der „Menschlichen Komödie“ diesen oder jenen Vorwurf aufgegriffen hat, und der Elsässer Ernst Robert Curtius hat vor kurzem eine Monographie des Zyklopen erscheinen lassen, die, kenntnisreich, scharfsinnig und tiefspürend, dartut, daß jener seine Gedanken und Anschauungen nicht aus dem Nichts holte, wie der Taschenspieler die Blumensträuße und Kanarienvögel aus seinem Hut, sondern mit allen Ideenströmungen seiner Zeit von Rousseau bis Saint-Simon, von der Naturschwärmerei bis zum Mesmerismus eng verknüpft war. Also lag alles in der Luft, was sich in seinem Werk niederschlug? Ganz gewiß, und wir haben niemals daran gezweifelt. Nur mindert es seine Größe

mit nichten: auch der Stickstoff „liegt in der Luft“, aber ihn auf die Erde herabzuholen und in den Blutkreislauf der Pflanzen einzuführen, war die Leistung eines genialen Hirns.

Immer neu und immer heutig wirkt Balzac, weil er ein unerbittlich grausamer Vivisektor der kapitalistischen Gesellschaft ist, die zu seiner Zeit die gleiche war wie 1924, ohne größeren Unterschied jedenfalls als dem zwischen dem Jüngling und dem Greise. Er selbst hat sich einen Legitimisten und einen Katholiken genannt und von „den zwei ewigen Wahrheiten, der Monarchie und der Kirche“ geschwärmt, aber die Schöpfung zeugt wider den Schöpfer: mit der Tinte seines Werkes schrieb die Generation des Februar 1848 die Aufrufe zum Barrikadenbau, und der brave Bürger, der ihm nachmals die Verantwortung für die Kommune aufbürden wollte, war vielleicht dumm, doch sicher nicht instinktverlassen.

Mit einer schätzbaren Ausgabe, die der Berliner Verlag Ernst Rowohlt herausgibt, tritt dieser Marschall der Literatur einen neuen Eroberungszug durch Deutschland an. Bis zur Stunde sind dreizehn Bändchen erschienen: kleines Taschenformat, in klarer Antiqua gedruckt, geschmackvoll kartoniert oder gut gebunden, und nicht teuer: das Buch kommt auf rund 2 M. zu stehen. Leider fallen auch einige Uebertragungen durch ihre

In wenigen Tagen erscheint:

Das Sachverständigen-Gutachten

1. Der **Text** des Gutachtens in seinen wichtigsten Teilen in gemeinverständlicher Sprache.
2. Eine wirtschaftliche und finanzpolitische **Kritik** von Rudolf Wissell, Kurt Heinig u. a.
3. Die **internationale Beurteilung des Gutachtens.**

Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68

Billigkeit auf. Emmi Hirschberg, die „La recherche de l'Absolu“ verdeutschte, schwelgt in kanzleipapierenen Worten wie „Großzügigkeit“, „Maßnahmen“, „verausgabte“, „in bezug“, „auslöste“, „beeindrucken“ (!), und Dr. Hugo Kaatz gibt in der Uebersetzung von „Les paysans“ nicht nur „comité de salut public“ mit „Komitee für die öffentliche Wohlfahrt“ statt mit dem eingebürgerten „Wohlfahrtsausschuß“ wieder und setzt für „Le Vengeur“, was als Name eines historisch bekannten Kriegsschiffs jedem Franzosen geläufig ist, einfach „der Rächer“, womit der Deutsche gar nichts anzufangen weiß, sondern er leistet sich auch Sätzeungeheuer wie: „Olympia Charel, eine hübsche Normännin mit goldblondem Haar, von

etwas voller Figur und einem Gesicht, das von klugen Augen belebt war und sich durch eine feine, leicht gekrümmte Nase wie die einer Marquise und durch ihr jungfräuliches Wesen, trotz ihrer üppigen Gestalt einer Spanierin, auszeichnete, besaß alle Vorzüge, die ein junges Mädchen, das aus einer Schicht stammt, die sich nur ganz wenig über die unteren Klassen erhebt, sich infolge der Vertraulichkeit, die ihre Herrin ihr gestattet, erwerben kann!!!“

Gewiß hat Balzac manchmal liederlich geschrieben, aber das gibt seinem Dolmetscher nicht das Recht zu gleicher Liederlichkeit, zumal in einer Ausgabe, auf die sonst so viel Sorgfalt verwendet ward.

Hermann Wendel.

Ein Artikel des Genossen Paul Fauré, Mitglied der französischen Deputiertenkammer, traf leider so spät ein, daß er für die nächste Nummer zurückgestellt werden mußte. Die Red.

Berichtigung. Auf Seite 355 im 3. Absatz, 4. Zeile von oben, ist der Name des Genossen Brouckère, und in der 5. Zeile desselben Absatzes der Name des Gen. Baker falsch wiedergegeben.

CARL LUDWIG SCHLEICH ES LÄUTEN DIE GLOCKEN

Phantasien über den Sinn des Lebens. 400 Seiten auf feinem Papier mit 212, teils zweifarbigen Abbildungen im Text und einer Farbendrucktafel. 27. Auflage. Halbleinenband 10 G.-M., Ganzleinen 12,50 G.-M.

Zwei von hunderten glänzender Urteile:

Richard Dehmel: „Ein unsterbliches Buch.“

Der Zwiebfisch, Zeitschrift über Bücher, Kunst und Lebensstil:

„... Das Märchenbuch eines Philosophen, der auch ein ganzer Dichter ist. Weite Gebiete der Naturwissenschaft, die bisher für trocken und ungenießbar galten, werden unter seinen Händen zu blühenden Gärten.“

OTTO WEININGER GEDANKEN ÜBER GESCHLECHTSPROBLEME

80 Seiten. Kl. 8°. Gebunden 1,50 Goldmark.

„Daß man diesen Denker, diesen Revolutionär gegen eingewurzelte Anschauungen, diesen selbstbewußten Zerreißer uralter Verbindungsfäden zwischen Mann und Weib mit einer Flut der Entrüstung überschüttete, ändert nichts an der Tatsache, daß er ein Philosoph und Schürfer war, der die tiefsten Lebensprobleme mit sicherer, energischer Hand ergriff. Seine Philosophie ist unbedingt ernst zu nehmen, weil sie sittlich und genialisch ist. Ein Büchlein für Denker, die auch den Antipoden ihrer Meinung achten.“

CONCORDIA DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
ENGEL & TOECHE, BERLIN SW 11

Verantwortlich für die Redaktion: Arno Scholz, Berlin-Neukölln
Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstr. 114. Fernruf: Dönhoff 1448/1451